

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Dritteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgepaltene Kolonelle
oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonnabend, den 27. Januar 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die Umgehung des Budgetrechts.

So immer man die neue Flottenvorlage ansieht, zerfällt sie in
Staub und Moder. Alles an ihr ist wirr, unklar, willkürlich. Ihre
Entstehungsgeschichte ist eine absolutistische Karikatur; Diktierung
des Reichstags, gebrochenes Versprechen der Regierung, Aufschaltung
des Bundesrats, das sind einige Züge aus der Vorbereitung des
Entwurfs. Er selbst aber ist plump formuliert; seine allgemeine
Begründung besteht aus Allerweltssphrasen, mit denen jede
Vorlage verteidigt werden kann. Rebelhafte Ziele werden
angedeutet. Statt sorgfamer Motivierung erhalten wir vage
Schwärmereien, statt einer wissenschaftlichen Darlegung von
Ursachen und Wirkungen springende Behauptungen, statt Beweise
Dogmen. Ueber die Deckungsfrage wird mit harmloser Unbestimmtheit
hinweggeglitten; die Ausgaben müssen sich nicht nach den
Einnahmen richten, sondern umgekehrt: was wir wollen, müssen wir
haben. Endlich ist die Vorlage ein Hohn auf jedes konstitutionelle
Verfahren. Der Flottenplan, so wie er gestaltet ist, bedeutet
eine Suspension der Verfassung auf ihrem wichtigsten
Gebiet.

Man mag über die Tendenz der Flottenvorlage sehr
verschieden denken, man mag die weltpolitischen Träumereien für höchste
Weisheit halten, man mag an den mythischen Zusammenhang von
Saubel und Kanonen glauben — über zwei Einwände sollte keine
bürgerliche Partei hinwegkommen, die den Anspruch einer wenigstens
äußerlichen Gerechtigkeit zu wahren sucht: über das Deckungs-
problem und die konstitutionelle Frage. Und selbst
wenn die Kosten den socialpolitisch reaktionärsten Gruppen keine
Stapel bereiten, darüber sollten innerhalb des Reichstags, seitdem
auch die Konservativen die Reize eines verfassungsmäßigen Staats-
lebens erndtet haben, nicht zwei Meinungen möglich sein: daß eine
Vorlage, welche die materielle Wirksamkeit der Volksvertretung für Jahre
hinans beseitigt, in jedem Falle unannehmbar sei.

Die Zumutung, die die Regierung macht, ist weniger
überausend als die Gelassenheit, mit der die bürgerlichen Parteien
diese Zumutung aufnehmen. Die preussisch-deutschen Regierungen
haben sich niemals mit dem Budgetrecht des Reichstags befreundet;
wenn aber der Reichstag auf seine bedeutsamste Machtvollkommenheit
verzichtet, so vollzieht er gegen sich selbst den Staatsstreich.

Man muß sich an den Ursprung unserer Verfassung
erinnern, um zu begreifen, wie solches Vorgehen auf das Budgetrecht, wie es
jetzt geplant wird, möglich werden konnte. Der Verfassungsentwurf,
der dem konstituierenden norddeutschen Reichstag vorgelegt wurde,
schloß überhaupt die Aufwendungen für Heer und Marine von dem
Budgetrecht aus und wollte für die übrigen Ausgaben eine Fest-
setzung auf die ganzen drei Jahre der Legislaturperiode. Gegen-
über dieser Beseitigung des Budgetrechts unter dem Schein seiner
Einführung wurde von entschiedener konstitutioneller Seite verlangt,
daß alle Ausgaben des Bundes, einschließlich der für Marine und
Kriegsmarine, jährlich festgesetzt werden sollten. In die Ver-
fassung ging schließlich der jetzt noch in Kraft befindliche Ver-
mittlungsantrag Miquels über. Der zwar das Budgetrecht
auch auf die Ausgaben für Heer und Marine ausdehnte, ferner die alljährliche
Bewilligung feststellte, aber zugleich die gefährliche Konzession
machte, daß in „besonderen Fällen“ die Ausgaben für eine längere
Dauer als ein Jahr bewilligt werden dürften. Dieser Zusatz war
die Befehle, durch die das absolute Regiment alsbald wieder in die
Verfassung einmarschieren konnte. Alle die Septennate, Sexennate,
Keterenate bedeuteten eine Rückkehr zu der alten Regierungs-
anschauung, daß der Reichstag in Fragen der „Landesverteidigung“
nichts dreinzureden hätte. Und diese reaktionäre Entwicklung erreicht
ihren Gipfel in der jetzigen Flottenvorlage, die das Budgetrecht, um
das einst als das wertvollste konstitutionelle Gut so heiß gekämpft
wurde, mit einer geradezu imponierenden Raubthat beseitigt.

Es ist wichtig, den Teil der Begründung der Flottenvorlage
im Wortlaut kennen zu lernen, der den famosen Vorschlag zu recht-
fertigen sucht, der Reichstag solle sich für die Verdopplung der
Flotte verpflichten und alles übrige dem Gutdünken der
Regierung überlassen. Es heißt da über die „gesetzliche Festlegung der
Vermehrung“:

„Durch die Annahme des Flottengesetzes ist die Not-
wendigkeit anerkannt worden, die Stärke der Marine und
ihre Organisation auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen.
Hieraus folgt nun schon, daß eine Vermehrung der
Marine ebenfalls gesetzlicher Anordnung bedarf. Wenn-
gleich bei dieser Sachlage eine weitere Begründung der Not-
wendigkeit gesetzlicher Festlegung nicht erforderlich ist, so sollen im
Nachstehenden doch die Gründe nochmals dargelegt werden, aus
welchen die verbündeten Regierungen die Gesetzesform für un-
erlässlich halten.“

Das ist eine wahrhaft Tripitische Logik: Der Reichstag hat
durch die Annahme der Vorlage von 1898 anerkannt, daß ein
gesetzlicher Plan notwendig ist. Zwei Jahre darauf erweist sich, daß
dieser gesetzliche Festlegung wegen der „veränderten Verhältnisse“
folglich war — folglich müssen wir adernals einen „Plan“ be-
willigen, der nach wiederum zwei Jahren durch die ver-
änderten Verhältnisse beseitigt wird. Die alte Verunft wieder
mal an, aus der Einsicht in einen begangenen Irrtum
die Vermeidung eines künftigen Irrtums zu lernen. Die neue welt-
politische Verunft dagegen stellt das Gesetz auf, daß ein Irrtum
zu einem zweiten Irrtum verpflichtet, daß eine Unmöglichkeit durch
eine andre Unmöglichkeit abgelöst werden müsse.

Doch unsere regierenden Weltpolitiker betonen sich nicht nur auf
diesen zwingenden Schluss, daß einer Dummheit eine gleiche zu
folgen habe, sondern sie sind so gnädig, die Notwendigkeit eines
neuen gesetzlichen Plans noch besonders zu begründen:

„Die verbündeten Regierungen sind der Ansicht, daß eine
Vermehrung der Marine nur dann den beabsichtigten Zweck:

Sicherung des Friedens auch gegen den seemächtigsten Gegner,
erfüllen kann, wenn sie in dem Umfang durchgeführt
wird, in welchem sie in Aussicht genommen ist.
Bruchteile eines Geschwaders bilden keine Formation und haben
militärisch nur die Bedeutung einer verhärteten Materialreserve.
Ebenso wenig genügt die Beschränkung auf drei Geschwader, weil
dadurch der Zweck der Vermehrung nicht erreicht wird.

Es ist daher notwendig, daß die gesetzgebenden Faktoren,
bevor in die Ausführung des Plans eingetreten wird, sich darüber
einigen, ob der Gesamtplan für richtig gehalten wird und
ausgeführt werden soll. Ueber diese Frage muß eine Ent-
scheidung herbeigeführt werden, und zwar eine solche von
dauernder Gültigkeit. Dies ist nur durch ein Gesetz zu
erreichen.

Abgesehen von dieser Erwägung ist die gesetzliche Fest-
legung der Vermehrung auch noch aus folgenden Gründen er-
forderlich:

1. Nur die gesetzliche Festlegung der Vermehrung kennzeichnet
den festen Willen, die Flotte zu schaffen. Ohne daß dieser
feste Wille zum zweifellosen Ausdruck gelangt, erwachsen der Durch-
führung des großen Plans sowohl auf personellem, als auch auf
materiellem Gebiet erhebliche Schwierigkeiten.

Nur wenn für die Durchführung des Plans eine sichere
Garantie gegeben ist, ist dauernd auf die Beteiligung einer
großeren Anzahl leistungsfähiger Betriebe am Bau der Flotte zu
rechnen, da nur dann das erforderliche Kapital in kostspieligen
Anlagen zum Bau von Kriegsschiffen angelegt wird. Nur dadurch
aber, daß die Marine nicht auf ganz wenige große Unternehmungen
beschränkt ist, wird eine gesunde Konkurrenz ermöglicht.

Nur wenn eine weitere Entwicklung der Marine gesetzlich
sichergestellt wird, ist der Andrang von Seeliebenden, Schiffsjungen
und Freiwilligen, d. h. von solchen, die den Marinendienst als
Lebensberuf wählen, ein ausreichender.

Nur bei gesetzlicher Festlegung des Ziels ist der innere Anbau
der Marine sowie die Erweiterung der Werk- und
Hafenanlagen von vornherein dem späteren Bedürfnis richtig
anzupassen.

2. Der durch gesetzliche Festlegung der Vermehrung gekenn-
zeichnete einmütige Beschluß von Bundesrat und Reichstag,
die Kriegsmarine zu verdoppeln, ist für das Ansehen des deutschen
Namens im Auslande und damit für die gesamte politische und
wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reichs, von größter Be-
deutung.

Nach dieser Begründung wird niemand mehr mit dem Hinweis,
daß ja der Reichstag das Recht der jährlichen Bewilligung behalte,
den geringsten Eindruck machen. Entweder wird dem Reichstag sein
Recht ernstlich gewahrt, alljährlich über die Marineforderungen frei zu
entscheiden, dann ist der „Plan“ überflüssig und deshalb unannehmbar.
Dann dürfte der „Plan“ dem Reichstag höchstens zur Kenntnis-
nahme, als ein vorstehendes unverbindliches Programm zuge-
genutzt werden. Oder aber der Entwurf erhebt den Anspruch
auf strikte Durchführung, dann bedeutet er, daß der
Reichstag darauf verzichtet, sein Budgetrecht anders als
lediglich formell und still zu ausüben. Die Begründung zeigt un-
zweideutig, daß es sich um diesen zweiten Fall handelt. Der
Reichstag soll sich auf das Ziel des Planes verpflichten, er soll der
Regierung sechs Milliarden im Vorrat zur Verfügung stellen, ohne daß
die Regierung irgendwie gebunden ist, eine bestimmte Zeit der
Durchführung innezuhalten. Bewilligt der Reichstag den „Plan“, so
hat er sich damit des Rechtes des Widerstandes, ja selbst der ernst-
haften Prüfung für viele Jahre begeben. Der erste Erfolg
der großen Schlachtslotte wäre, daß sie das
Budgetrecht der Volksvertretung in den Grund
bohrt.

Auf Kosten der Masse.

Das Tollste in den neuesten Flottentollheiten dürfte die
Behandlung der Deckungsfrage sein.

Nach den Berechnungen der Regierung werden die ein-
maligen Ausgaben bis zur Erreichung der verlangten
Flottenstärke 1861 Millionen betragen. Die fortdauernden
Ausgaben, die im Etat von 1900 sich auf fast 74 Mill.
belaufen, sollen jährlich um 5,4 Millionen wachsen, so daß
sie 1916 die Höhe von 162,7 Millionen erreichen. Die
Gesamtaufwendungen werden von 168,6 Millionen im Jahre
1900 auf 323 1/2 Millionen im Jahre 1916 und auf
342 Millionen im Jahre 1920 wachsen.

Die ganze Berechnung ist natürlich gänzlich unverbindlich,
da keine Höchstsumme, über die hinaus der Reichstag nicht
bewilligen dürfte, wie im jetzigen Flottengesetz, festgelegt
werden soll. Die „Begründung“ giebt selbst zu, daß die
Kosten für Werften, Docks, Hafenanlagen sich „nicht ver-
anschlagen lassen“. Aber auch alle übrigen Veranschlagungen,
insbesondere diejenigen für Neubauten, werden zweifelsohne
von den später wirklich nötigen Summen weit übertroffen
werden, wie bekanntlich die Anschläge des 1898er Flotteng-
gesetzes sich ebenfalls als zu niedrig herausgestellt haben. Die
Panzerkolosse und ihre Armierung werden fast von Jahr zu
Jahr teurer; ein Linienschiff erster Klasse kostete vor 10 Jahren
noch 15 Millionen, im jetzigen Flottengesetz 20 Millionen, im
neuen Flottenplan aber sind bereits 25 Millionen dafür
eingesetzt. Das wird so fort gehen.

Die jetzt für den neuen Flottenplan veranschlagte Summe
von 4585 Millionen, die sich bis zur Vollendung der letzten,
1916 im Bau zu gebenden Schiffe im Jahre 1920 auf 5921
Millionen, also fast 6 Milliarden, erhöhen würde, wird
sich also bestimmt als nicht zureichend erweisen und weit
überschritten werden. Dazu kommt die Wahrscheinlichkeit, die
gleichfalls an Sicherheit grenzt, daß die Verdopplung der
Flotte, die jetzt für einen 16-jährigen Zeitraum in Aussicht

genommen wird, sehr bald in kürzerer Frist gefordert
werden wird, so daß die 6 Milliarden schon weit schneller
aufgebraucht sein werden. Der im Jahres-
durchschnitt erforderliche Aufwand für die Marine sowie die
Steigerungsquote würden dann noch erheblich größer sein als
jetzt angenommen wird.

Nehmen wir aber das Unwahrscheinliche als wahrscheinlich
an: Es sei mit den 4 1/2 Milliarden bis 1916 gethan. Dann
sollen nach der Regierungsvorlage im Laufe der 16 Jahre
769 Millionen auf Anleihe genommen werden. Die
übrigen Aufwendungen sollen aus den ordentlichen
Reichseinnahmen bestritten werden. Die „Begründung“
bemerkte hierzu:

„Die bisherige Entwicklung der Reichsfinanzen läßt erwarten,
daß sich eine jährliche Steigerung der Beanspruchung der ordent-
lichen Einnahmen für Marinezwecke in der vorstehend berechneten
Höhe ohne neue Steuern decken lassen wird.“

Sollte sich dies vorübergehend in dem erforderlichen Um-
fang nicht ermöglichen lassen, so ersübrigt nur, wenn neue
Einnahmequellen nicht erschlossen werden, in solchen
Jahren den Anleihebetrag zu erhöhen.“

So geht die Regierung in lächelnder Naivität über die
Frage hinweg, wie das schwer belastete deutsche Volk neue
Milliarden aufbringen soll.

Die Leichtfertigkeit der Wasserläufer in Finanzfragen
überfähret alles, was man selbst in der Vera des Weltmacht-
leichtsinn für möglich halten sollte. Sie ist so groß, daß sie
selbst den Bundesrat aus der Ruhe geschleucht
hat. Eine Korrespondenz bringt folgende höchst bemerkens-
werte Mitteilung:

„Die Flottenvorlage, die nicht auf der Tagesordnung der
gestrigen Bundesratsitzung stand, ist, wie wir hören, angenommen
worden, indem die Vertreter mehrerer Staaten ausdrücklich
den Vorbehalt machten, daß nochträglich über die
Deckungsfrage eine besondere eingehende Beratung erfolge.
Von Bayern, Württemberg und Baden wird Wert
darauf gelegt, daß feste Bestimmungen darüber getroffen
werden, daß bei Aufstellung des künftigen Reichsetats keine
Erhöhung der Matrikularbeiträge über den Betrag
der Ueberweisungen hinaus stattfinden darf. Diese Staaten haben
auch zur Deckung der Kosten der Vorlage die Einführung einer
Reichsteuer, und zwar eines Zuschlages zu den
Einkommensteuern der größeren Vermögen, in An-
regung gebracht.“

Die Bundesregierungen sind allen Berliner Anforderungen
in telegraphischem Gehorsam gefügig. Jetzt droht aber durch
die Flottenansprüche ihren Finanzen schwere Gefahr. Da
beginnt ihre Opposition. Sie benutzen die Gelegenheit, den
alten Gedanken der Miquelschen Reichs-Finanz-
reform wieder anzunehmen und die Loslösung des einzel-
staatlichen Finanzwesens von den Bedürfnissen des Reichs zu
fordern. So berechtigt die Sorge der bundesstaatlichen Finanz-
minister ist, daß die für die Marinevermehrung geforderten
Summen unmöglich aus den laufenden Einnahmen gedeckt
werden können, daß dadurch bedeutende Erhöhungen der
Matrikularbeiträge nötig werden würden, so wird sich der
Reichstag auf diese Lösung der Angelegenheit sicherlich
nicht einlassen. Denn die Erfüllung dieser süddeutschen Wünsche
müßte dazu führen, daß die Einzelstaaten von jedem Beitrag
zu den Reichsfinanzen und von jeder Berantwortlichkeit für
das Finanzwesen des Reichs befreit würden und daß damit
die Reichsausgaben lediglich und für alle Zeit aus den
indirekten Steuern und Böllen bestritten werden
müßten.

Um so bedeutsamer ist die Anregung und Einführung
einer Reichsteuer, welche die großen Vermögen belastet. Diese
Anregung folgt den Spuren der Vorschläge, die von frei-
sinniger und socialdemokratischer Seite früher schon gemacht
sind. Jene Bundesstaaten haben also etwas gelernt und
ihre Abneigung gegen die preussischen Vorschläge ist gerade
ein drastischer Beweis für die Leichtfertigkeit, mit der diese
Vorschläge aufgestellt worden sind, sowie für die Ungeheuer-
lichkeit dieser Zumutungen an den unbemittelten deutschen
Steuerzahler.

Die „Begründung“ hofft, man werde ohne neue Steuern
auskommen können. Zugleich aber kündigt sie an, daß dies
vielleicht doch nicht der Fall sein möchte und daß dann ent-
weder neue Einnahmequellen erschlossen werden
oder der Anleihe-Betrag erhöht werden solle. Er-
schließung neuer Einnahmequellen bedeutet aber nichts andres
als Wiederaufnahme der alten Projekte der Erhöhung
der Bier- und Brauntweinsteuer. Will der
Reichstag seiner früheren Haltung getreu von diesen Steuern
nichts wissen, so bleiben als letzter Ausweg erhöhte Anleihen.

Es ist jedoch gar kein Zweifel, daß die laufenden Reichs-
einnahmen unmöglich die Flotten-Milliarden einbringen können.
Selbst wenn wir mit einer dauernd günstigen und weiter
steigenden Entwicklung der Reichseinnahmen rechnen, können
die kolossalen Summen, die man jetzt fordert, nicht gedeckt
werden. Aber nur unverantwortliche Finanzleichen kann
mit einer so günstigen Entwicklung rechnen. Wäre sie aber
auch wirklich weiter und dauernd so günstig, als sie bisher
gesehen ist: Werden nicht neben den Marineforderungen zahl-
reiche andere Reichsausgaben nötig werden? Wird man
nicht nächsten mit neuen Forderungen für die Landarmee
kommen?

Es ist sicher, daß die Anleihewirtschaft noch weit schlimmer
werden wird als die Begründung zugiebt.

Schon geht es jetzt der dritten Milliarde im Sturmschritt
entgegen. Statt Schulden zu tilgen, werden wir bald An-

Leihen aufnehmen müssen, um die Zinslast aufbringen zu können.

Nun hat ja das Centrum angekündigt, daß es die Aufnahme von Anleihen für einmalige Ausgaben nicht mitmachen wolle. Herr Dr. Lieber wird versuchen, den Schein der Volksfreundlichkeit zu gewinnen, indem er einen ähnlichen Deckungs-Paragraphe in das neue Gesetz bringt, wie er in das Seemannsgesetz gebracht hat.

Hiermit ist aber den arbeitenden Klassen in keiner Weise gedient. Die Lieber'sche Klausel (§ 8 des Gesetzes vom 10. April 1898) besagt nur, daß im Fall die Marine-Ausgaben 117 1/2 Millionen in einem Jahre übersteigen und zur Deckung des Mehrbedarfs die Reichseinnahmen nicht ausreichen, daß dann der Mehrbetrag nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten, den Raffineriebetrieb belastenden Reichsteuern gedeckt werden solle. Diese Deckungsklausel hat keinerlei Wert erhalten. Da alle Lebensbedürfnisse des arbeitenden Volks schwer belastet sind mit Zöllen und Verbrauchssteuern, und da diese Abgaben von den Nahrungsmitteln und „Luzusartikeln“ des Volks bedeutend gewachsen sind, so haben die laufenden Einnahmen des Reichs zur Deckung der 1898 geforderten Marineforderungen bisher zugerichtet.

Wie die Schiffsbauten des 98er Gesetzes aus der Not des arbeitenden Volkes bezahlt worden sind, ebenso soll und wird die Milliardenbürde der neuen Vorlage von den Armen und Arbeitenden getragen werden.

Ferner ist aber bekannt, daß eine Erhöhung der Getreidezölle von der Regierung in Aussicht genommen ist. Das wird, wie der Landwirtschaftsminister von Preußen erst letzter Tage verkündete, der Lohn sein, den die Kanäle für die Bewässerung der Äcker erhalten sollen. Die erhöhten Getreidezölle sollen die Deckung der Marine-Ausgaben ohne übermäßige Anleihe-Aufnahmen ermöglichen. Durch die Vertenerung des Brotes soll zugleich den Weltmachtswildern und zugleich den Agrariern geholfen werden.

Nun versucht die „Begründung“ die Belastung des Volks als recht geringfügig vorzutäuschen, indem sie ein altes Taschengeld-Kunststückchen anwendet:

Unter Berücksichtigung der unmaßlichen Bevölkerungsvermehrung stellt sich die pro Kopf-Ausgabe 1900 auf 3 M., 1905: 4 M. 20 Pf., 1910: 4 M. 50 Pf. und 1916: 4 M. 75 Pf. Die Steigerung beträgt also in dem ganzen Zeitraum von 1900 bis 1916 pro Jahr und Kopf etwa 11 Pf.

Schon jetzt bezahlt also nach der Regierungsberechnung ein Familienvater für sich, Frau und zwei Kinder bereits 15 M., er arbeitet also je nach seinem Arbeitsverdienst etwa 4—7 Tage nur für die Flotte. Nach dem neuen Gesetz wird er fast 24 M. zahlen müssen. Das ist aber nur ein Bruchteil der Last, die er überhaupt zu tragen hat. Bereits 1895/96 betrug die Belastung einer fünfköpfigen Familie durch die indirekten Steuern jährlich 81 1/2 M. Und die Einnahme aus Zöllen und Steuern werden bekanntlich zum weitaus größten Teile zu unproduktiven und kulturwidrigen Seeres- und Marineausgaben verwendet.

Wäre die Belastung so gering, wie die Schönfärber der Regierungsvorlage es darstellen möchten, dann ist es doch doppelt erstaunlich, daß die Vermögenden sich so hartnäckig sträuben, die geringe Last auf sich zu nehmen.

Auf Kosten der Masse, die durch harte Arbeit sich Großes zu Groschen verdient, sollen die Milliarden ins Wasser geworfen werden. Das arbeitende Volk, das die Werke des Krieges und der Völkerverheerung herbeibringt, soll das von ihm nicht Gewollte mit seinem Schweiß bezahlen. Die Flottenpatrioten aber schleichen von dannen, wenn die Rechnung für die Panzerschiffe aufgemacht wird, die ihrer Sabotage überseeische Befriedigungen sichern sollen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Januar.

### Der Reichstag

berhandelt am Freitag noch fast vier Stunden auf die Frage: ob Kasernierung der Prostitution oder nicht? Daß die Kasernierung, d. h. die Zwangsregelung der Prostitution durch Staat oder Gemeinde ein brutaler Eingriff in die persönliche Freiheit ist, und daß sie ebendenn die gesellschaftliche Sanktion der Prostitution bedeutet, ist so klar und so oft gesagt, daß es nicht mehr wiederholt zu werden braucht. Und ebensowenig braucht es gesagt zu werden, daß diese gesetzliche Sanktion, welche an sich eine Unsitte ist, keine Verminderung der Unsitte zur Folge haben kann. Die polizeigläubigen Optimisten, die dies erhoffen, sind durch tausendfache Erfahrungen in allen „civilisierten“ Ländern widerlegt worden. Und durch die Erfahrungen sind auch diejenigen widerlegt worden, welche hygienische Vorteile von der Kasernierung, das heißt der Errichtung staatlich oder gemeindlich organisierter Bordelle erhoffen. Wenn auch einzelne Prostituierte sich in Kasernen empieren lassen, so doch nicht die Prostitution, die in der Bourgeoisgesellschaft, wo die Prostitution die notwendige Ergänzung der bürgerlichen Ehe ist, durch kein Gesetz und keine Gewalt ausgerottet werden kann. Alle bisherigen Formen der Polizei-Ueberwachung und Polizei-Hygiene mit Bezug auf die Prostituierten haben sich erfolglos gezeigt. Auch wenn die Prostitution vom Reiche selbst in Entreprise genommen und von Reichs wegen organisiert würde, so würde weder der Unsitte noch der Syphilis gesteuert werden. Das Flasko der Reichs-Bordelle würde ein ebenso vollständiges sein, wie das der Staats- und Gemeindegeldbörse.

Das weiß jeder im Reichstag. Und jeder im Reichstag — und so ziemlich ein jeder außerhalb desselben — weiß, daß die lex Heinze ganz ohne Einfluß auf die herrschende Unsitte — was das immer sein mag — bleiben wird. Aber es soll „etwas gethan“ werden. Wir müssen der Welt doch zeigen, daß wir tugendhafte Menschen sind und „das Reich der Gottesfurcht und der frommen Sitte“ bewohnen. So wird diese Komödie der Sittlichkeit weiter gespielt, zu der jeder ein ernstes Gesicht machen will, wobei er jedoch das innerliche Lachen nur mit Mühe unterdrücken kann. Unser Bestreben ging dahin, einerseits die Kasernierung der Prostituierten, andererseits die Chikanierung der Wohnungsvermieter, die durch die Anträge des frommen Centrums mit dem Kuppel-Paragraphe bedroht wurden, zu verhindern. Das gelang indes nur teilweise. Die Gefahr der Reichs-Bordellwirtschaft ist nicht endgültig abgewandt. Dafür sind aber die Hauswirte die an weibliche Personen vermieten, durch Annahme der Regierungsvorlage, die weit

liberaler war als die des Centrums, einigermaßen sicher gestellt worden.

Die Debatte ging dann zu einem andern Punkt über, nämlich dem gesetzlichen Schulalter für Mädchen. Den Sittlichkeitsfanatikern des Centrums genügte das Alter von 16 Jahren nicht; sie wollten den Schulpflichtigen 18 Jahre ausdehnen. Umsonst wurde geltend gemacht, daß diese Erhöhung des Alters der Sittlichkeit nicht förderlich sei, wohl aber zu Chikanen, Erpressungen und Schereorien aller Art führen würde — umsonst erklärte der Vertreter des Reichsjustizamts, Herr Nieberding, mit einer solchen Bestimmung werde das Gesetz für die Regierung wahrscheinlich unannehmbar — das Centrum setzte seinen Willen durch, und — die Regierung wird das Gesetz nicht ablehnen. Für unsere Fraktionen sprachen in dieser Sitzung Bebel und Heine.

Am 6. Uhr wurde die Debatte abgebrochen. Nächste Sitzung: Montag. Gesetz über das Postfachwesen und Postetat. —

### Das preussische Abgeordnetenhaus

hat am Freitag das Gehalt des Landwirtschaftsministers bewilligt. In der Debatte kamen naturgemäß neue Gesichtspunkte nicht mehr zur Sprache, es sei denn, daß man die Schulpflichtigen des ländlichen Abg. Heilig, höhere Löhne forderten nur die Frankfurter der Arbeiter, dazu rechnen will. Bemerkenswert war die Schärfe, mit der sich Abg. Gothein (fr. Pa.) gegen das in Aussicht gestellte Ausnahmengesetz gegen ländliche Arbeiter wandte. Mit Recht wies er darauf hin, daß nichts geeigneter sei, die Arbeiter aus der Landwirtschaft herauszutreiben und die Ausbreitung der Sozialdemokratie auf dem Lande zu fördern. Daß er schließlich an den Anstand der Herren appellierte und sie davor warnte, in einem Hause, wo die Arbeiterklasse infolge des schlechten Wohlrechts nicht vertreten sei, derartige Gesetze einzubringen, wird ihm nichts nützen. Solch Appell an den Anstand verhallt im preussischen Landtag ungehört.

Einen großen Teil der Sitzung nahm wieder die Auseinandersetzung zwischen den Nationalliberalen und dem Bund der Landwirte in Anspruch, die mit einer allgemeinen Verbrüderungsszene endete.

Montag wird die Beratung fortgesetzt.

### Die beiden Tirpitz.

In der Begründung der neuen Flottenvorlage schildert Herr Tirpitz die Unzulänglichkeit der jetzigen Flotte also:

„Im Kriege mit einer erheblich überlegenen Seemacht wird die im Flottengesetz vorgesehene Schlachtklasse eine Flodade er-schweren, namentlich im ersten Stadium des Kriegs, aber niemals verhindern können. Es wird stets nur eine Frage der Zeit sein, daß sie niedergelampt oder nach erheblicher Schwächung im eigenen Hafen eingeschlossen ist. Sobald dies der Fall, läßt sich kein Großstaat leichter von jeglichem neuemwerteten Seeverkehr — sowohl der eignen Schiffe als auch der Schiffe neutraler Mächte — abschließen, als Deutschland. Es bedarf dazu nicht der Modierung langer Küstenlinien, sondern nur der Blockade der wenigen großen Seehäfen.“

Ein Bild des Jammers und des Schreckens! Aber am 6. Dezember 1897 bei der ersten Beratung des jetzt als völlig unzureichend geschilderten Flottengesetzes sagt derselbe Herr Tirpitz:

„Wenn wir eine Flotte haben werden, die dieser Stärke entspricht (die Stärke des jetzigen Flottengesetzes), dann schaffen Sie Deutschland eine Seemacht, gegen die offensiv an unsern Küsten vorzugehen selbst eine Seemacht ersten Ranges sich dreimal bedeuten würde. (Hört, hört!) Sie schaffen eine Flotte, meine Herren, welche ein erhebliches Gewicht zur Sicherung des Friedens in die Waagschale werfen kann.“

Zu einigen Jahren wird jedenfalls ein Herr Tirpitz Nr. 3 uns erzählen, daß auch die neue Flotte, die Tirpitz Nr. 2 jetzt verlangt, nichts taugt und daß wir eine noch neuere Flotte haben müssen. —

### Die tapferen Flottenagitatoren.

Aus Straßburg i. E. wird uns geschrieben: Unsere Marineoffiziere haben sich die schlimmsten Erfahrungen, welche sie mit ihrer Flottenpropaganda in Chemnitz gemacht haben, allem Anscheine nach zum warnenden Exempel dienen lassen und dafür Sorge getragen, daß ihnen ein zweites Flasko ähnlicher Art erspart bleibt. Wie bereits berichtet, hat es Professor Schmoller aus Berlin unternommen, durch einen Vortrag, den er nächsten Sonntag hier zu Gunsten der neuesten Flottenvorlage zu halten gedenkt, das kläglich gestrandete Schiff der Straßburger Wasserpropaganda wieder flott zu machen. In einem durch Abdruck in den Tagesblättern und öffentlichen Anschlag publizierten Aufruf, der von dem Bürgermeister der Stadt, einer Reihe von staatlichen Beamten, Professoren und Großkaufleuten unterzeichnet ist, wird zu diesem Spektakel eingeladen. Der Eintritt dazu ist frei und jedermann hat Zutritt. Damit aber die Wirkung des Schmoller'schen Sermons nicht etwa durch Entgegnungen sozialistischer Redner abgeschwächt werde, haben die Herren Enderuser der Versammlung von vornherein bekannt zu geben geruht, daß eine Diskussion nach dem Vortrage des Berliner Legationsrats nicht stattfinden soll.

Einem artigen Reinsfall zog sich in dieser Angelegenheit die regierungsoffizielle „Straßburger Post“ zu. In derselben Ausgabe ihres Blattes, in welcher sie den Aufruf des hiesigen Komitees für die Schmoller'sche Versammlung mit dem Papagenoschloß für alle Flottengegner veröffentlicht, sucht sie sich über die Führer der Sozialdemokratie lustig zu machen, die „einen Turner mit den Berliner Professoren Delbrück, Schmoller, Sering und Wagner über die Flottenfrage sorgsam aus dem Wege gegangen sind“ und bisher auch auf das Anerbieten Professor Delbrücks, in einer von der Sozialdemokratie einzuberufenden Versammlung über jenen Gegenstand zu sprechen, noch keine Antwort gegeben hätten. Dieser hartnäckige Widerstand gegen jede offene Auseinandersetzung und gegen das Anhören von Gründen sei ein geistiges Armutszeugnis, wie man es deutlicher sich kaum vorstellen könne.

Herr Professor Schmoller, der in der geplanten Versammlung seine Gegner einfach nicht zum Worte kommen läßt und auf den die obige Kritik der „Straßb. Post“ deshalb Wort für Wort zutrifft, möge sich bei dem Puttkamer'schen Offizios für den artigen Willkomm bedanken, den er ihm damit bei seinem Auftreten in der „wunder schönen Stadt“ entgegengebracht hat.

Nebenbei bemerkt, hat auch der von der „Straßb. Post“ protegierte Reichstags-Abgeordnete für Straßburg, Justizrat Riff, die von der hiesigen sozialdemokratischen Partei ausgegangene Einladung zur Teilnahme an einer öffentlichen Versammlung mit freier Diskussion über die Flottenvorlage erst vor wenigen Tagen unter nichtigen Vorwänden abgelehnt. Hintennach verbot die Polizeibehörde zu allem Ueberflus noch die Versammlung. Nachdem man nun auch

in der Schmoller'schen Versammlung den sozialistischen Flottengegnern den Mund geschlossen hat, ist es dem arbeitenden Volke vollends unmöglich gemacht, zu dieser seine Interessen aufs innigste berührenden Angelegenheit in der Öffentlichkeit auch nur ein Sterbenswörtchen zu reden. Das ist die mannhaftige Tapferkeit der alldeutschen Marine-Enthusiasten! —

## Deutsches Reich.

Ueber die Arbeits-Dispositionen des Reichstags verlaute:

Die erste Beratung der Flottenvorlage wird im Reichstag vermutlich nicht vor Mitte Februar stattfinden. Die Hinausschiebung der Verhandlung wird mit dem Wunsche begründet, den Fraktionen Zeit zu lassen, sich über die Vorlage zu verständigen.

Für die nächste Woche ist die erste Beratung des Etats für Postbedienten sowie die zweite Beratung der Etats der Reichspost und der Reichsdruckerei in Aussicht genommen. Vom 2. bis 6. Februar werden keine Plenarsitzungen stattfinden.

Nach dieser Unterbrechung wird die zweite Beratung der „lex Heinze“ zu Ende geführt, an welche sich dann die erste Lesung der Flottenvorlage anschließt. —

Freisinn und Flottenvorlage. Die freisinnige „Fg.“ sagt, ihre Mitteilung über flottenfreundliche Stimmungen in ihrer Partei seien aus der Luft gegriffen. Die „Fg.“ ist nicht gut unterrichtet von den Vorgängen in ihrer Partei. Auch der Berliner Korrespondent der „Fg.“ bekräftigt diese Mitteilung, obwohl er sie formell bestreitet, indem er seinem Blatt telegraphiert: „Neuerdings verbreitete Mitteilungen, daß einzelne Mitglieder der freisinnigen Volkspartei für das Flottengesetz stimmen wollen und in ihrer Fraktion dafür Propaganda machen, beruhen auf Unkenntnis und auf einer mißverständlichen Deutung der Thatsache, daß, wie im Centrum, so auch auf der Linken einer solchen Vorlage gegenüber nicht ohne weiteres mit einem kurzen Ja oder Nein Stellung genommen werden dürfte.“

Das ist mehr als wir geäußert hätten. Wenn es in der freisinnigen Volkspartei schon wie im Centrum aussieht — das genügt. —

Einfluß auf dem Wasser. Eine unheimliche Macht, vor der wir selber beinahe erschrecken, scheint gegenwärtig die Sozialdemokratie zu besitzen. Sie vereinigt die Gewalt der Regierung, der Polizei und der Industriemagnaten in sich. Das sie will, geschieht; was sie nicht will, geschieht nicht. So haben wir es erreicht, die deutschen Professoren zu hindern, daß sie die irreführenden Arbeiter über die Herrlichkeit des Sozialismus aufklären können. Diese schandhafte Kunde verbreiten die National-Sozialen. Die „Hilfe“ schreibt nämlich:

„Wir haben schon vor acht Tagen berichtet, wie mutig die Führer der Sozialdemokratie einer Diskussion mit den Berliner „Flottenprofessoren“ ausgewichen sind. Wir haben auch unterdessen die Erklärung Professor Delbrücks gebracht, daß er bereit sei, in sozialdemokratischen Versammlungen mit ihnen über die Flotte zu diskutieren. Rings liefes Schweigen — das war die einzige Antwort, die wir erhielten! Das ist doch ein trauriges Zeichen des Alters der „zahlreichsten“ und „zukunfts-trohesten“ Partei. Es gab eine Zeit, wo sozialdemokratische Redner jede Gelegenheit zum Kampfe suchten, wo sie dem Gegner in allen seinen Schlupfwinkeln auf den Leib ritten, um Anhänger für sich zu gewinnen. In kleinen Provinzialstädten gibt es noch heute solche alten Kämpfer. Aber in Berlin? — Ich liege und bestige; laß mich schlafen.“ sagte Palmer. Es ist am besten, man verkenndet die Professoren in der Zeitung, und wenn sie sich wehren wollen, dann macht man es ihnen unmöglich, vor Arbeitern sich zu verteidigen. Siehe da, System Sturm aus Saarbrücken! O, du tapfere, zukunfts-troste Sozialdemokratie!“

Nun wissen wir zwar nicht recht, durch welche teuflischen Mittel wir eigentlich den guten Flottenprofessor verhindert haben, an einer der zahlreichen sozialdemokratischen Volksversammlungen teilzunehmen, die über die Flottenfrage verhandelten. Indessen wir gehen diesem Problem lieber nicht nach, sondern wenden uns an unsere Stummchen Altmacht, die uns die National-Sozialen gütig zuschreiben. Denn sich nur nicht jetzt Stumm selbst besagen, daß wir es ihm unmöglich machen, sich vor Arbeitern zu verteidigen; das gleiche Recht zu solcher Blage hätte er wie Professor Delbrück. —

Trotz unserer Saarbrücker Tyrannei sehen uns aber die National-Sozialen mit allerlei guten Rathschlägen hilfreich und weisungsbefähigt bei. Wenn wir, so empfiehlt uns die „Hilfe“, etwas Rechts in der Welt erreichen wollen, so mühten wir uns zu einer dankbaren sanfter Sozialdemokratie von Kaiser's Gnaden entwickeln. Herr Mauerbrecher, der Redacteur der „Hilfe“, knüpft nämlich an die Aeußerung des Kaisers von der vorübergehenden Erscheinung, wie das nationale-soziale Akt ist, ungemeinliche Hoffnungen:

„Wir man“, so befehlt er uns, „überhaupt auf dem Boden des Gegenwartstaats mitarbeiten, und das will jeder, der sich ins Parlament wählen läßt, so soll man beachten, wie im Augenblick die Konjunktur für eine Fortführung der Sozialreform sich stellt. Dazu aber war Bebel der ungeeignetste Redner, den die Fraktion überhaupt vorzuziehen konnte. Er hat es fertig gebracht, in diesem kritischen Augenblick ein Wort zu sagen, das alle Wandlungen der letzten Wochen mit einem Schlage zu nichte machen kann: Die Sozialdemokratie ist eben eine vorübergehende Erscheinung, wie die Hohenzollern'sche Dynastie“, ein Satz, der von der Höhe weltgeschichtlicher Betrachtung aus unbestreitbar ist, auf unser gegenwärtiges Staatsleben übertragen aber eine maßlose Ueberreibung enthält; denn auch die Sozialdemokratie in ihrer heutigen Form ist nur eine Partei neben andern, die genau so lange blüht, wie die Situation anhält, aus der heraus sie entstanden ist. Darum aber ist es falsch, solche Worte zu sagen, die, ohne daß sie etwas nützen, unendlich viel Schaden können, weil sie unnötig reizen, und weil sie jede Annäherung von Kaiser und Arbeiterbewegung von vornherein unmöglich machen können. Gerade von Standpunkt einer positiven Arbeiterpolitik aus muß man solche Worte auf das entschiedenste zurückweisen. Auch wir glauben nicht, daß heute schon eine volle Befriedigung aller berechtigten Wünsche der Arbeiterschaft möglich und beabsichtigt ist; darin stehen wir ganz auf Bebel's Seite. Aber etwas ist zu erreichen, wenn man die Lage zu demjenigen versteht, und ein geringer Erfolg in der wirklichen Gesetzgebung ist uns lieber, als tauschende flammende Reden über das „Ziel“, die an dem Bestehenden doch nichts zu ändern vermögen.“

Wir versprechen, und die Sache zu Herzen gehen zu lassen. Wir werden mit heiligem Bemühen die „Hilfe“ und das „kleine Journal“ studieren, und so den notwendigen Hosiis aneignen, um dann mit allerhöchster Genehmigung gelegentlich beschriebene Anregungen für die Gesetzgebung zu wagen.

Es liegt eine nette Selbstcharakteristik in den obigen taktischen Rathschlägen, darum schreiben die Herren auch lieber in den Reden der Weltpolitik, ansatz dabei zu weilen, wo sie schärfer kontrolliert werden können. Wenn diese Wasserpolitiker sich nicht aufs Meer flüchten, so muß man sie in die Kinderstube verweisen.

Flottenagitation in der Schule. Man schreibt uns: Bei der gegenwärtig mit Hochdruck betriebenen Flottenagitation scheint den Mittelschulen, auf denen sich der Nachwuchs derer von Bildung und Besitz das geistige Rüstzeug für den Kampf des Lebens zu holen pflegt, eine hervorragende Rolle vorbehalten zu sein. Während zu Freiburg in Baden an der Oberrealschule eine Schülerabteilung des deutschen Flottenvereins sich in den Dienst des Reichs stellte, hat man in Straßburg, der Hauptstadt des Reichslandes, allem Anschein nach Vorlesungen über Flotten-

angeregenheiten gar in den Lehrplan einer höheren Schule aufgenommen. Dort bemüht sich nämlich, wie unser reichsständischer Partei-Organ bestimmt versichert wird, ein Oberlehrer, Professor Dr. Döhle, unter seinen Schülern auf eifrigste Flottenpropaganda zu treiben. Des Weiteren schon demonstrierte er Plakate, Bilder und Tabellen über die Zahl der Schiffe in verschiedenen Staaten, Marinefährtverhältnisse, Steuerlasten etc. Das flüchtige Plakate, welches der Flottenrummel bisher in Straßburg bei den Allen gemacht hat, scheint die dortigen Marine-organisatoren zu einer Aenderung ihrer Taktik und zur Attacke auf die phantastische Jugend veranlaßt zu haben. Diese ganze Politik gehört ja in das Reich der Indianergeschichten.

**Militärischer Duckwangs.** Der praktische Arzt Dr. Kast in Trüben (Waden), Oberarzt der Reiterze, macht bekannt, daß ihm in seinem Militärverhältnis durch kaiserliche Kabinettsordr e der Abschied erteilt worden ist, weil er trotz Hinweis auf die Erfordernisse der Standesehre ihm zugesagte Beleidigungen auf sich hat sitzen lassen, ohne in standesgemäßer Weise dagegen einzuschreiten. In Aufklärung erzählt Herr Dr. Kast:

Bezirksarzt Wülle in Trüben habe sich gebrüht, ihn schwer beleidigt zu haben. Dr. Kast habe sich der Militärbehörde gegenüber erboten, unter Eid zu erklären, daß die Beleidigung (wahrscheinlich eine Thätlichkeit) nur von B. behauptet werde, in Wirklichkeit aber nicht vorgekommen sei. Er erhielt vom Ehrengericht die Auflage, entweder „standesgemäß“, d. h. auf dem Wege des Zweikampfes, die Sache zu erledigen oder die Entscheidung der Militärbehörde abzuwarten. Dr. K. habe das letztere vorgezogen. Mit einem solchen Herrn, der es mit der Ehre anderer derart leicht nimmt, ohne es mit der Wahrheit genau zu nehmen, wie zu duellieren, würde ich selbst dann unter meiner Würde gehalten haben, wenn ich auch nicht schon als Katholik und alter Herr einer katholischen Korporation und als vernünftiger Mensch mich auf vernünftigen Standpunkt hätte stellen müssen. Nebenbei verbieth das Gesetz, das auch von Militärpersonen zu respektieren ist, das Duell. Wie aus der oben angezogenen Kabinettsordre hervorgeht, ist mir keine unehrenhafte Handlung vorzuwerfen. Ich überlasse der Öffentlichkeit die Beurteilung der Frage, wer von beiden würdiger ist, des Kaisers Kod zu tragen. Bezirksarzt Wülle, ebenfalls Reiterze-Oberarzt, hat für die von ihm behauptete Beleidigung vom Generalstabsarzt eine Verwarnung erhalten.

Das ist wirklich ein historisches Auktentück. Der Offizier bekommt durch kaiserliche Kabinettsordre glatt seinen Abschied, weil er sich weigert, sich mit einem Herrn zu duellieren, der es nach seiner Angabe, mit der Wahrheit nicht genau nimmt. Dabei ist das Duell nicht nur durch das Gesetz verboten, sondern auch der Kaiser selbst hat sich mit aller würdevollen Deutlichkeit gegen die Offiziersduelle ausgesprochen. Trotzdem aber bekommt der Duellverweigerer den Abschied, der Beleidiger aber behält seinen Rang.

**Berlin-Stettiner Schiffsfahrtskanal.** Im Ministerium der öffentlichen Arbeiten trat am Freitag eine Konferenz zusammen, die sich mit der finanziellen Seite des Großschiffsfahrtskanals Berlin-Stettin beschäftigten wird. Berlin ist durch den Stadtbaurat Arouse und den Stadtrat Neubratt vertreten. Stettin entsandte Oberbürgermeister Pölen und den Geh. Kommerzienrat Wächter. Minister v. Tscheln hat den Geh. Raurat Köder sowie den Regierungsrath v. Wilmshagen und das Finanzministerium den Geh. Ober-Finanzrat Dombold zu den Beratungen abgeordnet.

**Die Lage von Kleinhandel und Kleingewerbe.** Der Bund der Handel- und Gewerbetreibenden in Berlin hat 3000 Fragebogen an seine Mitglieder verandt, um tatsächliches Material zur Feststellung der Lage des Kleinhandels und des Kleingewerbes zu gewinnen. Die Fragen beziehen sich auf den Rückgang bzw. die Erhöhung des Umsatzes und des Geschäftsertrages, sowie auf die Ursachen, deren die veränderte Geschäftslage zuzuschreiben ist. Auf diese Weise hofft der Bund statistisches Material zu erhalten, aus dem die tatsächliche Lage des Kleinhandels ziffermäßig nachgewiesen werden kann.

**Ein tiefes Geheimnis.** Die Handelskammer in Düsseldorf war beim Handelsminister dahin vorstellig geworden, sie von der vertraulichen Behandlung des Gesekentwurfes über eine Warenhaus-Steuer zu entbinden und ihr die Veröffentlichung ihres Gutachtens im Jahresberichte zu gestatten. Die Kammer wies darauf hin, daß unterdes ein ganze Anzahl von Handelskammern ihr Gutachten veröffentlicht und die Presse ausführliche Mitteilungen über den Gesekentwurf gebracht habe. Der Handelsminister hat erwidert, daß die Forderung der Geheimhaltung des Entwurfs und der darüber erteilten Gutachten seiner Zeit auf Wunsch des Finanzministers gestellt worden sei, und Herr v. Miquel auch heute noch Wert darauf lege, daß von einer Veröffentlichung abgesehen werde.

**Leggendorf (Niederböhmen), 26. Januar.** Bei der Reichstags-Erfahrung im 5. Wahlkreise erhielten von 4570 abgegebenen Stimmen Graf Konrad Preysing (C.) 3822, Raimprecher (nat.) 347 und Schmid (Soc.) 172 Stimmen. Graf Preysing ist somit gewählt.

**Aus dem Großherzogtum Sachsen-Weimar.** Als neueste Maßregel zur Bekämpfung der Socialdemokratie im Staate Sächsen und Goethes wird bekannt, daß die Bezirksdirektion abernals vom Ministerium angewiesen worden sind, jede socialdemokratische Versammlung ausnahmslos zu unterdrücken und gegen die „pflichtwidrigen Gemeindevorstände disciplinarisch vorzugehen. Es handelt sich um einige satzgebende Gewerkschaftsversammlungen, die man für die Folge, indem man dieselben, wie schon gesehen, als „socialdemokratische Gewerkschaftsvereine“ versammeln“ bezeichnet, unmöglich zu machen versucht. Dieses beispiellose Vorgehen will nachgerade drängend, aber nicht für die Socialdemokratie.

**Vorhof der sächsischen Agrarier:** Aus Dresden wird uns vom Freitag geschrieben: Die Konservativen in Sachsen, und besonders deren agrarischer Flügel, fühlen sich mehr denn je als Herren der Situation. Sie nützen das weidlich im Landtag, in welchem sie in der zweiten Kammer die absolute Majorität haben, aus. Während der heutigen (Freitag) Sitzung wurde von den Volkblut-Agrarier Andrä, Cieger, Töpfer folgende Interpellation eingebracht:

Dem Reichstage ist unter dem 17. Februar 1899 ein Gesekentwurf zugegangen, in dem Bestimmungen über die Unternehmung ausländischer Fleisches enthalten sind, welche man als ungenügend bezeichnen muß und die wegen der damit verbundenen Gefahr für die menschliche Gesundheit Vermeidung in weiten Kreisen der Bevölkerung hervorgerufen geeignet sind. Welche Stellung gedankt die kgl. Staatsregierung mit Rücksicht auf ihre in der Sitzung vom 31. März 1898 abgegebene Erklärung, daß sie für die Beschaffung einer Garantie bezüglich der Kontrolle des von auswärts eingeführten Fleisches eintreten wolle, einzunehmen?

Trägt diese Interpellation im allgemeinen den Stempel der Unversöhnlichkeit an sich, so ist das besonders bei der Bezugnahme auf die fragliche Landtagsbeschl. von 1898 der Fall. Es handelt sich damals um einige landwirtschaftliche Gesetze, von denen das wichtigste über die Bekämpfung der Zuckerkulose der Rinder gerade von den Konservativen zu Fall gebracht wurde. Die Regierung hat sich damals aber in keiner Weise verbindlich gemacht, sondern sich einfach schamlos zurückgezogen, mit dem Hinweis, daß der Landwirtschaft auch gewisse Opfer abgenommen werden müssen, wenn ihr gesetzliche Vorteile gesichert werden sollen. Das wollen ja aber die Agrarier eben nicht. Sie wollen Vorteile auf Kosten anderer. — Die Interpellation dürfte zu lebhaften Auseinandersetzungen führen.

**Anarchistenauflösung aus Elsas Lothringen.** Der in Colmar wohnende Schneider Macale Macar, der ein Anarchist sein soll, ist aus den Reichslanden ausgewiesen worden.

**Karlsruhe, 25. Januar.** (Eig. Ber.) Im badischen Landtag labelte heute der Genosse Sed das Verhalten der Regierung bei Beratung der Interpellation Dresbach über die Justizhausvorlage. Er legte der Regierung nahe, die Wünsche der im Staatsbetrieb beschäftigten Arbeiter mehr zu berücksichtigen, und forderte sie auf, vor ihrer Abstimmung im Bundesrat über die neue Flottenvorlage sich über die Stimmung im badischen Volke zu orientieren. Schließlich labelt er die Haltung der Regierung in der Wahlrechtsfrage und die Ueberwagung socialdemokratischer Versammlungen, während die der anderen Parteien nicht übermacht würden. Minister Eifenlohr beruft sich auf das Recht der Regierung, öffentliche Versammlungen überwachen zu lassen. Doch gebe er zu, daß der Ton in den socialdemokratischen Versammlungen in neuerer Zeit ein ruhigerer geworden sei. Wenn dies anhalte, werde er auch von einer ferneren Ueberwagung der socialdemokratischen Versammlungen Abstand nehmen. Eine kleine Ueberwagung brachte der nationalliberale Abgeordnete Oberbürgermeister Willens von Heidelberg. Ergab namens seiner Partei die Erklärung ab, daß sie bereit seien, das indirekte Wahlrecht fallen zu lassen. Doch bestche seine Partei darauf, daß die Bürgerausschüsse der fünf größten Städte des Landes je einen Abgeordneten zu wählen haben. Bisher verlangten die Nationalliberalen solche Privilegien für zwölf Städte Wadens. Sie haben also ihre Forderungen etwas niedriger gestraubt. Die Opposition wird diesen Vorschlag so wenig wie den früheren acceptieren, da er das Prinzip der gleichen Wahl durchbricht. — Der hiesigen Korporationen der technischen Hochschule wurde seitens des Senats die Abhaltung des Kaiserkommerzes unterlag. Der Grund hierzu ist darin zu suchen, daß die Korporationen die katholischen Verbindungen, wie schon im vorigen Jahre, zu dem Kommerz nicht eingeladen haben. Die nationalliberale Presse ist über das Vorgehen des Senats nicht erbaut, weil die katholischen Verbindungen in früheren Jahren thätlich nur mangelhaft patriotisch gestimmt gewesen waren. — Nun, in neuerer Zeit trifft dieser Vorwurf sicher nicht mehr zu. Die katholischen Verbindungen konkurrieren in Bezug auf den neudeutschen Patriotismus recht eifrig mit den „alldeutschen“ Studentenkorporationen.

**Socialpolitik in Bayern.** München, 26. Januar. Die Kammer der Abgeordneten nahm nach zweitägiger Debatte einen Antrag an, nach welchem die Vorschriften betreffend die Sonntagsruhe in den Angelegenheiten der staatlichen Behörden nach neue nachdrücklich einzuführen sind und der Bureaudienst, insbesondere während des Hauptgettesdienstes, soweit das öffentliche Interesse nicht eine Ausnahme erfordert, zu unterliegen ist.

**Berechtigung der Realschulen.** Es scheint, als ob mit dem Wechsel im Kultusministerium auch eine der Realschulen günstigere Stimmung eingeblasen sei. So behauptet wenigstens die „Post“, indem sie ausführt, der Minister sei entschlossen, eine Reform in Berechtigungen zu geben. Die lange erstreckt worden ist, durchzuführen. Außer der philosophischen Fakultät, die den Abiturienten der Realschulen bisher schon zugänglich war, solle ihnen auch die medizinische zugänglich gemacht werden. Zeitlich wäre noch eine kleine Einschränkung vorhanden: Die Realschulabschulterten, die sich künftig dem Studium der Medizin zuwenden wollen, würden sich einer Kochprüfung im Lateinischen unterwerfen müssen, um so in diesem Fache den Abiturienten der Gymnasien ebenbürtig zu sein. Dagegen soll die Prüfung im Griechischen, die bis jetzt erforderlich ist, in Zukunft wegfallen. Selbstverständlich müßte zuvörderst eine Einigung der deutschen Regierungen erfolgen wegen der Abänderung der ärztlichen Prüfungsordnung. Aber an der Zustimmung der Regierungen dürfte man wohl nicht zweifeln. Es ist abzuwarten, ob die Bestimmungen auf Umgestaltung des höheren Schulwesens, wovon dieser Lage berichtet wurde, wirklich nur auf diese Berechtigung der Realschulen des Realschulwesens hinauslaufen. Dagegen wäre gewiß nichts einzuwenden.

**Chinesische Unruhen.** Neue Unruhen werden aus der chinesischen Provinz Schantung gemeldet. Durch die aufständische Bewegung sind der Nord-Allgem. Jg. zufolge auch die deutschen Eisenbahn-Bauarbeiten der Kaumi in Mitleidenhaft gezogen worden und haben „angefichts der drohenden Haltung aufständischer Gendarmen“ gegen Wille d. R. unterbrochen werden müssen. Inzwischen werden die Unruhen bei Kaumi von europäischer Seite in Peking als nicht bedeutlich bezeichnet. Inzwischen hat die chinesische Regierung auf Veranlassung des deutschen Gesandten Truppen entsandt und dem Gouverneur von Schantung Schutzmaßregeln aufgetragen. Die „Nord-Allg. Jg.“ hofft, daß es dem neuen Gouverneur von Schantung, der als fremdenfreundlich und thätig gelte, auch über verhältnismäßig gute Streitkräfte verfüge, in Wälde gestungen werde, der Bewegung Herr zu werden und die Wiederaufnahme der deutschen Bahnarbeiten zu ermöglichen.

**Ausland.**

**Selbstmord des Kaisers von China?**

Aus China kommt die Drahtmeldung, Kwangju, der bisherige Kaiser, über dessen erzwungene Thronensetzung wir gestern berichtet, habe Selbstmord begangen. Doch man bei der Lage der Dinge auch einen Noth nicht für ausgeschlossen hält, ist erklärlich. Nach London ist telegraphiert worden, man glaube, die russischen Truppen in Port Arthur und andern Punkten der Mandchurie würden das neue Regime unweifelhaft unterstützen, und französische Flottenmannschaften sollen bereits in Peking eingetroffen sein. Die britische Gesandtschaft hatte nicht die mindeste Vorlesumtis von dem geplanten Thronwechsel, während die russische und die französische Gesandtschaft dieserhalb zu Rate gezogen wurden. „Morning Post“ meint, die Abdankung Kwangjus bezeichne eine Etappe in dem Fortschritt des russischen Uebergewichts in China. Die „Times“ sagen, auf dem Gebiet der auswärtigen Politik könne der Thronwechsel ernste Folgen haben.

Bei der Eigenartigkeit der chinesischen Verhältnisse wird es vielleicht noch geraume Zeit dauern, ehe man erfährt, ob der bisherige Kaiser noch am Leben ist, oder ob er durch Noth, oder Selbstmord geendet hat. Bemerkenswert ist der Anteil, den die russische und französische Diplomatie an dem Regierungswechsel genommen haben soll.

**Oestreich-Ungarn.**

**Wien, 25. Januar.** Die „Neue freie Presse“ meldet, wurde die Verständigungskongress auf den 5. Februar einberufen. Die Carachen haben die Forderung nach einer einheitlichen Konferenz für Böhmen und Wäheren fallen lassen.

**Prager Bürgermeister-Wahl.** Prag, 25. Januar. Auch die heutige Bürgermeister-Wahl blieb ergebnislos, da keiner der beiden Kandidaten die erforderliche Stimmenzahl erhielt. Morgen wird die Wahl zum drittenmal vorgenommen.

**Schweiz.**

**Anarchistenverfolgung in der Schweiz.** Bern, 26. Januar. Der Bundesrat wies zwei Ausländer wegen anarchistischer Umtriebe aus und ordnete eine strafrechtliche Untersuchung gegen die Herausgeber eines „Almanacco socialista anarchico per l'anno 1900“ und deren Mitschuldige an, weil dieser Almanach revolutionär-anarchistische Publikationen enthält. Die Untersuchung richtet sich auch gegen drei Schweizer, welche ihre Namen hergaben, damit die italienischen Verfasser nicht ausgewiesen würden.

**England.**

**London, 26. Januar.** Heute nachmittag fand im Auswärtigen Amt ein Kabinettsrat statt, zu dem Salisbury aus Hatfield eingetroffen war. Der Kabinettsrat war hauptsächlich zur Feststellung der Thronrede einberufen.

**Bulgarien.**

**Sofia, 26. Januar.** Gegenüber Gerüchten von der angeblich beabsichtigten Unabhängigkeitserklärung Bulgariens stellt das Regierungsbüro „Narodni Prava“ derartige Absichten auf das entschiedenste in Abrede.

**Australien.**

**Sydney, 25. Januar.** Auf einer Konferenz der Premierminister der australischen Kolonien wurde die Frage der neuen Hebriden besprochen und beschlossen, das Kolonialamt davon in Kenntnis zu setzen, daß die Opposition Australiens gegen eine Annexion jener Inselgruppe durch Frankreich sich nicht vermindert habe, obwohl man in keiner Weise der Reichsregierung Schwierigkeiten zu bereiten wünsche. Die Konferenz drückt ferner die Hoffnung aus, daß man keine Schritte thun werde, die Frankreich eine größere Machtbefugnis einräumen, ohne zuvor die australischen Regierungen zu befragen.

**Parlamentarisches.**

**Kolonialetat.**

In der Budgetkommission des Reichstags wurde Freitag die Beratung des Kolonialetats fortgesetzt. Die Beratung des Etats für Ostafrika wurde zunächst unterbrochen, um die beim Etat für Kamerun geforderte Verstärkung der Schutztruppe um 100 Mann zu erledigen. Kolonialdirektor v. Buchta verweist zur Begünstigung der Forderung unter anderem darauf, daß am Südufer des Tjadsee in der deutschen Interessensphäre ein mohamedanisches Reich unter einem Sultan Kabat, einem ehemaligen Sklaven, entstanden sei, dessen Expansionsbestrebungen unter Kolonie gefährlich werden könnten. Abg. Eichhoff (fr. Sp.) fragt an, unter Berufung auf den Bericht eines Kaiser Missionars, ob in der Kolonie Kamerun noch Sklavenhandel getrieben werde. Ein Vertreter des Kolonialamts erwidert, daß im Küstengebiet, welches unter deutschem Einfluß steht, kein Sklavenhandel mehr getrieben werde. Das Binnenland sei noch unter der Herrschaft mohamedanischer Häuptlinge. Die Reste der früheren Sklaverei, welche noch im Küstengebiet vorhanden sind, werden allmählich verschwinden, da die Sklaverei sich nicht erwebe, auch die Verpflichtungen, welche die Herren gegen die Sklaven zu erfüllen haben, größer sind als der Nutzen, der ihnen aus dem Sklavenbesitz erwachse. Thatsächlich haben sich die Verhältnisse in Kamerun bedeutend gebessert, aber mit einem Schlage die eingewurzelte Volksgewohnheit zu beseitigen, sei unmöglich. Regierungsvertreter Herr v. Oppenheim erläutert die Notwendigkeit der Vermehrung der Schutztruppe. Durch die in letzter Zeit erlangten Erfolge — Rückverweisung des Häuptlings der Wate und des Sultans von Tibati — ist abgesehen von der Unterdrückung des Sklavenhandels in jenen Gebieten, der Handelsweg nach dem reichen Kamana eröffnet worden. Zur Sicherung des Ertrages sei indes noch weiterhin eine angemessene militärische Nachaufstellung auf dem Schauplatz der jüngsten Kämpfe und die Errichtung fester Stützpunkte an den wichtigsten Plätzen der fraglichen, immerhin noch unruhigen Distrikte, erforderlich. Zu diesem Zwecke und um bei den Expedition der Schutztruppe auch an der Spitze die nötigen Kräfte zu Verfügung zu behalten, bedürfte es der Verstärkung der Schutztruppe um mindestens 100 Mann. Sie bestche alsdann aus 2 Kompanien zu je 250 Mann. Abg. Müller-Zulda (C.) verweist darauf, daß es sich nur um eine vorläufige Verstärkung der Schutztruppe handle, daß also später noch weitere Forderungen nachfolgen würden. Kamerun sei zwar eine unserer besten Kolonien, jenseit der Export steige, doch es sei notwendig, daß die großen konzessionierten Gesellschaften zu den Kosten der Kolonien mehr als bisher herangezogen werden. Die Gesellschaft Süd-Kamerun habe an der Brückler Börse einen Profit von 16 Millionen gemacht. Direktor v. Buchta verweist darauf, daß die Gesellschaft Nordwest-Kamerun 100 000 M. zu den Kosten einer Expedition nach dem Tjadsee beistimmern werde. Das Vorkintreiben in Wüffel habe er nicht hindern können. Abg. Graf Oriola (nat.) wünscht, daß die Gesellschaften dauernd zu den Kosten der Kolonie Kamerun herangezogen werden. Direktor v. Buchta: Dem Reiche sei ein staatsformiger Anteil des Reingewinns der konzessionierten Gesellschaften zugesichert. Abg. Graf Stolberg (konf.) bedauert, daß der Reichstag bei der Konzessionierung der Gesellschaften nicht mitgesprochen habe. Abg. Singer fragt an, ob dem Reiche die Prüfung der Bilanzen der Gesellschaften zustehe. Direktor v. Buchta erwidert, daß einem Reichskommissar Einsicht in die Bücher der Gesellschaften zustehe. Abg. Graf Arnim (Sp.) verzichtet zur Zeit auf die eingehende Kritik der Nordwest-Kamerun-Gesellschaftskonzession. Wenn er auch nicht gegen jede Konzession sei, so müßte er doch die vorliegende als räumlich zu weitgehend und als verfrüht bezeichnen. Die Anregung, daß die Gesellschaften dauernd an den Kosten der Schutztruppe teilnehmen, sei durchaus berechtigt. Die Forderung wird darauf genehmigt. — Hierauf wendet sich die Verhandlung wieder zum Etat Ostafrika. Die Anträge der Regierung werden durchweg unverändert bewilligt. Bei der Forderung von 50 000 M. zur Verstärkung der Schutztruppe in Ostafrika teilt Direktor v. Buchta mit, daß sich die Ernährungsverhältnisse nach den neuesten Berichten wieder gebessert haben, daß sich regelmäßige Regenperioden einstellen. Die Verwaltung lasse sich die Wasser-versorgung, die Besserung der Wege- und Bahnverbindung zur Verbesserung von Lebensmitteln aneignen sein. Auch der Heuschreckenplage hoffe man durch einen Pilz zu begegnen. Die Anträge des Etats werden durchweg genehmigt. — Es folgt der Etat Togo. Auf Anfrage des Abg. Müller-Zulda, betreffend die Strafverfolgung des Afrikaners Gollub Krause, der bei der deutschen Regierung vorgeworfen habe, Sklavenhandel zu bulden, erklärt Direktor v. Buchta, dem v. Krause sei die sehr umfangreiche Klage schrift jetzt zugestellt. Es werde die schriftliche Erwiderung Krauses abgewartet. Auch der Etat für Togo wird unverändert bewilligt und die weitere Verhandlung auf Dienstag vertagt.

**Die Wahlprüfungs-Kommission** hat in ihrer Donnerstag-Sitzung die Wahlen der Abg. Graumann (4. Rheinwerder) und Goh von Olenhufen (12. Hannover) vorläufig beanstandet und Beweisführung über eine Reihe von Protestpunkten erhoben. In 12 hannoverschen Wahlkreise hatte der Welfe Goh von Olenhufen 5351 Stimmen, der nationalliberale Professor Dr. Esser 4668, unser Genosse Vertig, Schumann in Braunschweig 4901 und der freisinnige Dr. Anprecht 1187 Stimmen erhalten. Gegen diese Wahl, die einen zweiten Wahlgang zwischen Olenhufen und Esser zur Folge hatte, wurde seitens des socialdemokratischen Wahlkomitees Protest erhoben und die Nachprüfung der Wahllisten, die eine Fülle von horrenden Verstößen gegen die Bestimmungen des Wahlreglements enthalten, ergab dem auch, daß sechs Stimmzettel für Gohmann und ein Stimmzettel für Esser zu Unrecht für ungültig erklärt worden waren. Ueber mehrere Protestbehauptungen, die entwerd Verstöße gegen die Öffentlichkeit der Wahl oder den Vorwurf der Wahlbeeinflussung enthielten, beschloß die Kommission Beweisführung. Auch sonst ließen die Wahllisten eine nette Illustration dafür, wie ingenierr auf dem Lande das Wahlgewalt sich abspielt. In Wodensee, wo bei der Hauptwahl sämtliche 67 Stimmen (von 118 Wahlberechtigten) auf den Welfen entfielen, wurde bei der Hauptwahl die Wählerliste gar nicht ausgefüllt, so daß jede Kontrolle darüber fehlte, wer denn eigentlich sein Stimmrecht ausgeübt. Der Wahlkommissar rügte bei Festlegung des Wahlergebnisses diese Unterlassung — und siehe da, zwischen Haupt- und Stichwahl wurden einfach die fehlenden Stimmen nachgetragen. Auch hier beschloß die Kommission Beweisführung.

**Die Münzgesch-Kommission** kam am Donnerstag in ihrer vierten Sitzung endlich zum Schluß. Das Ergebnis ist, daß alle künftigen bimetalistischen Anträge trotz des Bedrückens des Antragstellers seien, und daß der Betrag der auszugebenden Reichs-Silbermünzen noch um eine Mark (von 14 auf 15 Mark) erhöht werde. Nebenbei, aber doch für manche Liebhaber von Charakteristik ist, daß ein Antrag Schwarz-Sped (C.), wieder Landes-

Denkmünzen als Contrahenten zur Prägung zuzulassen, Annahme fand. Inbes hat das der Bundesrat in den Händen und die diversen Landesregierungen werden wohl kaum Lust haben, sich über die Denkwürdigkeit ihrer Landesereignisse und das Maß der ihm zuzubilligenden Prägungen mit dem Bundesrat auseinanderzusetzen. Unschuldig ist auch die in einer Resolution ausgesprochene Aufforderung an den Reichskanzler, möglichst auf Ausprägung von Zehnmarkstücken hinzuwirken. Ueber die einzuziehenden Münzarten berichtet wir bereits; hier ist gegen die Regierungsvorlage nichts geändert.

## Partei-Nachrichten.

**Partei-Organisation.** Der Socialdemokratische Verein München zählt gegenwärtig 2401 Mitglieder, gegen 1837 im Vorjahre. Die Jahreserträge des Vereins betragen 15 859,19 M., die Jahresausgaben 15 755,75 M. Der Gauvorstand für Südbayern berichtet, daß sich an 16 Orten neue Vereine gebildet haben. Die Einnahmen des Gauvorstandes betragen 2133,53 M., die Ausgaben 1416,54 M.

**Gemeindevahlen.** Bei den Bürgerausschuss-Wahlen in Durlach (Waden) wurden 9 Socialdemokraten gewählt.

**Totenliste der Partei.** In Sudenburg starb der Parteigenosse Wilhelm Lange im Alter von 42 Jahren an der Tuberkulose. Er war seit Jahren ein eifriger Kämpfer für die Interessen seiner Klassenossen.

**Neue niederländische Parteigenossen** beschlossen auf ihrer letzten Hauptversammlung, das bisher wöchentlich erscheinende Parteiblatt „De Socialdemocraat“ in ein Tagesblatt umzuwandeln. Das ist die erste Frucht des engeren Zusammenschlusses der bisher weit getrennt gewesenen Klassenbewußten Arbeiter Hollands.

## Der Streik der österreichischen Bergarbeiter.

Aus Wien wird uns vom 25. Januar geschrieben: Die Streiklage ist im großen und ganzen unverändert, so viele Mühe sich auch die Unternehmer geben, der Öffentlichkeit durch ihre Blätter — an dessen Spitze wie gewöhnlich die berüchtigte „Neue Freie Presse“ marschirt — einzureden, daß sich die Lage „bessere“. Der optimistische Optimismus der Unternehmer hat einen bestimmten Zweck: dadurch soll nämlich der Regierung zu Gemüte geführt werden, daß ihre Intervention eigentlich „überflüssig“ sei. Die zweite Lüge, die von den Unternehmern beharrlich verbreitet wird, ist ihre Darstellung der Ursachen des Streiks. Obwohl die Beweggründe der Arbeiter offenkundig zu Tage liegen, ihr Kampf sich als ein wahrer Zweifelskampf darstellt, phantazieren die Unternehmer dennoch davon, es handle sich den Arbeitern um eine „Machtprobe“. Noch nie ist unerschämter gelogen worden. Die Arbeiterbewegung gehört zu den ältesten Forderungen der österreichischen Bergarbeiterschaft; für sie sind schon zwei Streiks geführt worden. Wenn die Arbeiter die gegenwärtige, in ihrem Umfange noch nicht dagewesene Konjunktur nicht ausnützen würden, um eine Verbesserung ihrer Lebenslage zu erreichen, so wären sie Thoren, die an sich selbst ein Verbrechen begehen. Die gruselige Geschichte von der „Machtprobe“ ist natürlich gleichfalls zur Einschüchterung der Regierung erfunden. Die brutale Unternehmernproben, die nichts verteidigen wie ihren Geldsack, möchten sich der Welt als Hüter und Bewahrer der sozialen Ordnung ausgeben, um damit die Regierung von jeder Einschüchterung zurückzuführen.

Von dem Größenwahnsinn der Kohlemagnaten macht man sich keinen Begriff; jeder Direktor hält sich für einen kleinen Herrgott, der sich nicht herablassen dürfte, mit Arbeitern an einem Tisch zu sitzen und zu verhandeln. So haben die Direktoren des Prager Reviers der Behörde erklärt, sie lassen sich deshalb auf keine Verhandlung vor dem Einigungsamt ein, weil die Arbeiter aus der Arbeit ausgetrieben sind, und mit streikenden Arbeitern verhandeln sie nicht. Nach dieser wahrhaft vorwitzigen Anshawung könnten also Unternehmer nur — mit Streikbrechern Verhandlungen pflegen! Dabei bestimmt aber das Gesetz ganz ausdrücklich, daß das Einigungsamt berufen sei, ein gültiges Uebereinkommen über die Bedingungen zur Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses herbeizuführen, ihm also die Intervention bei Streiks geradezu zugewiesen ist! In einem so ersten Moment dürfen es die Unternehmer wagen, mit solchen aufgelegten Verdröhlungen zu operieren! Wenn die Herren Spens, Boden und Blumfeld diesem Unternehmer-Wahnsinn gegenüber nicht die notwendige Energie aufbringen, so werden sie der Unternehmerräuber nicht imponieren. Die österreichischen Regierungen haben den Brutalitäten der Bergbau-Unternehmer allezeit so gleichgültig zugehört, daß sich die Herren der Kohlengruben nun allmächtig dünken! Aber die Arbeiter werden die Kraft aufbringen, ihnen zu beweisen, daß diese „Allmacht“ eine Schranke hat und daß die Fesseln der Sklaverei darüber sind. So lange die Arbeiter fest bleiben, sind sie unbesiegbar. Ihre Widerstandsfähigkeit und der Druck der Allgemeinheit werden die Kohlemagnaten schon müde machen.

**Aus Falkenau** wird uns berichtet: Die Situation ist unverändert. Der Streik hat sich jetzt auf fast alle Werke erstreckt, so daß über 5000 Mann im Auslande stehen. Die Kohlennot wird immer fühlbarer, so mußten deshalb die erste böhmische Aktiengesellschaft für Glasindustrie in Ples, da als auch die Glasfabrik in Krasitz ihren Betrieb gänzlich einstellen. Größere Unternehmungen in Grassitz und Reudel werden nachfolgen. Am Donnerstag früh traf hier ein Bataillon des 73. Infanterie-Regiments aus Prag ein. Die Ruhe wurde bisher nicht gestört und werden sich auch die Bergarbeiter, die einmütig zusammenstehen, zu keinerlei Ausschreitungen provozieren lassen. Fortgesetzt finden große Bergarbeiter-Versammlungen statt.

**Die Kohlennot** nimmt in Sachsen in für die Industrie unangenehm bemerkbarer Weise zu. Nachdem in Oesterreich die Ausfuhr verboten wurde, ist am Mittwoch der letzte Kohlenzug von Böhmen in Sachsen eingetroffen. Wahrscheinlich wird in Dresden die große Röhrenmaschinen-Fabrik von Seidel und Raumann, in der mehrere Tausend Arbeiter beschäftigt sind, ihren Betrieb einstellen müssen. — In der Siemens'schen Glasfabrik ist bereits ein Ofen außer Thätigkeit gesetzt, während die elektrische Straßenbahn ihren Betrieb auf die Hälfte reduziert hat.

**Wien, 26. Januar.** Die „Wiener Abendpost“ meldet: Bei den gestern vom Sektionschef von Blumfeld mit den Gewerkschaften des Rudolfs Reviers geführten Verhandlungen erklärten sich die Besitzer der Werke schließlich bereit, ein Einigungsamt zu beschicken, jedoch mit der ausdrücklichen Erklärung, daß dies nur ein Akt des Entgegenkommens gegenüber dem Wunsche der Regierung sei. Die Gewerkschaften erklärten jedoch gleichzeitig im voraus, daß sie auf die Forderungen der Arbeiter, soweit sie bis heute bekannt seien, nicht eingehen können. Sie werden dies noch vor dem Einigungsamt erklären.

Aus Prag wird vom heutigen Tage gemeldet: Die Lage in den böhmischen Revieren ist ziemlich unverändert. Es sind nirgends Ausschreitungen vorgekommen. In Pilsen ist das Einigungsamt zusammengetreten und hält morgen seine erste Sitzung ab. — In Schatzlar ist auf dem Marien- und Elisabethhöhe ein Ausstand ausgebrochen. Eine Gendarmen-Abtheilung ist dorthin abgegangen.

**Pilsen, 26. Januar.** Wegen Bedrohung der Eisenbahn-Angestellten auf dem Rangierbahnhofe und wegen Plünderung zweier Kohlenwaggons auf dem Güterbahnhofe durch eine größere Menschenmenge mußte eine Kompanie Soldaten nach jedem Bahnhof entsendet werden.

## Aus der Frauenbewegung.

**Frauenstudium in Baden.** Das Ministerium hat vor einiger Zeit dem engeren Senat der Universität eröffnet, daß es nimmere, nachdem das Karlsruher Mädchen-Gymnasium seine ersten Abiturientinnen entlassen habe, für zweckmäßig hält, Damen mit dem Zeugnis der Reife zur vollen Immatrikulation zuzulassen. Außer der juristischen hatten sich darauf alle Fakultäten mit der Absicht der Regierung einverstanden erklärt; die medizinische Fakultät mit dem Zusatz, daß sie sogenannten Hörerinnen, d. h. Damen ohne Reifezeugnis, den Besuch der Vorlesungen nach wie vor verweigern werde. Wie es heißt, hat auch der engerer Senat der Universität bereits beschlossen, sich mit dem Vorgehen des Ministeriums einverstanden zu erklären, und zwar in dem Sinne, daß für die Immatrikulation von Frauen das Reifezeugnis eines deutschen Realgymnasiums oder einer deutschen Oberrealschule mit dem eines deutschen humanistischen Gymnasiums gleichgestellt sein solle.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Metallarbeiter!** Seit Dienstag, den 23. Januar befinden sich die Kollegen bei der Firma R. K. L. e. b. e. r., Herstraße, im Ausstand. Die Ursache zu dem Vorgehen bot das rigorose Verhalten des Meisters Jerni sowie Wahrung der Interessen der Kollegen. Die erhobenen Beschwerden beim Inhaber der Firma blieben ebenso erfolglos, wie die inzwischen stattgefundenen Verhandlungen. Wir ersuchen daher bis zur Beilegung der Differenzen den Zugang von Schlossern, Drehern und Metallarbeitern aller Art nach diesem Betriebe fernzuhalten.

**Der Streik bei der Firma Gubbe u. Gubbe** in Eberstadt dauert fort. Die Einigungsbestrebungen sind gescheitert. Von der Firma waren folgende Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeiter gestellt:

1. Der Former K. bleibt vom Wiedereintritt in die Fabrik ausgeschlossen.
  2. Sämtliche zur Zeit streikende Former und Arbeiter müssen sich solidarisch und schriftlich verpflichten, keinem derjenigen Former oder andern Arbeiter unseres Werks, welche während des Streiks gearbeitet haben, irgend welche Schwierigkeiten, wie sie auch geartet sein mögen, innerhalb oder außerhalb des Betriebs zu machen oder sie in irgend einer Form zu schädigen. Wer hiergegen verstößt, hat sofortige Entlassung zu gewärtigen.
  3. Die Einstellung der Streikenden erfolgt in derselben Weise wie die von neu aufgenommenen Arbeitern, die Former werden als solche, die Kupoler oder andre Arbeiter nach unserm Ermessen beschäftigt. Es hat keiner der Streikenden einen Anspruch auf die Thätigkeit, die er bisher ausgeübt hat, und auf denselben Platz, den er bisher gehabt hat.
  4. Die Handhabung der Arbeitsordnung wird in der bisherigen milden Form nicht mehr geübt, sondern in Zukunft nach Maßgabe der Bestimmungen sachlich aber streng durchgeführt.
  5. Die Wiederaufnahme der Arbeiter erfolgt am Montag, den 29. d. M., früh 6 1/2 Uhr. Wer alsdann nicht erscheint, bleibt vom Wiedereintritt ausgeschlossen.
- Diese Bedingungen sind von den Arbeitern abgelehnt. Besonders wurde der 3. und 4. Punkt für unannehmbar erklärt. Die Entlassung des Formers K. hielten sämtliche Arbeiter als ungerecht. Das Kontrollbuch hat ergeben, daß K. im ganzen vorigen Jahre 16 mal zu spät gekommen ist. Diese Verpätung ist aber hauptsächlich deshalb verschuldet, weil sehr oft das Gießen und Arbeiten bis 9, 10, ja bis noch 10 Uhr abends gedauert hat. Der Firma war bekannt, daß hiergegen die Arbeiter auftraten wollten, deshalb die scharfe Haltung gegen die organisierten Arbeiter und die plötzliche Wahrung.

**Zur Lohnbewegung der Einseher (Tischler).** Der weitere Verlauf der Lohnbewegung kann ein guter genannt werden. Es haben bis jetzt 22 Firmen, davon 73 durch Unterschrift, den Tarif von 1899 anerkannt; 9 haben durch mündliche Zustimmung, dazu gehören die besseren Firmen, die Zahlung nach dem Tarif zugesichert. Es arbeiten somit zu den neuen Bedingungen 342 Kollegen; hinzu kommen noch diejenigen, welche schon die Forderungen im Vorjahre zugewilligt erhielten, es sind das etwa 100 Kollegen.

Die Beteiligung am Streik ist eine bessere als am Anfang, selbst die Unorganisierten beteiligen sich an demselben. Die Kommission bittet nun die Kollegen, auf die Annonce zu achten und dahin zu wirken, daß die geforderten Kollegen zu der Versammlung am Sonntag im Lokal des Herrn Herzberg, Alte Jakobstr. 75, erscheinen. Heute abend 8 Uhr findet bei Herzberg eine Bezirks-Vertrauensmänner-Versammlung beider Richtungen statt. Auch hier ist pünktliches Erscheinen aller nötig.

### Die Streikkommission.

**In den Gelellensauschuss der Berliner Bäcker-Zunftung „Concordia“** wurden am Donnerstag die von den Gewerkschaften aufgestellten Kandidaten gewählt. Den gleichen Erfolg hatte die für das Schiedsgericht aufgestellte Liste.

### Deutsches Reich.

**Bei der Gewerbegeheimwahl in Dresden** gelangte die Liste der Gewerkschaften ohne Widerspruch zur Annahme. — In Saalfeld sind die Kandidaten der Gewerkschaft nahezu einstimmig gewählt.

**Die Handschuhmacher in Neuhaudensleben** hatten in den drei dort bestehenden Fabriken eine Lohnerhöhung von 13 Pfg. pro Paar verlangt. Auf dieses Verlangen erfolgte eine kurze ablehnende Antwort, ohne daß ein Fabrikant sich auf Verhandlungen mit den Streikenden einließ. Am Montag wurde sodann den Hilfsarbeitern gekündigt, so daß bei dem Ausstand 300 Personen in Betracht kommen. Von den Hilfsarbeitern gehören die meisten erst kurze Zeit der Organisation an, es wird deshalb gebeten, diese durch freiwillige Beiträge zu unterstützen. Gelder sind zu richten an: W. a. g. Ring, Neuhaudensleben, Schlingenerstraße, bei Heyner.

### Das Gewerkschafts-Kartell.

**Die Glasarbeiter in Petersdorf (Schlesien)** bedarren weiter im Streik. Der Glasofen ist noch nicht in Betrieb gesetzt, es wird von einer Woche auf die andre verschoben, aber es fehlen noch immer die langerentenen Glasmacher. Wie es scheint, wird es den österreichischen Arbeitern hier so ergehen, wie in Böhmen. Denn vor einigen Tagen wurden sämtliche auf das Polizei-Amt beschiedenen und ihre Personalien festgestellt. Da die Arbeiter nicht im Jertum waren über das, was ihnen bevorstand, so haben neun österreichische Arbeiter es vorgezogen, sofort das preussische Gebiet zu verlassen. Da sofort man noch immer bei uns von Arbeiterrechten. Ja, gewisse Rechte bleiben dem Arbeiter in Preußen: das Recht Steuern zu zahlen und für wenige Groschen jahrelang dem Kapitalismus zu frohden. Entschließen sich aber der Arbeiter, einer Organisation beizutreten, um seine Lebenslage mit zu verbessern, so wird er erbarmungslos auf die Strafe getroffen, und ist er Ausländer, gar ausgewiesen.

**Die Brauereigezellen in Weissen** haben in einer dieser Tage stattgefundenen Versammlung beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Sie fordern 24 M. Wochenlohn, Anerkennung ihres Arbeitsnachweises seitens der Unternehmer und volle Bewegungsfreiheit in der Verhängung des Koalitionsrechts. Man hofft diese Forderungen nach Lage der Sache ohne ernste Differenzen zu erreichen.

### Ausland.

**Der finnische Fachvereins-Kongress**, der kürzlich von den Vorständen der Fachvereine arrangiert worden war, nahm ein einheitliches Agitationsprogramm an. Nach demselben soll eine Annäherung zwischen den Fachvereinen herbeigeführt werden. Beschlossen wurde, daß alle der Fachorganisation angehörenden Verbände sich innerhalb drei Jahren der socialdemokratischen Partei anzuschließen haben.

## Sociales.

**Die Durchschnittspreise der wichtigsten Lebensmittel** zeigen nach den Zusammenstellungen der „Statistischen Korrespondenz“ im Kalenderjahr 1899 nur geringe Abweichungen gegen die Preise von 1898. Weizen ging zurück von 181 M. auf 154 M. (die Preise verstehen sich per 1000 Kilogramm), Roggen blieb wie im Vorjahr auf 143 M., Gerste ging zurück von 148 M. auf 142 M., Hafer von 147 M. auf 137 M. Erbsen stiegen von 224 M. auf 225 M., Linien von 414 M. auf 415 M. Bohnen fielen von 261 M. auf 251 M., Kartoffeln von 52,2 M. auf 49,4 M., während das Rindfleisch stieg von 1056 M. auf 1067 M.

Die Kleinhandelspreise zeigen folgende Bewegung. Es stiegen Kalbfleisch per 1 Kilogramm von 1,31 M. auf 1,33 M., Hammelfleisch von 1,27 M. auf 1,28 M., Schbutter von 2,19 M. auf 2,22 M., Rindfleisch von der Keule blieb auf 1,35 M. stehen. Rindfleisch vom Bauch fiel von 1,16 M. auf 1,15 M., Schweinefleisch von 1,39 M. auf 1,34 M., geräucherter inländischer Speck von 1,60 M. auf 1,58 M., inländisches Schweinefleisch von 1,58 M. auf 1,57 M., Speisemehl aus Weizen von 34 auf 30 Pfg. und aus Roggen von 27 auf 25 Pfg., während die Eier per Schock von 3,57 M. auf 3,67 M. hinaufgingen.

Die Korrespondenz des Bundes der Landwirthe behauptete neulich in der Polemik gegen uns, daß im Jahre 1898 infolge von Börsenspekulationen „anormal hohe Preise“ bestanden und stütze darauf den Vorwurf tendenziöser Darstellung. Aus den hier gegebenen amtlichen Zahlen ergibt sich, daß, wenn wir in der Sprache des Bundesorgans reden wollen, auch das Jahr 1899 noch fast dieselben „anormal hohen Preise“ aufweist. Was nennt das Blatt dann normale Preise?

**Preissteigerungen.** Die Unternehmerverbindungen entfalten jetzt allgemein eine lebhaftere Thätigkeit zur Erhöhung der Preise ihrer Produkte. Wir hatten schon mehrfach Gelegenheit, von solchen zu melden. Es haben wiederum Preissteigerungen beschlossen die Papierfabrikanten für Pergament, Paß- und Lütenpapier, Druckpapier, Couvertpapier und holzfreies Schreibpapier. Ferner der Vieselfelder Leinen- und Wäscheverleiher für sämtliche Wäschehersteller und der Verband deutscher Schirmfabrikanten für fertige Schirme. Ein rheinisch-westfälisches Ziegelhändler wurde in Dortmund gegründet zum Zwecke einer Erhöhung der Ziegelpreise. Das österreichische Eisenkartell hat vorläufig einen Antrag auf Preissteigerung abgelehnt, weil noch eine Anzahl Firmen ausstehen, die erst zum Eintritt gezwungen werden sollen, dann soll sofort eine ausgiebige Preissteigerung eintreten.

**Ein erheblicher Rückgang des Fleischkonsums** in Königsherg i. Br. wird durch den Verwaltungsbericht des Magistrats für 1898/99 konstatiert. Zwar ist die Zahl der geschlachteten Tiere gegen das Vorjahr um 4000 Stück gestiegen, aber der Verbrauch an Fleisch pro Kopf der Bevölkerung auf 81,001 Kilogramm (gegen 87,325 Kilogramm im Jahre 1896/97 und 61,7 Kilogramm im Jahre 1897/98) gesunken. Der Preis für Schweinefleisch ist ein wenig gestiegen, dagegen der für Rindfleisch um 3,97 Proz., für Kalbfleisch um 7,78 Proz. und bei Hammelfleisch um 1,17 Proz. gestiegen.

## Vom Kriege.

Der Siegesjubel in England ist schnell gedämpft worden. Eine am Freitag in London eingetroffene Depesche des Generals Buller aus Sperrmans Camp vom 25. d. M. 12 Uhr 5 Minuten mittags besagt: Ich bedaure, melden zu müssen, daß, wie ich heute morgen erfuhr, in der Nacht die Division des Generals Warren den Spionkop wieder hat aufgeben müssen.

Die Nachricht zeigt, wie begründet die Zweifel an der gefierten wiedergegebenen, in so mysteriösen Tönen gehaltenen Siegesnachricht waren. Nach einer Privatmeldung konnte General Warren wegen Mangels an Truppen Spionkop nicht halten. Er wurde neuerdings von den Boeren angegriffen und mußte, nachdem er viele Leute verloren, sich vor der Uebermacht der Boeren zurückziehen.

Siehe! ist auch die folgende Ansicht des Vertreters der südafrikanischen Republik, Dr. Leyds in Brüssel, die richtige. Derselbe hat sich geäußert: „Nachdem ich das Telegramm sorgfältig durchgelesen hatte, kam ich zu dem Schlusse, daß die Engländer ihre Stellung nicht werden behaupten können. Uebrigens besteht Spionkop aus mehreren Teilen. General Warren wird wahrscheinlich nur eine Höhe besetzt haben, die von geringer strategischer Wichtigkeit ist. Ich bin überzeugt, daß bei der vorstehenden Organisation unseres Generalstabes die von den Engländern eingenommene Position aufgegeben worden ist, weil sie strategisch bedeutungslos war.“

Nun hat auch diese Stelle wieder geräumt werden müssen, und der Entschluß von Ladysmith ist wohl vorläufig unumgänglich.

### In London

hat die Nachricht über die Niederlage der Engländer bei Spionkop allgemeine Bestürzung hervorgerufen. Man erklärt sich dieselbe nur dadurch, daß die Boeren rechtzeitig frische Verstärkungen erhalten haben und infolgedessen die Truppen des Generals Warren angreifen konnten. In militärischen Kreisen glaubt man, daß das Kriegsamte die Nachricht über den Wiederverlust des Spionkop schon früher erhalten habe, als es dieselbe veröffentlichte.

### Von den andern Kriegsschauplätzen.

Dem „Standard“ wird aus Rensburg vom Dienstag gemeldet, daß die Boeren, die 7000 Mann stark bei Coleberg stehen, in Unruhe seien, da General Freylich seine Truppen planmäßig und vorzüglich enger um Coleberg anzuordnen.

**Modder River, 24. Januar.** Wie gewöhnlich fand heute früh sowie heute abend ein Beschießen der Laufgräben der Boeren statt. Das Feuer der Engländer war auf die hohen Kopjes links von Rogersfontein gerichtet, wo, wie man glaubte, die Boeren ein neues Geschütz aufzuziehen wollten.

### Lezte Meldungen.

**London, 26. Januar. (W. T. B.)** Das Kriegsamte veröffentlicht folgende Verlustliste: In Ladysmith sind vom 20. bis zum 23. Januar 7 Mann verwundet worden, 11 meistens infolge Krankheit gestorben, zwei Marineoffiziere infolge eines Unfalls getötet worden. In Sperrmans Camp sind am 24. Januar ein Offizier und acht Mann des Ambulanzkorps verwundet worden. In De Kar starb am 24. Januar ein Offizier am Typhus.

## Lezte Nachrichten und Depeschen.

**Paris, 26. Januar. (W. T. B.)** Der Gesandte der Südafrikanischen Republik Dr. Leyds und der Legationssekretär Jonkheer van der Hoeven sind heute zum Geburtsstage Sr. Majestät des deutschen Kaisers nach Berlin abgereist.

**Kopenhagen, 26. Januar. (W. T. B.)** Aus Anlaß des Ablebens der Herzogin Friedrich zu Schleswig-Holstein ist von heute ab bis auf weiteres Hoftrauer angeordnet worden.

**Konstantinopel, 26. Januar.** (Meldung d. Wiener L. L. Telegr.-Korresp.-Bureau.) Da die zu verschiedenen Malen gemachten Versuche zur Erzeugung rauchlosen Pulvers erfolglos geblieben sind, hat sich die Flotte entschlossen, mit einer deutschen Fabrik Verhandlungen einzuleiten, um hier eine ähnliche Fabrik zu errichten. Vertreter der Fabrik wollen seit einigen Tagen hier.

**Peking, 26. Januar. (W. T. B.)** Es verlautet, daß der neu ernannte Thronfolger am 5. Februar unter dem Namen Chiturng zum Kaiser ausgerufen werden soll. Während die Bevölkerung im Norden anscheinend teilnahmslos ist, werden im Süden Unruhen befürchtet.

Reichstag.

136. Sitzung vom 26. Januar 1900, 1 Uhr.

Am Bundesstatistik: Niederding. Präsident Graf v. Helldorf erbittet und erhält die Ermächtigung, dem Kaiserpaare die Teilnahme des Reichstags anlässlich des Todes der Mutter der Kaiserin anzusprechen.

Die zweite Beratung der Novelle zum Strafgesetzbuch (Sex Heine) in Verbindung mit dem Gesetzentwurf der Abg. Prinz v. Arnberg und Genossen und dem Antrag des Abg. Freiherrn v. Stumm auf Verschärfung der Strafen für Sittlichkeitsverbrechen insbesondere gegen Kinder wird fortgesetzt und zwar bei der gestern abgetragenen Debatte über § 181 b. Dieser Paragraph war von der Kommission abgelehnt.

Die Abg. Vech-Coburg (fr. Sp.) und Gen. beantragen, diesen Paragraphen wieder einzufügen. Er lautet: Die Vorschriften der §§ 180 und 181 a finden keine Anwendung auf die Vermietung von Wohnungen an Frauenpersonen, welche gewerbsmäßig Unzucht treiben, sofern damit nicht eine Ausbeutung des unfruchtlichen Erwerbs der Mieterin verbunden ist.

Eventuell beantragen die Abg. Vech-Coburg und Genossen, die Schlusssätze dieses Paragraphen folgendermaßen zu fassen: „sofern der Mietzins und die Vergütung für sonstige Leistungen das Maß des Gemeinüblichen nicht überschreiten.“

Die Abg. Albrecht und Genossen beantragen als § 181 b einzufügen:

Die Vorschriften des § 180 finden keine Anwendung auf die Vermietung von Wohnungen an weibliche Personen, welche gewerbsmäßig Unzucht treiben, sofern der Mietzins und die Vergütung für sonstige Leistungen das Maß des Gemeinüblichen nicht überschreiten. Die Polizei ist nicht berechtigt anzuordnen, daß Personen, welche gewerbsmäßig Unzucht treiben, nur in bestimmten Stadtteilen, Wohnhäusern oder Wohnungen wohnen.

Abg. Dr. Eise (natl.):

Wir müssen uns ganz entschieden gegen jede Kasernierung der Prostituierten aussprechen. In einer solchen würde aber die Annahme der Regierungsvorlage in ihrer Konsequenz liegen. Ich bitte Sie also, es bei dem bisherigen Zustand zu belassen, also dem Kommissionsentwurf, welcher den § 181 b der Regierungsvorlage zu streichen wünscht, zuzustimmen. Die Richter beurteilen am besten und sichersten unter dem geltenden Recht, ob etwas Strafbares vorliegt oder nicht. Es ist besser, den bisherigen Zustand beizubehalten.

Geheimrat Dr. v. Tschendorff (auf der Tribüne sehr schwer verständlich)

legt dar, daß die Rechtslage keineswegs so sicher sei, wie der Vordrucker glaube. Er bitte deshalb um die Wiederherstellung der von der Regierung beantragten Paragraphen.

Abg. Stöder (h. l. Sp.):

Schon heute sind die Strafen zu einer Vorse der Unzucht gemindert. Die Prostituierten wohnen hauptsächlich bei kleinen Leuten, die die Miete nicht aufbringen können. Bei diesen gilt die Prostituierte als eine Art bevorzugtes Weib, als das Fräulein, das hilft, die Miete zu zahlen, und die Kinder, die sie bedienen müssen, kommen damit in direkte Berührung mit dem Kaiser. Wenn wir die Verhütung des Volks mit Syphilis bekämpfen wollen, können wir diesen Paragraphen nicht annehmen. Man sagt, heute ist es so, daß die Prostituierten gestraft ist, wenn aber ein Weib keine Wohnung einer Prostituierten giebt, so wird er bestraft. Das ist aber gerade ein großes Übel, die einzige Waffe, die wir gegen die Prostitution haben. Vor allen Dingen in den Städten, wo es noch keine Prostitution giebt, machen Sie den Kampf gegen dieselbe durch diesen Paragraphen ganz unmöglich. Ich bitte Sie dringend, es bei dem bisherigen Zustand zu belassen. (Bravo rechts.)

Geheimrat Dr. v. Tschendorff:

Ein Vermieter wird nur dann wegen Kuppelei bestraft, wenn er derselben direkt Vorwand leistet, das heißt wenn er beim Vermieten bereits wußte, daß die Wohnung zu unzüchtigen Zwecken gebraucht werden würde, oder, falls er es nachher erfährt, von seinem Abdingungsrecht keinen Gebrauch macht.

Abg. Gaudé (fr. Sp.):

spricht sich gegen den Antrag Vech aus. Eine zwingende Kollage, den bestehenden Zustand zu ändern, liegt nicht vor. Genießt hat der heutige Zustand Mängel im Gefolge, aber sie sind nicht unerträglich. Ein Unterkommen finden die Prostituierten noch jederzeit.

Abg. Vech-Coburg (fr. Sp.) und Genossen beantragen in Abänderung ihres früheren (oben mitgeteilten) Antrags statt des § 181 b der Regierungsvorlage den § 180 folgenden zweiten Absatz beizufügen: Die Vermietung von Wohnungen an Frauenpersonen, welche gewerbsmäßig Unzucht treiben, ist nicht als Vorschubleistung anzusehen, sofern damit usw. (Der Wortlaut deckt sich im übrigen mit dem oben mitgeteilten Antrage.)

Abg. Dr. Höffel (Sp.):

Ich sehe nicht auf dem Standpunkt des Herrn Vech, daß die Prostitution ein notwendiges Übel sei. Wenn das aber der Fall ist, so hat der Staat die Pflicht, so viel wie möglich zur Bekämpfung der Prostitution beizutragen und nicht sie zu sanktionieren. Es ist ja möglich, daß für die Berliner Verhältnisse der Paragraph eine Besserung bedeuten würde, den übrigen Städten würden Sie aber den Kampf gegen die Prostitution außerordentlich erschweren. Wenn Sie das System der Ignorierung in England, der Bewachung in Frankreich, der Bekämpfung in Deutschland vergleichen, so werden Sie jedenfalls das deutsche für das beste halten.

Geheimrat v. Lenthe: Daß die Prostitution ein notwendiges Übel ist, will ich nicht sagen, jedenfalls ist aber bisher jedes Mittel gegen sie nutzlos gewesen. Eine Lokalisierung der Prostitution liegt absolut nicht in der Absicht der Regierung. Die Folge des Paragraphen könnte doch auch höchstens sein, daß noch mehr Wirte als bisher Wohnungen an Prostituierte vermieten. Daß dieser Paragraph mit der Lokalisierung nichts zu thun hat, habe ich auch auf das bestimmteste in der Kommission erklärt. Der zweite Satz des Antrags der Socialdemokraten, der Polizei die Befugnis zu nehmen, die Prostituierten auf bestimmte Gegenden zu verweisen, gehört aber nicht hierher. Wenn wir in der Vorlage sagen, die Vorschriften des § 180 und 181 a sollen nicht Anwendung finden auf die Wohnungsvermietung, so bedeutet das keine sachliche Erweiterung des Paragraphen, wie Herr Vech meinte. — Das Bedauern des Herrn Stöder über die heutigen Zustände teile ich durchaus, aber diese Zustände haben schon vorher bestanden und werden durch diesen Paragraphen sich nicht verschlimmern.

Abg. Simburg (l.):

Ich werde mit einigen meiner politischen Freunde für den Antrag Vech stimmen. Die Prostitution ist kein notwendiges, aber ein existenzielles nicht zu vermeidendes Übel. Wir nehmen hier denselben Standpunkt ein wie seiner Zeit der Centrumsabgeordnete Stöder. Es liegt nahe, daß die Mädchen, wenn sie Wohnungen haben, nicht mehr so sehr die Strafen beklagen werden. Alle strafrechtlichen Verurteilungen sind auf diesem Gebiete bisher gescheitert. In dem Widerstreit zwischen Theorie und Praxis gebe ich mit einigen Freunden der Praxis den Vorzug. (Beifall links.)

Abg. Camp (Sp.):

Ich kann Herrn Stöder nicht beistimmen, so trübe das Bild auch

ist, das er uns hier entrollt hat. Ich verpreche mir bei der Ablehnung der Regierungsvorlage nur eine Verschlechterung des bestehenden Zustandes. Da jetzt die Vermieter mit dem Damoklesschwert des Kuppeleiparagraphen bedroht sind, ist bei und der sogenannte weiche Frauenhandel in Schwung gekommen. Die Mädchen werden dadurch nur in die Hände der Wirtin und Wampyre getrieben. Herr Vech möchte ich nahe legen, seinen Antrag zu Gunsten der Regierungsvorlage zurückzuziehen. Wir sind es dem Rechtsbewußtsein schuldig, daß endlich mit dem bisherigen Zustand gebrochen wird, deshalb bitte ich Sie, den Antrag Vech anzunehmen.

Vom Abg. Vech-Coburg liegt ein neuer Antrag vor auf Wiederherstellung des Wortlauts der Regierungsvorlage, nur mit Hinzufügung der Ziffer 181 a (§ 181 b soll sich somit nur auf den Kuppeleiparagraphen, nicht auf den Zuhälterparagraphen beziehen).

Abg. v. Salisch (konf.):

erklärt sich gegen den Antrag Vech-Coburg.

Abg. Hören (l.):

bestreitet, daß er mit Ablehnung der Regierungsvorlage etwa den Dirnen das Wohnen unmöglich machen wolle. Er wolle nur nicht, daß der Thatsbestand der Kuppelei geändert werde. Die Annahme der Regierungsvorlage würde nur zur Winkelbordellwirtschaft führen. Ein Gastwirt, der seine Zimmer zu üblichen Preisen an Dirnen vermietet und Speise und Trank zu üblichen Preisen an die Besucher der Dirnen abgibt, sei künftig straflos. Die Regierungsvorlage muß zur Lokalisierung der Prostitution führen. Einen andern Zweck hat auch die Regierungsvorlage nicht, denn es ist doch nicht annehmbar, daß die Regierung den § 181 b nur der Prostitution zu Liebe eingebracht hat. Die Regierungsvorlage muß auch zur Lokalisierung führen, denn jetzt ist es der Polizei nicht möglich, den Dirnen bestimmte Winkel anzuweisen, weil sich jetzt die Wirte weigern, die Dirnen aufzunehmen. Diese Weigerung fällt weg, wenn das Vermieten nicht mehr Kuppelei ist.

Staatssekretär Niederding:

Dem Schankwirt, der eine Lohndienstleistung in der von Herrn Hören bezeichneten Art einrichten würde, würde die Polizei die Schankkonzession entziehen. Es war also wieder nur ein Schreckbild, das der Herr Vordrucker hier und vorgewandt hat. Ich bitte Sie, sich durch solche Schreckbilder nicht beeinflussen zu lassen. Die Regierung erklärt noch einmal, daß sie mit dem § 181 b nicht den Zweck verfolgt, eine Lokalisierung der Prostitution herbeizuführen. Das bisherige Gesetz ist mit den Forderungen des praktischen Lebens nicht mehr in Einklang zu bringen. Es wird auch nicht strikte durchgeführt, und darunter leidet die Autorität der Staatsgewalt. Das Gesetz muß den Anforderungen der Praxis Rechnung tragen. Ich bitte Sie, den Antrag Vech auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage anzunehmen.

Abg. Vech-Coburg (fr. Sp.):

Es ist behauptet worden, daß unser Antrag unbedingt zur Kasernierung der Prostituierten führen wird. Der Beweis für diese Behauptung ist aber nicht erbracht, und die Regierung hat ausdrücklich erklärt, daß sie eine Kasernierung nicht beabsichtigt. Auf den Streit über die Urteile des Reichsgerichts will ich nicht nochmals näher eingehen, jedenfalls hat aber die Regierung recht behalten, daß die bisherige Rechtsprechung die Einführung des vorliegenden Paragraphen rechtfertigt. — Daß die Handwirte sich gegen diesen Paragraphen ausgesprochen haben, ist nicht der Fall. Sie sind damit unverstanden, daß solange es Prostituierte giebt, sie auch wohnen müssen. Gegenüber dem Abg. Höffel muß ich dabei bleiben, daß die Prostitution ein notwendiges Übel ist. Alle Maßregeln gegen dieselbe haben nichts genützt. — Herr Vech hat mit Recht darauf hingewiesen, daß eine allgemeine Verbreitung der Prostitution durch die ganze Stadt durchaus nicht die Folge unseres Antrages sein würde, denn das Bürgerliche Gesetz giebt sowohl Mietern wie Vermietern das Recht, sofort die Wohnung zu kündigen, falls Prostituierte gegen ihren Willen in der Wohnung aufgenommen werden. Ich bitte Sie also, für unsern Antrag, wie er jetzt vorliegt, zu stimmen. Wir behalten uns vor, für die dritte Lesung eine bessere Fassung zu finden.

Geheimrat v. Lenthe

betont gegenüber dem Abg. Hören nochmals, daß die Regierung an eine Kasernierung der Prostituierten nicht denke.

Abg. Schrempf (l.):

Die Berliner Verhältnisse sind ja allerdings wichtig, aber sie können doch nicht allein maßgebend sein. Man spricht immer von einem Gewerbe der Prostitution, auf dem Lande weiß man davon nichts. Man fragt, wo sollen die Prostituierten denn ihr Gewerbe ausüben, wenn wir sie auf die Straße treiben. Nun, da sage ich: War nicht sollen sie es ausüben. (Große Heiterkeit.) Die Gesetzgebung hat die Aufgabe, die Unordnung zu bekämpfen und die Prostitution ist eine Unsitte. Es ist bedauerlich, daß in der Hauptstadt des Deutschen Reichs solche schandvollen Zustände herrschen, daß man nicht sicher ist, des Abends von vier oder fünf Dirnen bedrängt zu werden. (Große Heiterkeit.) Abg. Vech: Auf dem Lande ist es ebenso! Das ist nicht der Fall! Auf dem Lande wissen wir von einer Unzucht, wie sie in den großen Städten herrscht, nichts. (Lachen links, Bravo! rechts.) Wir müssen aber ein Gesetz für das ganze Reich machen, und für diese Verhältnisse paßt der § 181 b absolut nicht, das hat Ihnen Herr Sanitätsrat Dr. Höffel auf das Klarste bewiesen und auf eine solche Autorität hin sollte auch die Regierung den Paragraphen fallen lassen.

Abg. Stöder (wildl.):

Wenn ich auch gesagt habe, die Verhältnisse würden sich durch Annahme des Paragraphen verschlimmern, so heißt das nicht die heutigen Verhältnisse billigen. Diese verabsichte ich auch. Der Paragraph hat einen andern Sinn, als daß er eine Art des Zuhälterums sanktioniert.

Abg. Vech (Soe):

Ob die Unsitte auf dem Lande größer ist oder in den Städten, weiß ich nicht. Fest steht für mich nur, daß innerhalb und außerhalb Berlins gesündigt wird. Thatsache ist auch, daß ein großer Teil der Mädchen, die vom Lande in die Stadt kommen, der Prostitution verfallen. Wenn der Abg. Schrempf durch die Verhältnisse in der Großstadt in Verachtung geführt wird, so thut mir das leid. (Große Heiterkeit.) Herr Schrempf hat sich auf die Autorität des Herrn Höffel berufen. Ich berufe mich auf die Herren Sanitätsrat Dr. Endemann, Herrn Stadtverordneten-Versichters Dr. mod. Langerhaus und Herrn Dr. mod. Kruse, die alle drei für den Paragraphen sind. Da meine Autoritäten in der Mehrheit sind, so wird Herr Schrempf hoffentlich für den Paragraphen stimmen. Die Gründe des Herrn Stöder waren sehr mangelhaft. Wenn er in der That die Unzucht bekämpfen will, also will, daß alle Fälle der Unzucht unter Strafe gestellt werden sollen, so muß er auch sehen, daß nicht nur die Frauen, sondern auch die Männer unter Strafe gestellt werden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wenn er solche Anträge stellen würde, so zweifelte ich allerdings sehr, daß er die Zustimmung des Hauses finden würde, aus Gründen, die ich hier nicht näher erörtern will.

Herr Geheimrat v. Lenthe hat erklärt, es sei falsch, daß er in der Kommission eine Erklärung abgegeben habe, daß die Regierung die Kasernierung der Prostituierten beabsichtige. Direkt hat Herr v. Lenthe nichts gesagt, was darauf schließen ließe, daß § 181 b den Zweck habe, die Prostitution zu kasernieren, aber in der Art, wie er die Erklärung abgab und wie er sich gegen einen von unsrer Seite gestellten Antrag aussprach, hatten wir alle den Eindruck, daß

§ 181 b, wenn er auch nicht direkt zur Kasernierung dienen sollte, so doch eine Brücke dazu bieten werde.

Unser Antrag lautete damals: Die Polizei ist nicht berechtigt, anzuordnen, daß Personen, die gewerbsmäßig Unzucht treiben, nur in bestimmten Stadtteilen z. Wohnung nehmen. Herr v. Lenthe erklärte damals, daß unser Antrag mit § 181 b nichts zu thun habe. Im übrigen ist aber Thatsache, daß nach Ziffer 6 vom § 361 die Polizei berechtigt ist, den Prostituierten das Wohnen in bestimmten Straßen zu verbieten. Ob die Polizei auch jetzt schon das Recht hat, ihnen bestimmte Straßen anzuweisen, ist nach der Rechtsprechung nicht klar; das Reichsgericht ist anderer Meinung gewesen und hat das frühere Vordellweisen als mit dem Gesetz in Widerspruch stehend anerkannt. Sobald Sie dem § 181 b zustimmen und nicht zugleich den von uns beantragten Zusatz annehmen und § 363 abändern, wie wir dies nachher beantragen werden, wird dieser § 181 b in der That die Brücke bilden, um das Vordellweisen in Deutschland einzuführen. Ich bitte Sie daher, unseren Antrag anzunehmen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Schrempf (l.):

Ich habe vorher nur bemerkt, daß ich durch die Anwesenheit von Prostituierten belästigt wurde. So bin ich, Herr Vech hat diese Bemerkung benutzt, um einen recht billigen Witz daran zu knüpfen. Hätte ihn Herr Vech außerhalb des Hauses gemacht, hätte ich es als Frechheit bezeichnet. (Sehr gut! rechts.)

Damit schließt die Diskussion. Die socialdemokratischen Anträge werden gegen die Stimmen der Socialdemokraten abgelehnt; desgleichen der Eventualantrag Vech gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Freisinnigen und Socialdemokraten. Angenommen wird der Antrag Vech auf Streichung des § 181 a in der Regierungsvorlage. Die so veränderte Regierungsvorlage wird gegen die Stimmen eines Teils der Rechten und des Centrums angenommen.

§ 182 soll nach den Kommissionsbeschlüssen lauten: „Wer ein unbescholtenes Mädchen, welches das 18. Lebensjahr nicht vollendet hat, zum Beischlaf verführt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.“

Die Befolgung tritt nur auf Antrag der Eltern oder des Vormundes der Verführten ein.

Die Abg. Vech-Coburg und Genossen (fr. Sp.) wünschen das bestehende Gesetz unverändert erhalten, das die Grenze statt auf das 18. auf das 16. Lebensjahr festsetzt.

Eventuell beantragen sie statt „ein unbescholtenes Mädchen, welches“ zu setzen „eine unbescholtene Person, welche“.

Abg. Bargmann (fr. Sp.) beantwortet den Antrag Vech. Mit 16 Jahren seien die Mädchen körperlich und geistig schon so entwickelt, daß sie auch fähig seien, Verführungen Widerstand entgegen zu setzen. Die Änderung des bestehenden Zustandes würde zur Quelle ungezählter Demoralisationen werden. Nicht immer gebe die Befreiung von der männlichen Seite aus, daher sei der Eventualantrag, die Erziehung von unbescholtenen Mädchen durch unbescholtene Person gestellt. (Beifall links.)

Staatssekretär Niederding:

So gut der Antrag der Kommission auch gemeint sei, er bitte, ihn abzulehnen. Das Bedürfnis für eine Erhöhung der Schutzgrenze sei nicht vorhanden. Das junge Mädchen sei mit dem 16. Jahre chemisch. Das sei eine gewisse Charakterstärke voraus und lasse die Erhöhung der Schutzgrenze als unangebracht erscheinen. Die Maßregel sei deshalb auch praktisch schwierig durchzuführen. In einer Verurteilung würde gehören, daß dem Namen nachgewiesen wird, er habe das Alter des Mädchens genau gekannt. Auf den ersten Blick sei es aber sehr schwer zu entscheiden, ob ein Mädchen noch nicht 18 Jahre oder schon 18 Jahre ist. Es würde sich der Richter fragen müssen, ob der Mann sich nicht denken konnte, daß das Mädchen noch nicht 18 Jahre sei und das würde zur Anwendung des solus eventualis auch auf diesem Gebiet führen. (Sehr richtig! links.) Die Strafverfolgung wird in der Regel gar nicht erfolgen, wenn nicht die Erlangung eines materiellen Vorteils als Begleiterscheinung auftritt. Kein Strafgesetzbuch Europas, außer dem Portugals, geht in der Schutzgrenze über 16 Jahre hinaus. Angesichts dieser Rechtslage in der ganzen Kulturwelt bitte ich Sie dringend, den Kommissionsantrag abzulehnen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Dr. Eise (natl.) erklärt sich namens eines Teils seiner politischen Freunde für die Hinaufsetzung der Schutzgrenze.

Abg. Hören (l.):

In der Kommission ist die Erhöhung der Schutzgrenze mit 16 gegen 4 Stimmen angenommen worden. Wir meinen, mit 16, 17 und 18 Jahren haben die Mädchen noch nicht die Lebenserfahrung, die sittliche Kraft und Charakterstärke, um den mit Raffinement in Szene gesetzten Verführungen begegnen zu können. Die Reichen der Prostitution fallen gerade besonders mit Mädchen von 17 bis 18 Jahren. Eheschließungen im Alter von 16 Jahren sind nur Ausnahmen. Eheschließung und Verführung können nicht mit einander in Parallele gestellt werden. Bei der Eheschließung handelt es sich um eine wohlwollende Sache, bei der die Eltern mitwirken, bei der Verführung ist das Opfer sich selbst überlassen, sie gerät leicht im Augenblick und kann die unheilvollsten Folgen für das ganze Leben haben. Die Demoralisationen werden nicht häufiger werden als jetzt. Ich bitte Sie, den Kommissionsvorschlag anzunehmen.

Abg. Stöder (wildl.):

Ich kann den Ausführungen des Staatssekretärs nicht beitreten. Mädchen von 16 Jahren haben nicht die nötige Lebenserfahrung. Wenn wir festlegen Mädchen unter 18 Jahren sind geschützt, so hat der Verführer die Verpflichtung, sich nach dem Alter des Mädchens zu erkundigen. Auch von dem Bundesdeutscher Frauenverein ist eine Petition an das Haus gelangt, die die Grenze sogar bis zum 21. Lebensjahr erhöhen will. (Bravo rechts.)

Abg. Heine (Soe):

Ich habe nur kurz zu erklären, daß wir gegen die Erhöhung der Altersgrenze stimmen werden. Natürlich nicht mit Rücksicht auf die Verführer, sondern weil wir das Gesetz auch heute schon aus der Praxis als kein Musterstück der Gesetzgebung kennen. Der wichtigste Grund für uns aber, gegen diese Gesetzesänderung zu stimmen, ist der, daß an die Lebensverhältnisse der arbeitenden Klassen dabei gar nicht gedacht ist. Der Antrag ist entworfen aus den Anschauungen der höheren Stände, wo ein junges Mädchen von 16 Jahren die sogenannte höhere Tochter, noch in die Schule geht und in der That von dem Leben noch recht wenig weiß. Ein Mädchen aus dem Proletariat aber, das bereits mit 14 Jahren darauf angewiesen ist, sich den Unterhalt selbst zu verdienen, fühlt sich mit 16 Jahren nicht mehr als Kind, sondern als erwachsenes Mädchen, das über sich selbst bestimmen kann. Dieses Mädchen hat auch, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, viel mehr Ahnung vom Leben als die höhere Tochter und kann sich gegen einen Verführer besser schützen. Die Folge dieser Gesetzesänderung würde nur eine erhöhte Gelegenheit zu gegenseitiger Chikanierung zwischen auseinandergegangenen Bräutlingen der Arbeiterklasse sein. — Was die Petition des Bundes Deutscher Frauenvereine anlangt, so muß ich offen gestehen, daß mir ihr Standpunkt weniger der Standpunkt höherer Töchter als vielmehr der alter Jungfern zu sein scheint. (Heiterkeit.) Mit dieser verschrobenen Auffassung der Sittlichkeit können wir uns nicht befreunden. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Höffel (l.):

Die Frauen haben ihre Petition nicht etwa im Interesse der höheren Stände eingebracht, sondern gerade im Interesse der armen Proletarierinnen, die am meisten der Prostitution verfallen. Meine

Freunde sind auch der Ansicht, daß wir die Grenze auf das 18. Lebensjahr festsetzen.

Abg. **Weth-Roburg** (fr. Sp.):

Früher war die Grenze 15 Jahre, man ist also jetzt schon hinaufgegangen. Ich will übrigens darauf hinweisen, daß in den allermeisten Fällen mit Rücksicht auf die Familie eine Anzeige in der Praxis gar nicht erfolgen wird. Daß sich der Verfälscher vorher über das Alter erkundigt, ist in der Praxis in den meisten Fällen ausgeschlossen. Die Frage ist für uns so wichtig, daß ich eventuell die Beschlußfähigkeit bezweifeln werde.

Hiermit schließt die Diskussion.

Vor der Abstimmung bezweifelt Abg. **Weth-Roburg** die Beschlußfähigkeit des Hauses. Es werden Vorbereitungen für die Auszahlung des Hauses getroffen und das Haus füllt sich allmählich.

Abg. **Weth** erklärt, daß er nun nicht mehr an der Beschlußfähigkeit des Hauses zweifle. (Große Heiterkeit.)

Unter Ablehnung des Antrags **Weth-Roburg** wird § 182 in der Kommissionsfassung angenommen.

Hierauf verläßt sich das Haus.  
Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr (2. Beratung des Postetats).  
Schluß 7/8 Uhr.

### Abgeordnetenhaus.

11. Sitzung vom 26. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Hammerstein.

Präsident **v. Kröcher** erwidert und erhält die Ermächtigung, aus Anlaß des Ablebens der Herzogin Friedrich von Schleswig-Holstein dem Kaiserpaar sowie dem Prinzen und der Prinzessin Friedrich Leopold die Teilnahme des Hauses zum Ausdruck zu bringen.

Die Specialberatung des Etats der Landwirtschaftlichen Verwaltung wird darauf fortgesetzt. — Die Diskussion über den Titel „Minister“ dauert noch immer fort.

Abg. **Symula** (C. Auf der Tribüne schwer verständlich)

bestreitet entschieden, daß sich die Lage der Landwirtschaft wesentlich gebessert habe. Allerdings seien die Ernten gut gewesen, aber dafür seien die Preise sehr niedrig. Speziell sei Weizen so billig, wie kaum je. Amerika schreite eben mit der Produktion immer mehr fort. Es komme hinzu, daß von auch unserer Eisenbahn-Verwaltung noch immer nicht die gebührende Rücksicht auf die Interessen der Landwirtschaft genommen wird. Es komme ferner die **Leutenot** hinzu; den keinen Landwirten in Schlesien sei es gar nicht mehr möglich, die für ihr Gehört erforderlichen Dienstboten zu erhalten. Mindestens **15 000 landwirtschaftliche Arbeiter** hätten schon im vorigen Jahre gefehlt, in diesem Jahre hätte sich die Sache noch ganz wesentlich verschärft, da von der Industrie immer mehr Leute eingestellt werden. Die Regierung müsse daher alles thun, was in ihren Kräften steht, um **Arbeitskräfte aus dem Auslande heranzuziehen**.

Abg. **Dr. Heilig** (C.)

hält ebenfalls schleunige Maßnahmen zur Abstellung der Leutenot für dringend notwendig. Die **hohen Eöhne**, welche die Industrie zahle, könne die Landwirtschaft nicht aufbringen. Sie **beförderten unter den Leuten auch nur die Trunksucht**. Abg. **Dürig** behauptet, der Landwirtschaft müsse es gut gehen, denn das Vermögen auf dem Lande sei um rund 450 Millionen gestiegen. Aber diese Vermehrung entfalle nur auf einzelne, die große Mehrzahl der Landwirte sei daran nicht beteiligt. Redner wünscht dann, daß der Schulunterricht mehr den Verhältnissen auf dem Lande angepaßt werde. Kinder, welche die nötige theoretische Reife erlangt haben, müßten in die Landwirtschaft übergeleitet werden. Dazu müsse man mehr landwirtschaftliche Hochschulen und vor allem sogenannte Winterschulen errichten, in denen der Jugend die nötigen landwirtschaftlichen Kenntnisse beigebracht werden. Viel mehr Mittel müßten ferner in den Etat eingestellt werden zur Hebung der Viehzucht. In Schlesien seien zahlreiche Anträge von Landwirten wegen Mangels an Mitteln abgelehnt worden.

Abg. **Dr. Glattfelder** (C.) (Auf der Tribüne schwer verständlich)

beantwortet im Interesse der weislichen Landwirtschaft größere Aufwendungen von Seiten des Staats zur Förderung der Viehzucht. Die Arbeiternot sei im Westen jetzt auch ganz besonders drückend. Als sehr ortsgenau könne ferner die Einrichtung staatlicher Musterwirtschaften, von denen der Minister gestern gesprochen habe, sich erweisen.

Abg. **Leppelmann** (C.)

schließt sich den Klagen seiner Vortredner über die Not der Landwirtschaft an.

Abg. **Dommes** (Hosp. der fr. Sp.):

Es dürfte der Regierung schwer fallen, all die Wünsche zu erfüllen, die hier von den verschiedensten Seiten an sie gerichtet sind. Man sollte doch mehr auf Selbsthilfe sinnen. Man muß sich nur auf rationelle Wirtschaft verlassen.

Abg. **Gothein** (fr. Sp.)

wehrt die Angriffe des Abg. v. Wangenheim gegen seine Person ab. Er habe weder als Student noch später je eine Karte bei einem Glücksspiel angeführt. Er sei auch durchaus kein Feind des Adels, sondern zahle Zins und darunter. Jüngst sei ja auch sein Freund Dr. Siemens zu den Adligen abgehoben worden. (Große Heiterkeit.) Wenn Herr v. Wangenheim von Vorfemmanipulationen und Betrug gesprochen, so habe er vermutlich den Krach der Steffiner nationalen Hypotheken- und Kreditbank und der Steffiner Mitterschaffensbank dabei im Auge gehabt. Redner warnt davor, die Theorie zu mißachten; kein Gewerbe verdanke der Theorie so viel wie die Landwirtschaft. Redner wendet sich gegen den Minister v. Hammerstein und dessen Behauptung, daß die deutsche Landwirtschaft ohne weiteres in der Lage sei, das notwendige Brotkorn für die gestiegene Bevölkerung zu liefern. Der Minister hat über den beschäftigten Gefegentwurf gegen den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter Andeutungen gemacht, die nicht erschreden. Ich möchte ihn doch bitten, sich etwas deutlicher zu sagen, was eigentlich beabsichtigt ist. (Sehr richtig! links.) Selbstverständlich verurteilen wir den Kontraktbruch und die Verteilung dazu aufs Schärfste. Ich glaube aber nicht, daß der Landwirtschaft genützt wird, wenn ein Ausnahmeweiz gegen die ländlichen Arbeiter erlassen wird. Danach würden die industriellen Arbeiter social höher stehen. Nichts aber wäre geeigneter, die Landstadt zu verschärfen, als eine derartige einseitige Behandlung der landwirtschaftlichen Arbeiter. Wenn wir die **socialdemokratische auf dem Lande fördern** wollen, dann können wir nichts Besseres thun, als ein solches **Ausnahmeweiz** zu erlassen. (Sehr richtig! links.) Die Gefeggebung über die Arbeiter ist Reichsfrage und gehört in die Reichs-Gewerbeordnung. Es ist unerhört, wenn ein Einzelstaat, wie Anhalt, die ländliche Arbeiterschaft im Rahmen seiner Gefeggebung behandelt. Zu welcher Unmenschlichkeit der Arbeiter-Gefeggebung würden wir auf diesem Wege kommen? Es ist verfehlt und gefährlich, Arbeitergesetz in diesem Hause zu machen, wo der Arbeiterstand infolge eines eigenmächtigen Wahlgesezes nicht vertreten ist. Im Reichstage sind die Arbeiter vertreten. (Bravo! links. Rufen rechts.)

Abg. **Weth** (C.)

wünscht die von ihm seit 16 Jahren verlangte Vorlegung eines Wassergesetzes, eines Gesetzes gegen die Verunreinigung der Flüsse. — Das Centrum wolle die allgemeine Bildungsline des Volkes durchaus nicht herabdrücken. Zu viel Wissen bringe allerdings die Gefahr des Aufgeblähtheits und des wissenschaftlichen Stolzes in sich. Um das zu vermeiden, muß bei jeder Wissenschaft die Wissenschaft der Wissenschaft, die Religion, zu Hilfe genommen werden. Die moderne Erziehungskunde glaube, den Menschengeist bis ins Unbegrenzte bilden zu können. Das sei ein Fundamentallirrtum. Die meisten Menschen seien und blieben Durchschnittsgeister. Deshalb dürften vor allem in den ländlichen Schulen nicht zu viel Gegenstände gelehrt werden. Die jungen Landknechte brauchten nur ein **beschränktes Wissen**: Lesen, Schreiben, Rechnen und Religion. Der gegenwärtige Unterricht auf dem Lande aber sei geeignet, den jungen Landmann mit seinem natürlichen Beruf unzufrieden zu machen. (Bravo! im Centrum.)

Geß. **Rat Herms**

erklärt, daß die Ertragungen über eine notwendige Organisation der wasserbaulichen Verwaltung noch nicht zum Abschluß gelangt seien. Deshalb sei es unmöglich, jetzt schon die Reform des Wasserrechts vorzunehmen.

Abg. **Frhr. v. Wangenheim** (I.):

kommt auf die gestrige Rede des Abg. Dr. Friedberg zurück und bespricht die Stellung des Bundes der Landwirte zu den Nationalliberalen. In Bundeskreisen habe es Bestreben erregt, daß Herr Dr. Sattler im Reichstage dem Reichstagsler ein Vertrauensvotum angefleht habe. (Abg. Dr. Sattler: Schändliches Verbrechen!) Weiter habe die ungewöhnlich scharfe Rede des Abg. Dr. Krause in Bromberg verlegt; wenn solche Anschauungen von einem Führer der Fraktion ausgesprochen würden, müßte man sich doch fragen, ob man noch weiter mit dieser Partei zusammenarbeiten könne.

Abg. **Dr. Sattler** (natl.)

bestreitet, daß Dr. Krause sich in der angegebenen Art geäußert habe. Die nationalliberale Partei verlange vom Bund nur eine andere Art der Agitation. Redner erklärt, sich persönlich niemals gegen den Bund ausgesprochen zu haben und von freundlichen Gefinnungen gegen die Landwirtschaft erfüllt zu sein.

Abg. **Schulz** (fr. Sp.):

In den händlichen Streit zwischen Nationalliberale und Konserervative will ich mich nicht mischen. Die Verengung des Dr. Sattler vor dem Bunde der Landwirte zeigt uns, wie nahe die **Nationalliberalen den Konservativen stehen**. Auf diesem Wege werden Sie allerdings zu **Totengräbern der eigenen Partei**. Mit einer anständigen Tonart in der Agitation bin auch ich einverstanden; ich wünsche sie auch der bündlerischen Presse. Ein Blatt hat mir die Geschmackslosigkeit vorgeworfen, einen Schnaps „Boerenleite“ zu fabrizieren. Eine derartige geschäftliche Verwertung des Boerenkriegs liegt mir fern. Immerhin können die Konservativen von den Boeren etwas lernen. Sie haben gezeigt, daß im Kampf um die Freiheit ein Volk auch ohne Kriegsacademie und ablige Offiziere tüchtige Heerführer und tüchtige Soldaten stellen kann. Herr v. Wangenheim hat von der Weisheit der Agrarier gesprochen und es so dargestellt, als nähren sie sich von Rüben, Kartoffeln und Getreid. Das lassen wir uns nicht vorreden. Die Meins bei den Feste des Bundes der Landwirte lauten etwas anders. (Stille. — Die rechte Seite.) Dies Verlangen beweist, wie groß Ihr Gammeltitel ist. (Große Heiterkeit.) Die Weisheit der Agrarier ist, soweit sie vorhanden, nicht freiwillig, sondern gezwungen. — Die moderne Steuergefeggebung hat die Mangelbildung in der Spiritusindustrie begünstigt. Bei dieser Mangelbildung ist von agrarischer Weisheit nichts zu spüren. Sie haben dadurch einen Preis herbeiführen wollen, der der Markt nicht entspricht. Die Schädigung durch solche Mangelbildungen ist viel größer, als die von Ihnen gescholtenen Vorfemmanipulationen, ganz wie durch Spiel und Weiber auf dem Lande viel mehr Krisenzen verfrachten, als sie die Börse auf dem Gewissen hat. (Garn rechts. Verfall links.)

Abg. **Dr. Sahn** (natl.)

verteidigt den Spiritusdring, der Stetigkeit in der Preisbildung bewirkt habe. Herr Dr. Krause hat von der demagogischen Agitation des Bundes der Landwirte gesprochen, der die Vertretung der deutschen Landwirtschaft ist. (Große Unruhe links. Aufse: Ist keine Vertretung! Rette Vertretung!) Hat Herr v. Wangenheim demagogisch gesprochen? Wo habe ich je demagogisch gesprochen? (Große Heiterkeit links.) Doch nicht in meiner Rede hier im Hause, wo ich für die Nationalliberalen nur freundschaftliche Worte gehabt habe. (Gelächter bei den Nationalliberalen.) Der Bund wirkt verhöhnd; ein Teil der Nationalliberalen aber will den Kampf. Leute wie den Großen Ortolan und Herrn v. Hehl unterstützen wir gern bei den Wahlen, Herrn Dr. Krause aber nicht. Geht das so weiter, dann besteht die Gefahr, daß die glückliche Ehe: agrarisch-nationalliberal zu einer Scheidung führt. (Bravo! rechts.)

Abg. **Dr. Friedberg** (natl.):

Der Angriff des Abg. Sahn auf die Nationalliberalen schädigte den Liberalismus überhaupt, der sich in eine schwierige Position befindet. Herr Schulz hätte besser, solche Reden für die Berliner Bezirksvereine aufzusparen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Es ist thöricht, einen Keil in den Liberalismus zu treiben, der in der Verteilung der politischen Freiheit und in allen Schulfragen zusammenhalten muß. — Redner polemisiert gegen den Abg. Sahn, der im Hannoverischen die Nationalliberalen auf das schmächtigste angegriffen habe.

Abg. **Sumann** (C.)

wünscht eine höhere Subventionierung der landwirtschaftlichen Vereine. Ein Schlufantrag wird angenommen. Das Gehalt des Ministers wird bewilligt. Die Weiterberatung wird auf Montag, den 29. d. M., 11 Uhr vertagt.  
Schluß 3/4 Uhr.

### Versammlungen.

Der **socialdemokratische Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis** hielt am Dienstag seine General-Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Mitglieder in der üblichen Weise. Nach dem Bericht des Vorstandes, den der Vorsitzende Kiesel erstattete, haben im verfloffenen Quartal vier Versammlungen stattgefunden. Infolge der regen Agitation, die während und nach den Stadtverordnetenwahlen entfaltet wurde, ist eine beträchtliche Zunahme der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Nachdem der Redner noch auf das im März stattfindende Stützungsfest hingewiesen und auf den Vertrieb der noch vorhandenen Wälses zur Sternwarte aufmerksam gemacht hatte, forderte er auf, auch ferner recht thätig zu sein und für den Verein zu wirken, um demselben, in Rücksicht auf die gegenwärtige Situation, eine weitere Ausbreitung zu verschaffen. Dem Kasienbericht, den der

Kassierer **Taufel** gab, war zu entnehmen, daß im 4. Quartal des alten Bestands von 57,00 M., insgesamt 238,85 M. ver-einnahmt und 2523 M. verausgabt wurden, so daß ein Bestand von 42,55 M. verblieb. Im letzten Quartal sind dem Verein circa 350 Mitglieder neu beigetreten und dadurch die Mitgliederzahl auf 5233 gestiegen.

Hierauf hielt Reichstags-Abgeordneter **W. Liebknecht** einen eingehenden Vortrag über: Die Flottenvorlage und die Parteien, wobei er die politischen und wirtschaftlichen Zustände in Deutschland scharf beleuchtete, das Verhalten der Junker und der Schlotbarone treffend kennzeichnete und im weiteren nachwies, daß durch die von der Regierung beliebte Kolonial- und Weltmachtspolitik schließlich einigen Großkapitalisten ein riesiger Profit bei dem Bau neuer Schiffe gesichert ist, daß aber dem deutschen Volke nicht nur neue ungeheure Lasten aufgebürdet, sondern auch ganz bedeutende wirtschaftliche und politische Nachteile entstehen werden. Nieder mit der Flottenvorlage! Hoch die Arbeiterorganisation! so schloß der Referent von den Versammelten mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag. Ohne Diskussion wurde einstimmig folgende Resolution beschloffen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, Reichstags-Abgeordneten **Wilhelm Liebknecht**, völlig einverstanden und protestiert energisch gegen die geplante Flottenvorlage, weil durch die Annahme derselben das deutsche Volk in seinen politischen und wirtschaftlichen Interessen schwer geschädigt wird. Die Versammlung protestiert auf das Entschiedenste gegen eine weitere Vermehrung des Heeres und der Marine, indem dadurch das deutsche Volk noch mehr als bisher unter die Macht des Militarismus gedrängt wird. Die Versammlung erklärt endlich, daß durch die Annahme der Flottenvorlage nicht das deutsche Volk, insbesondere die Arbeiterschaft einen Vorteil hat, sondern nur einige dabei interessierte Kapitalisten. Die Versammlung fordert die Abgeordneten auf, einer Regierung, die die vitalen Interessen des größten Teils des Volkes nicht zu wahren weiß, jeden Mann und jeden Großen zu verweigern.“

Nachdem noch bekannt gegeben worden war, daß in nächster Zeit eine Versammlung stattfindet, in der ein Vortrag über das Bürgerliche Gesetzbuch gehalten werden wird, erfolgte der Schluß der stark besuchten Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die vorkommende Socialdemokratie, dem sich ein kräftiges Hoch auf den Genossen **Liebknecht** anschloß.

Die **deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft** nahm am 21. d. Mts. in ihrer Versammlung den Bericht des Kassierers entgegen. Danach betragen die Einnahmen im vierten Quartal 238,85 M., die Ausgaben 1633,00 M. Es folgte hierauf der Bericht der Ortsverwaltung über die Zahl der abgehaltenen Versammlungen und die Agitation, dem sich die Wahl für die Verwaltung anschloß. Zum Vorsitzenden wurde **Wiesner**, Chorinerstr. 42, gewählt. Für die Anschaffung einer Bibliothek wurden 50 M. bewilligt. Im Statut wird empfohlen, hinter den Worten: Einheitsbeitrag befreit zu setzen; und gelten als vollberechtigte Mitglieder, soweit dieselben in der vorherigen Organisation berechtigt waren. Zum Ausschussvorsitzenden ist **Karl Liebknecht**, Ludlunburg, Str. 3, gewählt. Dorthin sind alle Beschwerden zu richten. Die Versammlung beschloß den Anschluß an die Geschäftscommission.

Die **Lohnbewegung der Schmiede**, die in nächster Zeit wieder von neuem in Angriff genommen werden soll, wurde bereits in zwei Versammlungen, am Mittwoch und Donnerstag, besprochen. Die erste Versammlung für **Roßwitz** war sehr gut besucht. Die Tagesordnung referierte über das Thema: „Wie ist es möglich, für die Schmiede bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu erlangen?“ In seinen mit Beifall aufgenommenen Ausführungen erinnerte der Redner unter anderem an die Ertragsverhältnisse der Lohnbewegung im Jahre 1896, die aber infolge der Gleichgültigkeit der meisten Kollegen, namentlich der nicht organisierten, wieder verloren gegangen seien. Nur daraus erklären sich auch die mangelhaften Lebensbedingungen der Schmiedearbeiter, schmiedehafte Arbeitsräume, Accordarbeit bei schlechtestem Arbeitsmaterial und niedrige Bezahlung. Bei anstrengender Arbeit sind Löhne von 15—21 M. pro Woche geradezu als Skandalos zu bezeichnen. Nur eine lebhafteste Agitation, geleitet und unterstützt durch eine starke und thätigste Organisation, wie sie der Verband der deutschen Schmiede darbietet, kann zur Beseitigung der Mißstände sowie zur Erlangung besserer Lebensverhältnisse beitragen. Zunächst habe man zu erstreben: die Einführung des **Reinstandestages**, höhere Löhne mit Beseitigung der Accordarbeit, Abschaffung der Heberstunden sowie der immer noch üblichen **Sonntagsarbeit**, Regelung des Arbeitsnachweises usw. In der zweiten Versammlung am Donnerstag, die für den Norden stattfand, referierte ebenfalls Liebknecht über dasselbe Thema.

In beiden Versammlungen wurden von einer Anzahl Redner die Mißstände und Arbeitsverhältnisse in vielen Betrieben geschildert. Die mißartigen Redensarten bei einer oft menschenwürdigen Verhandlung, wie sie von den Schürzenweibern bei **Worsig**, **Schwargloff**, „Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft“ noch üblich sind, erregten die Entrüstung der Versammlung. Das vorläufige Ergebnis beider Versammlungen war die Aufnahme einer bedeutenden Zahl Mitglieder in den Verband. In nächster Zeit sollen in allen Stadtteilen Berlins weitere Versammlungen stattfinden.

**Köpenick.** Der Socialdemokratische Verein hielt am Dienstag Quartalsversammlung ab. Nach einem beifällig aufgenommenen Referat des Genossen **Dr. Forchardt**, Charlottenburg über „Wohnungsnot“ gab der Kassierer den Kasienbericht. Demzufolge besteht ein Kasienbestand von 196,05 M. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassierer **Dehorge** erteilt. — Die Vorarbeiten für die Märzfeier und das Stützungsfest werden dem Vorstand übertragen. Zu Revisoren wurden **Anders**, **Helling** und **Rademacher**, als Schriftführer **Liegner** gewählt. Dem Vertrauensmann wurden zur Agitation 100 M. überwiesen.

Die **Stenille Bibliothek und Lesehalle** zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann — Alexandrinerstr. 20, Gartenhaus — ist geöffnet: wochentäglich von 5/2—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 3—1 und von 3—6 Uhr.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 28. Januar, vorm. 8/2 Uhr, im oberen Saal des Englischen Gartens, Alexandrinerstr. 20. Versammlung: Freireligiöse Botschaft. — Um 10/2 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn Professor Dr. **Albert Hecker**: „Gewissen und Pflicht“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

**Achtung, Kumpfer Noobits!** Sonntag, den 28. Januar, vorm. 1 Uhr, findet im Hotel von **Hehr**, Sülzstr. 10, eine Morgenbesprechung statt. Ein Vortrag **Kumpfer** wird anwesend sein.

**Tischlerverein.** Heute, abends 8/2 Uhr, Reichstr. 13: Auserordentliche Generalversammlung. Mitgliederbuch legitimiert.

**Marckenhof, Tempelhof und Hagenow!** Samstag, den 27. d. Mts., Versammlung im Arbeiter-Bildungsverein. Referent: Genosse **Reichsanwalt Victor Frankl** über: Das Bürgerliche Gesetzbuch.

**Wohlfahrt!** Sonntag, den 28. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, im „Albrechtshof“: Oehentliche Versammlung zwecks Gründung einer Zelle des Centralverbandes der Jüdisch, Land-, Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen. Referent: **Wahne Kiesel** über: Die eigene Schuld der Arbeiterklasse an ihrer Armut und Unterdrückung.

**Zobanitzel.** Socialdemokratischer Verein. Sonntag, abends Mitglieder-Versammlung bei **Demtrader**.

**Linde-Essenz**  
ist jeder praktischen Hausfrau dringend zu empfehlen, denn man kann durch ihren Gebrauch an Bohnenkaffee sparen.

**Grösste Berliner Hosenfabrik**  
früher Gormannstrasse 2 3623L\*  
Jetzt  
bedeutend vergrößert  
**Rosenthalerstrasse 55 I.**

**Kösliner Hof**  
Köslinerstr. 8.  
Jeden Sonntag: **Ball.**

**Treptow Restaurant**  
Karpenteich,  
Alte Köplicher Landstraße,  
Jeden Sonntag: 8/2000\*  
**Großer Ball.**  
Neuer Parkettboden  
Kaffee in Portionstassen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion den Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Sonabend, 27. Januar.  
Cyperaus. Rienz, der letzte der Tribunen. Anfang 7 Uhr.  
Schauspielhaus. Der Burggraf. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Deutsches. Der Probedeubal. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Lesung. Wie ich wiederkam... Anfang 7 1/2 Uhr.  
Berliner. König Heinrich. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schiller. In Behandlung. Anfang 8 Uhr.  
Rohm. 3 Uhr: Pygmalion auf Touris.  
Neues. Ein unbekanntes Blatt. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Welles. Der Freischütz. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Thalia. Im Stimmhof. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Heldens. Die Dame von Romy. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Luffen. Minna von Barnhelm. Anfang 8 Uhr.  
Central. Die kleine Expedition. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Carl Weiss. Lenore, die Grabesbraut. Anfang 8 Uhr.  
Rohm. 4 Uhr: Dorisröschchen.  
Victoria. Berliner Bilder. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Friedrich. Wilhelmshäutchen. Der Boerentrieb in Transvaal. Anfang 8 Uhr.  
Rohm. 4 Uhr: Robinson Crusoe.  
Selle. Alliance. Schauspiel des Schiller'schen Bauern-Theaters. Der Amerikoseppel. Anfang 8 Uhr.  
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Die verkehrte Welt. Anfang 8 Uhr.  
Apollo. Spezialitäten - Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
Palast. Heute von heute. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Vossige. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.  
Hranis. Jubiläum. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.  
Laudenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: „Von den Alpen zum Selus“.

## Urania

Taubenstrasse 48/49.  
Im Theater abends 8 Uhr:  
„Von den Alpen zum Selus“.  
Invalidenstr. 57/62:  
Tägl. Sternwarte.  
Nachmittags 5-10 Uhr.

## Passage-Panopticum.

Der amerikanische  
Haar-Athlet  
**Sascha**  
hebt mit den Haaren bis 300 Kilo

## Theatre varié

7-10 1/2 Uhr.

## Anatomisches Museum

Dienstags für Damen.

## CASTANS PANOPTICUM

Neu! Neu! Neu!  
**Cecil Rhodes**  
**Chamberlain**  
**Ohm Krüger**  
**General Joubert**  
**Boerensoldaten.**  
**Cindarella.**  
Drei Märgengruppen.

## Thalia-Theater.

Tel. Amt IVa 6440. Dresdenerstr. 72/73.  
Täglich:  
Noch nie dagewesener Vollen-  
Erfolg!  
**Im Stimmhof.**  
Thomas, Thielicher, Helmreiching,  
Junkmann, Baumüller,  
Worgen und folgende Tage: Im  
Stimmhof.  
Sonntag, den 28. Januar, nach-  
mittags 2 1/2 Uhr, in erweiterter  
Besetzung: **Freund Fritz.** - Robbt  
Sibel - Gustav Robert a. G.

## Schiller-Theater

(Wallner-Theater).  
Sonabend, nach 8 Uhr:  
**Iphigenie auf Tauris.**  
Schauspiel  
in 5 Aufzügen v. Wolfgang Goethe.  
Abends 8 Uhr:  
In Behandlung.  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Die Ehre.**  
Abends 8 Uhr:  
Das  
Küchen von Hellbronn.  
Montag, abends 8 Uhr:  
In Behandlung.

## Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstraße 132.  
Sonabendnachmittag 4 Uhr: -  
Kindervorstellung.  
**Dorischchen.**  
Kleine Preise: Gallerie 10 Pf.  
II. Parquet und II. Rang 20 Pf.  
I. Parquet von der 17. Reihe an und  
I. Rang 30 Pf. I. Parquet 50 Pf.  
Tage 60 Pf.  
Abends 8 Uhr:  
**Lenore, die Grabesbraut.**  
Sonntag: **Lenore.** Montag zum  
letztenmale: **Lenore.** Im Tunnel:  
Drei-Koncert.  
Dienstag zum erstenmale: **Die  
Jagd nach dem Glüd.** Realistisches  
Inszenierungsglück mit Gelang in acht  
Bildern von G. Weig. Musik von  
Leo Fall.

## Central-Theater

Direktion: José Ferenczy.  
**Die kleine Excellenz.**  
Operette in drei Akten von Richard  
Genberger.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen und folgende Tage: Die  
selbe Vorstellung.  
Sonntagnachmittag zu halben  
Preisen: **Soccaccio von Franz Suppé**

## Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.  
Nur noch bis Mittwoch das  
große erfolgreiche  
**Sensations-Programm.**  
Niagara-Trio, Felicitas-Truppe, Osa-  
dagan, Gebr. Wichmann, Persival  
Sidnal, Bendix, Ciso de Vito, Gebr.  
Wardini, Latours, Miniotur-Vogelstein.  
Dienstag zum letztenmale:  
Das humorvolle Berliner Lebensbild  
**Teute von heute.**  
Richts, Bädermeister Dir. Willh. Fröbel.  
Heute Sonnabend, nach der Vor-  
stellung: **Gesellschafts-Abend** und  
Tanz. Besucher der Vorstellung:  
**Frei-Lanz.**  
Anf. 7 1/2 Uhr. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr.  
Entrée: Vorstellung u. Tanz 50 Pf.  
Chöre u. Vorspielarten sind gültig.  
Mittwoch, 31. Januar: **Sommer-  
feld-Benefiz.**  
Sonabend: **Palast-Theater.**  
Menschen. Große Preis-Ver-  
teilung.

## Metropol-Theater

Behrenstrasse 55/57.  
**Neue Debüts! Neue Debüts!**  
**Liane de Vries.**  
**Lilke Carlsen. Rapol.**  
**Carmen Rosario.**  
**The Clives. Pauline d'Argent**  
sowie das angelegte **Januar-  
Spezialitäten-Programm.**  
Um 9 Uhr 30 Minuten  
die Sensations-Rosalia

## Die verkehrte Welt

mit der sensationellen Trippen-Neu-  
e. Anfang: Wochentags 8 Uhr,  
an Sonn- und Festtagen 7 1/2 Uhr

## Apollo-Theater.

Sensationeller Erfolg!  
**Im Reiche des Indra.**  
Anfang 6 1/2 Uhr.  
Vorverkauf täglich im Theater,  
sowie im „Invalidendank“ und  
„Künstlerdank“.

## Cirkus Schumann.

Heute Sonnabend, 27. Januar,  
abends präzis 7 1/2 Uhr:  
**Gala-Fest-Vorstellung**  
mit ganz besonders großem, extra  
herzu arrangiertem Programm.  
Neue Debüts u. a. Hans, Solo u.  
Nur noch wenige Tage:  
Die ersten und einzigen tauchen-  
den und schwimmenden Piraten in  
Deutschland.  
Nur noch kurze Zeit:  
Die fabelhaft japanischen Hofführer.  
**Die 12 Akimotos. Die Araber.**  
Die 3 Haddas.  
Vorführung der anerkannt unerreicht  
bestehenden Original-Deuxes des  
Dir. Alb. Schumann.  
Nur noch einige Aufführungen:  
Das glänzende Ritterschauspiel:  
**Schwarz und Weiß**  
mit sämtlichen Genossen.  
Sonntag: 3 Vorst. nachm. 3 1/2 Uhr:  
Im Weihnachtstheater. Abends 7 1/2 Uhr:  
Neue Sonntagsaufführung: **Schwarz  
und Weiss.** Nachm. ein Kind frei.

## American-Theater.

Dresdenerstr. 96. Dir.: Emil Schnabl.  
Heute:  
**Zweiter Original-Maschinenball.**  
12 Uhr: Dadaistische Polonaise,  
angeführt vom Meisen Wilkins.  
Beginn 10 Uhr. Einlass 9 Uhr.  
Morgen:  
**Berliner Konfette.**

## Allgemeine Kranken- und Sterbefälle

### der deutschen Drechsler und Berufsgenossen

(E. H. 86 Hamburg).  
Mitglieder-Versammlungen  
A. am Sonntag, den 28. Januar 1900, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Nowak, Mantelstraße 9.  
B. am Sonntag, den 28. Januar 1900, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Pritsch, Stallstraße 30-31.  
C. am Sonntag, den 28. Januar 1900, vormittags 10 Uhr, bei Gerth, Blücherstraße 66.  
D. am Sonntag, den 28. Januar 1900, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Schiller, Rosenbalkstraße 57.

## Cirkus Busch.

Heute Sonnabend, den 27. Januar,  
abends 7 1/2 Uhr: High Life Evening.  
Zum 78. Male: **Die Camorra.**  
Signor Rivalli, der Feuerstich, Die  
Matrosen-Troupe, Signor Farini, der  
physischste Jongleur - Football  
Burkhardt, Schultzeiter.

## W. Noacks Theater.

Simonsenstr. 16.  
Heute, Sonnabend, den 27. Januar:  
Wegen Privatfestlichkeit  
keine Vorstellung.  
Sonntag:  
**Goldene Berge.**  
Reichshallen.  
Täglich: **Stettiner Sänger**  
Anf. 8 Uhr. Entr. 50 Pf.  
Ballet 40 Pf. Rum.  
Ballon 75 Pf. Ballon.  
Loge 1 Bl. Orchester.  
1,50 Brandenburger.

## Centralverein der Bildhauer

### Deutschlands.

Achtung! Achtung!  
Da wir einen durch ca. 100 Zweig-  
vereine über ganz Deutschland ange-  
gliederten aus funktionierenden Arbeits-  
nachweis haben, so setzen wir uns ver-  
anlaßt, bei Inseraten privater Stellen-  
vermittlung, wie dem des Herrn Jilker,  
Dresden, in der Mittwochnummer  
dieser Woche zu warnen und empfehlen  
den Kollegen, nur den Arbeitsnachweis  
unseres Vereins zu benutzen. Wer den  
Arbeitsnachweis des Herrn Jilker  
richtig beurteilen will, lese den Zeit-  
artikel der „Bildhauer-Zeitung“ vom  
25. Januar, welche jeder organisierte  
Kollege besitzt. Der Vorstand.  
Central-Arbeitsn. u. Zierbe-lasse  
der Bildhauer  
und anderer gewerblicher Arbeiter.  
(E. H. Nr. 3. Hamburg) Berlin G.  
Mitglieder-Versammlung  
Montag, den 29. Januar cr., abends  
8 Uhr, in Thiel's Ballsalon, Frucht-  
straße 36a.  
Tages-Ordnung:  
1. Kassenbericht vom 4. Quartal  
1899. 2. Antrag der Ortsverwal-  
tungen Berlin: Einführung eines  
5-Pfennig-Beitrags. 3. Vortrag des  
Herrn Dr. med. Simon: Ueber  
Infektionskrankheiten und ihre Be-  
kämpfung. 4. Verschiedene Kassen-  
angelegenheiten.  
Mitgliedsbuch legitimiert. - Die  
Sprechstunden fallen an diesem Abend  
aus. - Beiträge werden in der Ver-  
sammlung vom Kassierer entgegen-  
genommen. - Um zahlreiches Er-  
scheinen der Mitglieder sowie deren  
Frauen ersucht.  
184/4 Die Ortsverwaltung.  
Schiedsricht. Schenkel u. Wurfel-  
brand, beide 14 Jahre alt,  
verkauft einzeln oder zusammen wegen  
Todesfall (Hr. Sommerhof, Dampf-  
anlage) Kuhlsw. Brunnenstraße 178.  
Dutzg III. 20248

## Partei-Expeditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wenzel, Frühlings-  
straße 30, Hof II. - SO.: Fritz Thiel, Schillerstr. 35 u. part.  
Sechster Wahlkreis (Noahit): Karl Anders, Salzweber-  
straße 8, part. im Norden - Wedding und Oranienburger  
Vorstadt: Emil Stalzenburg, Welenstraße 14 - Gesund-  
brunn: Wilhelm Gahmann, Grünhaldenstr. 65 - Rosen-  
thaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt: Carl  
Ward, Antonien-Allee 95/96 - Charlottenburg: Gustav  
Zahnerberg, Schillerstr. 94 u. 1. Truppe - Deutsch-Wilmers-  
dorf: Hans Kähler, Sigwartengasse 5, und Hans Heinenmann, Sig-  
wartengasse 35. - Friedrichsberg-Friedrichsfelde: Carl  
Welf, Berlin O., Friedrichsbergstr. 4 - Grünau: Engel, Dahnstr. 6 -  
Rixdorf: Oker in ann, Gröberstr. 8 - Schöneberg: Wilh. Baumler,  
Kopel, Baulstraße 13, Luisehof-Hof - Johannisthal-Nieder-  
und Ober-Schöneweide: Otto John, Ober-Schöneweide,  
Stiemensstraße 7, Gasarngasse 1. Auswahlschreiben: Nieder-Schöneweide:  
Karl Weber, Glogerengasse 1. Johannisthal: Senfleben,  
Reinholdstr. - Adlershof: Max Wörth, Reyerstraße 4 -  
Cöpenick: Hans Weber, Glogerengasse 1. Wilmersdorf:  
Friedrich-Stegwitz: H. Wenzel, Ringstraße 15, in Friedenau  
Befragungen nehmen entgegen in Steglitz: H. Roth, Dampferstraße 8,  
und H. Schellhase, Adenau 15a - Baumschulenweg:  
Krebs, Baumhaldenweg 2, H. II. - Gross-Lichterfelde:  
Abonnements nehmen entgegen: Kemp, Gausstraße 45; Polat,  
Düren und Wolfstraße-Gde; Sagner, Dürenstraße 41; Bagel,  
Gausstraße 104; Schiller, Teil Wilmersdorf 33; Richter, Köpenick-  
straße 34; Erdmanna, Gausstraße 10; Senger, Kurfürststr. 35;  
Kraus, Gausstraße 109; Engel, Dampferstraße 6 - Neu-  
Weissensee: Expeditor Heinrich Gahmann, Veddershöhe 1,  
part. Amt. - Pankow: Hammer, Harnstraße 48.  
Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen  
Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für  
den „Vorwärts“ entgegengenommen.  
Um genaue Angabe der Adresse wird drin-  
gend gebeten.  
Bitte ausschneiden!

## Berband der in Buchbindereien,

### der Papier- und Leder-Galanteriewaren-Industrie

beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.  
Zahlstelle Berlin.  
Dienstag, den 30. Januar 1900, abends 8 1/2 Uhr,  
bei Feuerstein (oberer Saal), Alte Jakobstraße 75:  
**Außerord. Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Ausere Anträge zum bevorstehenden Verbandstag.  
2. Verschiedenes.  
Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das vollständige und pünkt-  
liche Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig.  
Die Versammlung wird Punkt 8 1/2 Uhr eröffnet.  
Die Ortsverwaltung.

## Berband der Möbelpolierer.

Die Herren Lehmann, Voigt, Bandom, Matner, Georgeseff,  
Zick, Weitzsch, Blene, Kuchwald, Gerch, Zybow, Bar, Schulze,  
Schmidde, Weber, Hüffe, Radler, Weitzsch, Gsche, Mellit, Broch-  
weiger, Weinger, welche bei Herrn Laborsky zur Zeit die Polierarbeit  
betreiben, werden hiermit ersucht, heute abend zwischen 6 und 7 Uhr im  
Salale des Herrn Schnieber, Admiralsstraße 21, zu erscheinen.  
Morgen Sonntag, vormittags 10 Uhr, Kopenstraße 29:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes. 2. Der Vorstand der Kollegen bei Laborsky  
(Hierzu ist Herr Lehmann, Anseebühlstraße 111, hiermit eingeladen.)  
3. Anträge. 4. Wahl. 5. Wie stellen wir uns zu dem Vorgehen der Tischler?  
6. Verschiedenes und Ausgabe der Billets (zu 50 Pf.) zu dem am 3. März  
in Reiders Hof, Kopenstr. 29, stattfindenden Rosenball.  
Die Kollegen werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher oder Karten an der  
Kontrolle vorzuzeigen, dabei erhält jedes Mitglied einen gedruckten Jahres-  
bericht, auf welchem die Anträge näher bezeichnet sind.  
Der Kassierer ist von 9 Uhr an anwesend.  
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwartet.  
Der Vorstand.

## Achtung! Brauer. Achtung!

Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 1 Uhr,  
im Grand Hotel Alexanderplatz, am Alexanderplatz,  
Eingang Neue Königstraße:  
**Gr. öffentliche Versammlung**  
der Brauer Berlins und Umgebung.  
Tages-Ordnung:  
Beschlufnahme über die den Brauereien zu übermittelnden  
Forderungen.  
Da der Saal um 5 1/2 Uhr geräumt sein muß, wird die Versammlung  
pünktlich eröffnet. Kollegen, agitiert für zahlreiches und pünktliches Erscheinen.  
In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung, darf kein Brauer Berlins  
in dieser Versammlung fehlen. Die Fünfer-Kommission.

## Achtung! Verband der Sattler zc.

Sonabend, den 21. Februar 1900,  
in der „Berliner Ressource“, Kommandantenstraße Nr. 57:  
**Grosser Wiener Masken-Ball.**  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Billets a 50 Pf. sind zu haben bei W. Tuschke, O. Bangstr. 103,  
F. Habermann, SO. Vildenerstr. 25 Hof III; A. Anleke, SO. Falden-  
straße 36 vorn III, sowie in den Versammlungen und bei den bekannten  
Kollegen. 136/9  
Zahlreiches Besuch erwartet.  
Das Komitee.

## Achtung! Vereine. Achtung!

Nonnenbergs Parkschloßchen, Treptow, 36288  
empfehlen sein Etablissement für alle vor kommenden Vereins-Festlichkeiten  
unter den coulantesten Bedingungen.

## Socialdemokratischer

### Wahlverein f. den 6. Berliner

### Reichstags-Wahlkreis.

Den Parteigenossen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Schöller  
**Albert Opitz**  
Kügelmeister 18  
am Donnerstag verstorben ist. Die  
Beerdigung findet am Sonntag, den  
28. d. M., nachm. 3 Uhr von der  
Leichenhalle des Freiwilligen Be-  
gräbnistages aus statt.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
246/6 **Der Vorstand.**

Den Parteigenossen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Hammerer  
**Karl Licht**  
Brannenstr. 55  
am Mittwoch verstorben ist. Die  
Beerdigung findet am Sonntag, den  
28. Januar, nachm. 2 Uhr von der  
Leichenhalle des Offenhalden-  
Begräbnistages aus statt. Um zahl-  
reiche Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

## Deutscher

### Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin).  
**Todes-Anzeige.**  
Am Donnerstag, den 25. Januar,  
verstarb plötzlich unser langjähriges  
Mitglied, der Schöller  
**Albert Opitz.**  
Seine letzten Wünsche:  
Die Beerdigung findet am Sonntag,  
den 28. Januar, nachmittags 3 Uhr,  
von der Leichenhalle der Freiwilligen  
Gemeinde in der Bappel-Allee statt.  
110/11 Die Ortsverwaltung.

## Central-Verband der

### Zimmerer Deutschlands

Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß  
unser langjähriges Mitglied der  
Zimmerer **Carl Licht**  
am Mittwoch, den 24. verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag,  
den 28. d. M., nachmittags 2 Uhr,  
von der Leichenhalle der Elisabeth-  
Gemeinde, Prinzen-Allee aus, statt.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
254/3 **Der Vorstand.**

## Wilhelm Pieleke.

Die Beerdigung findet am Sonn-  
tag, den 28. Januar, nachm. 3 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle des Thomas-  
Krethschold aus statt. 20250  
Dies zeigen reichsweit an  
Die Hinterbliebenen.

## Orts-Frankenkasse

### der Drechsler und ver-

### wandter Gewerbe.

Sonntag, den 4. Februar 1900,  
vorm. von 10-11 1/2 Uhr:  
**Wahl-Versammlungen**  
in 3. Armshallen, Kommandantenstr. 20.  
1. Versammlung sämtlicher groß-  
jähriger Mitglieder der Kasse nach  
§ 49 des Statuts bezugs Wahl von  
147 Vertretern derselben pro 1900.  
2. Eine Versammlung sämtlicher  
Arbeitsgeber der Kasse, welche Beiträge  
aus eigenen Mitteln zahlen, findet am  
Sonntag, den 4. Februar 1900,  
vormittags 10 Uhr, in den Armshal-  
len, Kommandantenstr. 20, statt,  
bezugs Wahl von 69 Vertretern der-  
selben pro 1900.  
Für die Mitglieder legitimiert das  
Kassenbuch, für Arbeitsgeber die letzte  
Quittung der Kasse über gezahlte  
Beiträge. 20115  
Dienstag, d. 30. Januar 1900,  
abends 7 1/2 Uhr, findet in den  
Armshallen, Kommandanten-  
straße 20, eine **Versammlung**  
sämtlicher großjährlicher Mitglieder der  
Kasse bezugs Auffstellung von Kandi-  
daten zur Vertreterwahl pro 1900 statt.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
**Der Vorstand.**  
J. H.: Paul Rückert, Marianneustr. 23

## Achtung! Einsetzer. Achtung!

Sonntag, 28. Januar, vorm. 10 Uhr, bei Herzberg, Alte Jakobstr. 75:  
**Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Situations-Bericht. 2. Diskussion und Anträge. 3. Verschiedenes.  
Folgende Kollegen sind extra eingeladen: Allen-Gesellschaft Salguier 5,  
früher Strand; Hänger; Schüge; Müller, Köpenickerstraße; Kimmel  
u. Friedrichsen; Wille; Oest u. Schmidt; Bornmann; Pille; Schulze, Bays-  
straße 4; Erdmann; Heintze; Schuber; Brill; Langemann; Koster,  
Köpenickerstr. 30; Juang; Winkel; Hoffmann; Wendt; Bänd; Reuter;  
Währle, Schöneberg; Schütz; Weier, an der Stadtbahn; Daniel; Jost;  
Wlogonow; Sommer; Sobich u. Dittmann, Panlow; Boh.  
Das Erscheinen sämtlicher Kollegen der oben angeführten Werkstätten ist  
erforderlich. 77/3  
Die Ortsverwaltung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

## Textilarbeiter-Verband

### Berlin III (Decateure)!

Sonntag, 28. Januar, vormittags 11 Uhr, Alte Jakobstr. 75:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht der Kassierer und der Revisoren.  
3. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 4. Vereinsangelegenheiten.  
Pünktliches Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht. Mitgliedsbuch  
legitimiert. [197/1  
Verdientes Lob erntet die Hausfrau, die mit  
Lös. Frühstücks-Suppen  
Gemüse- und Kraftsuppen  
Bouillon-Kapseln  
Suppen-Würze  
gesunde, wohlschmeckende Kost sparsam herstellt.  
Zu haben bei **Georg Wernick**, Friedrichsberg-Lichtenberg,  
Frankfurter Allee 198

## MAGGI

gesunde, wohlschmeckende Kost sparsam herstellt.  
Zu haben bei **Georg Wernick**, Friedrichsberg-Lichtenberg,  
Frankfurter Allee 198

## Aktienbrauerei Hohen-Schönhausen

Hohen-Schönhausen bei Berlin NO., Vor dem Landsberger Thor.  
Der Ausstoss unseres diesjährigen

# Bock-Bieres

erfolgt am **25. Januar 1900.**

Auch in diesem Jahre ist es gelungen, ein schönes vollmundiges Bier zur Bock-Saison herzustellen, und wird dasselbe nicht verfehlen, bei den Bockbier-Festen unserer geehrten Abnehmer die fröhlichste Laune hervorzurufen.

**Sonntag, den 28. Januar 1900**

findet in unserem Brauerei-Ausschank zu Hohen-Schönhausen, im

## „Wirtshaus am Orankese“

das erste grosse **Bockbier-Fest**

statt.

Unserer geehrten Kundschaft bringen wir gleichzeitig hiermit zur Kenntnis, dass das von uns aus den allerfeinsten Rohmaterialien hergestellte helle Bier nach Pilsener Art unter der Marke **Säkular-Bier** in den Handel kommt. — Wir führen von jetzt ab:

1. Säkularbier . . . . . ganz helle Farbe, goldfarbig,
2. Lagerbier . . . . . kastanienbraun,
3. Helles Exportbier . . . . . Münchener Farbe, nach Münch. Art, schwer gebraut,
4. Dunkles Exportbier . . . . . (nur in der Saison).
5. Orankesebräu . . . . .
6. Bockbier . . . . .

Unsere Biere, die sich in der kurzen Zeit des Bestehens unserer Brauerei einer grossen Beliebtheit zu erfreuen haben, zeichnen sich neben ihrer Vollmundigkeit durch gute Bekömmlichkeit aus und sichern uns dadurch eine bleibende Kundschaft. — Bemerken wollen wir hierbei, dass wir **keine Flaschenbiere** führen und unsere Produkte nur in geeigneten Tonnengefässen nach Litern verkaufen. Um gefälligen Zuspruch seitens der Herren Gastwirte und Verleger bitten wir **Hohen-Schönhausen, den 15. Januar 1900.**

**Die Direktion.**  
**Wilh. Starck, Siebert.**

Telephon: Amt Friedrichsberg No. 88.

## Verkaufshäuser:

Brandenburg a. H. Magdeburg, Braunschweig, Hildesheim, Dortmund, Essen a. Rhur, Nürnberg, Zeitz, Harburg a. E. etc.



**Otto Wetzel & Co.**  
Schuh-Fabrik.  
BERLIN

Auf die Sohlen aufsteigende streng feste Sohle mit 20 % Rabatt.

### Trotz der enormen Preissteigerung des Leders

sind wir durch rechtzeitige Einkäufe in der angenehmen Lage, bei dem jetzt stattfindenden grossen

## Inventur-Räumungs-Anverkauf

unter als solide und stark bekannten Schuhwaren nach Abzug von

# 20 % Rabatt

zu folgenden Preisen zu verkaufen:

Herren-Jugstiefel, harte, dicke Alltagsstiefel . . . . .	jetzt nur 3,00 Mk.
Herren-Schuhstiefel, auferst halt . . . . .	3,00
Herren-Jugstiefel, prima Leder, eleg. Hacon . . . . .	6,40
Herren-Jug u. Schuhstiefel, elegante Anführung, sehr solide . . . . .	4,00
Herren-Jugstiefel, prima Kalbfeder, sehr eleg. chic . . . . .	7,00
Herren-Schuhstiefel, eleg. Sonntagstiefel, halt . . . . .	7,20
Damen-Ballstiefel, feine Hacon . . . . .	2,00
Damen-Phangenschuhe, braun und schwarz . . . . .	2,50
Damen-Hausstiefel, braun und schwarz . . . . .	1,50

sowie eine hervorragend große Auswahl sehr eleganter Herren-, Damen- und Kinderstiefel zu **stunnenbilligen Preisen.**

## Otto Wetzel & Co.,

Mechanische Schuhfabrik, Berlin.

### Verkauf: Wilsnaeckerstrasse 52.

## Jeder Arbeiter Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen. Allein-Verkauf. Sehr harte Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen. Hüften u. vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Reißverschlüsse u. Kappnähte. Beste Leder-Pilot-Taschen, die Hufe

(bei Entnahme von) **4 Mk. 50**  
(6 Stück 26 Mk.)

Zeit indigoblaue Jackett für . . . . . 1 Mk. 90  
Zeit indigoblaue Hose dazu . . . . . 1 Mk. 50  
Prima Wandstiefel . . . . . 4 Mk. 75  
Gefütterter Randschuh . . . . . 13, — 9, —  
Herzle-Mittel, geblickt . . . . . 2 Mk. 25  
Waler-Mittel in Weizen . . . . . 2 Mk. 25  
Reichhaltiger Mittel (braun) . . . . . 2 Mk. 40  
Weisses Leder-Jackett, gefüttert, zweifach . . . . . 7 Mk. 50  
Weisse Leder-Hose, Prima-Ware . . . . . 3 Mk. 75

## Baer Sohn

En gros. Export. En detail.  
Chaussestr. 21a. Bruckstr. 11.  
Gr. Frankfurterstr. 20.

Die 14te Jahrgang-Prämie 1900 über gesamte Herren- und Frauen-Verkleidung (Kleidung 1 Million) ist erschienen und wird kostenlos und portofrei zugestellt. 34572

Verwand von 20 Mk. an franco. — Bei Bestellung gerügt Angabe der Post- u. Sandweite u. Schrittlänge.

### Mittag- und Abendtisch,

grossen Frühstückstisch empfiehlt 38142

## Paul Jahn,

Köpenicker-Strasse Nr. 70,  
nahe Otto Lutzemann.

### Natur-Heilverfahren.

Gout, Gicht u. Blasenleiden, Frauenkrankheit, heilt sicher ohne Verschönerung 34442

Wollstr. 23.  
R. Wagner, 9.2.5-9.2.9-2

## Brauerei Germania Aktienges.

in ca. 70 eigenen Lokalen

# Bockbier

4/10 Liter 10 Pf.

1/8 Tonne 3,50. 1 Flasche 4/10 Liter 10 Pf.

15 Flaschen 4/10 Liter 1,50  
frei Haus.

Telephon VII 2645.

# Milch

in plombierten Flaschen, frei Haus 1 Liter 20 Pf.  
Kindermilch, 1 Liter 35 und 50 Pf.

## Schweizer-Hof,

Inh. August Zeitner.  
Meierei- und Milchfabrik-Anstalt  
Berlin, Gubenstrasse Nr. 40/41.  
Tel. Amt II 2317.

Herren- u. Konfirmandenhüte, alle Farben, nur neue moderne Sachen, prima Qualität 1,50 und 2, —. Die beliebtesten Arbeitshüte immer noch 1 Mk. früher Varnimstr. 4 u. 5, jetzt Kaiserstrasse 25 A.

Hutfabrik-Comptoir

## ZAHNSCHMERZ

beseitigt sofort  
**KROPP'S Zahnwalle**  
(20% Carvacrolwalle)  
in plomb. Flasche 4 503. zu haben in allen Drogerien. Nimm keine Nachahmungen!

KROPPHILF SICH!

### Falbe,

44. Elsassstr. 44.  
Behandlung aller Haut- u. Hornleiden ohne Beschädigung. Sprechst. 9 morg. bis 9 abends, Sonntag u. Donnerstag 9-3. Bei Verzögerung des Behandlungsfortschritts 10 Proz. 34542

Kühlenstr. 8, nahe Oberbaum u. Station Warschauerstrasse, sind zum 1. April freundl. Hofwohnungen von 2 Stuben u. Küche billig zu vermieten. Kaufmännertel. d. Vermögl. u. Portier.

## J. Brünn

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4

wegen Umbau meiner Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner

### Teppiche! Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! Läuferstoffe!

zu sehr billigen Preisen zum

## Ausverkauf!!

Reelle Garantie. Toiletzähl. Plombieren 1 Mk. Zahnräder völlig schmerzlos. Sprechst. 8-9. [4/5] R. Lange, Blumenstr. 25, Ecke Markussstrasse.

## Schultze,

Wasserthor-Str. 1/2.  
Behandlung aller Haut-, Hals- und Hornleiden ohne Beschädigung. 3575 L

Sprechstunden 9-2, 5-9.  
Bei Verzögerung der Behandlungsfortschritts 10 Proz.

## Haus Kayser

Görlicher Bahnhof, Platz 6.  
Billigste Bezugsquelle für Press- u. Steinkohlen.

# Kleine Anzeigen.

## Verkäufe.

**Gardinenhaus** Große Frankfurterstr. 9, parterre. 11008

**Wäbel**, für und Teiljahre, billig! Frankfurter Allee 110, I. Ecke Königsbergerstrasse. 2878\*

**Vorjährige** elegante Herren- und Damen- und Kleider aus teuren Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verandahaus Germania, Unter den Linden 21 II.

**Betten**, Steppdecken, Gardinen, Kleidungsstücke spottbillig. Pfandleiche Reanderstrasse 6. 3/6\*

**Teppiche**, Regulator, Remontur, neuen spottbillig Pfandleiche Reanderstrasse 6. 3/6\*

**Teppiche** mit Vorhängen, Gardinen, Einrichtungsgegenstände, spottbillig. Pfandleiche Reanderstrasse 6. 4117\*

**Damenhüte** zur Sommerzeit billig. Gull, Weinbergsweg 13b.

**Fahrräder**, erstklassige Marken, 2 Jahre Garantie, Reparaturen, ohne Anzahlung, spottbillig. Teilzahlungen gestattet. Leubens und Süssinger werden vertiebt. Karl Fischer, Bismarckstr. 9. 118\*

**Goldwaren**-Ausverkauf, spottbillig. Schallerstrasse 126 parterre. 129\*

**Warenverkauf** spottbillig. Staligerstrasse 126 parterre.

**Nähmaschinen**, Roblin, Adler, Singer und Sormann, ohne Anzahlung, spottbillig. Reiner, Süssingerstr. 26. 263\*

**Kanarienvögel** 4,00. Zuchtweibchen 0,75. Konops, Alexanderstrasse 8.

## Vermischte Anzeigen.

**Nähmaschinen** sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung spottbillig. Vindner, Bernauerstrasse 75. 1703\*

**Kanarienvögel** verkauft Groß, Köderstrasse 12, Charlottenburg. 787\*

**Steppdecken** an billigen Jahrbillig. Große Frankfurterstrasse 9, parterre.

**Grünfruchtgeschäft**, viel Rohfrucht, 45 Pf. 1/2, sofort verpackt. Gubenstrasse 9. 2117\*

**Zimmerer**-Handwerkzeug zu verkaufen. Neue Hochstrasse 38, I. Unergebäude II, Pödel. 2031b

**Halbrenner** zum Verkauf werden. Boder, Große Frankfurterstrasse 108 IV.

**Halbrenner**, beste deutsche Rasse, Zahlungsverkehr nach für jeden Preis zu verkaufen. Wilmstr. Schneidermeister, Kunitzstrasse 17/18. 80/15

**Technikum** Berlin, Holzmarktstrasse 78. Neuer Monteur-Apparat zum 1. Februar. 232\*

**Technikum** Berlin, Neuer Abendkurs für Monteur II.

**Technikum** Berlin, Holzmarktstrasse 78. Man verlange Prospekt.

**Elektrotechnik**, Neuer Abendkurs. Nachh. Alle Jakobstrasse 24.

**Augustabad**, Signifische 67. Jeder der Art für sämtliche Kranke. 358\*

**Verica**, Bäder jeder Art, sämtliche Pfandleiche, Waren jeder Art, Cigaretten, Gardinen, Möbel, hohe Beleuchtung. Verkauf Grünberg, Rosenkranzstrasse 11/12. 80/9\*

## Vermietungen.

### Zimmer.

**Wohnstube** für 2 Personen oder Damen (a 8 Mk.) (sofort) oder später zu vermieten. Wm. Rosenkranz, Fischerstrasse 54, Seltenspiegel III.

### Schlafstellen.

Ein besserer Herr kann mit einwohnen. Witwe Kauf, Oranienstrasse 205. 2016b

**Küchenstr. 110** ist eine Schlafstelle für Herrn, Hinterhaus 1 Treppe.

**Freundliche** Schlafstelle für Herren bei Paasjen, Greifswalderstrasse 228, Durchgänge III.

## Arbeitsmarkt.

### Stellenangebote.

**Tüchtige** Glasbläser auf Buchhaben suchen dauernde Beschäftigung. Hoch u. Bein, Ritterstrasse 49. 2000b

**Federhalter**-Arbeiter, tüchtiger, der die Fabrikation gründlich versteht und bereits viele Jahre ähnlichen Posten ausgefüllt hat, in jeder Beziehung verlässlich ist, energisch, mühsamer und eine fähig selbständig leiten kann, wird nach Ungarn gesucht. Offerten unter V. 10 an die Expedition. 2009b

**Barbiermacher** verlangt. Kasse, Waldemarstrasse 51. 2008b

**Schiffen** auf Reparatur suchen dauernde Beschäftigung. Silberwarenfabrik, Ritterstrasse 6. 1999b

**Tüchtige** Knäufelmeister sofort bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung gesucht. Karl Rößert, Dehau. 378\*

**I. Nähmaschinen**, 1. Nähmaschinenmacher verlangt. Bruckner, Ritterstrasse 48. 2015b

**Geht** tüchtige Glasbläser, welche auf Röhrenarbeiten eingearbeitet sind. Verdienst bei guter Leistung per Woche 40 bis 50 Mark. Adressen unter X. 1 in der Expedition dieses Blattes abzugeben. 302\*

**Arbeitsmarkt** für die nächste Nummer werden in den Anzeigenstellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Dönhofsstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

**Arbeitsmarkt** durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen lösen 10 Pf. pro Zeile

**Frauen** oder Kinder über 14 J. i. Frühjahrsausst. v. Schul. Altonaerstr. 24.

### Zuschneider

auf Damen- und Kinder-  
Wäsche, der sehr flott arbeitet,  
findet bei gutem Lohn dauernde  
Stellung. Meld. v. 12-2 Uhr.  
Albersheim & Gottschalk,  
1908b) Köpenickerstr. 50.

**Einen Schleifer resp. Sieder** sucht die Silberwarenfabrik Sebastianstrasse 84. 4/8

### Geübte Belegerinnen

auf Goldleihen und dauernde Beschäftigung bei Werkmeister, Brunnenstr. 194.

### Aufzugsbau.

Für unsere Filiale in Moskau suchen wir bald für dauernde Stellung einige ebelfähige selbständige Monteur für elektrische Anlagen, sowie eine tüchtige energische Kraft, gut am Schraubstock, der Drehbank und Feinleiste besonders, die tüchtig ist, gegebenenfalls den Meister zu vertreten. Eingehende Bewerb. erüben direkt an **Alfred Gutmann, Moskau, Taganka Durnoj** Forenlok 4, zu senden. 2039b

**Alfred Gutmann**, Aktiengesellschaft, I. Maschinenbau, Dittenen & Baumberg.

### Mätzung! Drechsler!

In der Maschinenfabrik von **Habil u. Comp.**, Altonaer Ufer 29, Goldschmidt u. Comp., Ritterstr. 49, Kasse u. Meißner, Ritterstr. 7, haben sämtliche Drechsler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.

### Zugzw fernhalten.

Die Oberverwaltung.

## Möbelpolierer!

Seit dem 4. Dezember sind die Kollegen bei Faberens, Altona, Auslieferung, im Ausland. Zugzw fernhalten bitte 145/5

Der Vorstand des Verbandes.



Wilhelm II. im 41. Lebensjahr.

Wie voriges Jahr, so bringen wir auch jetzt zum Geburtstag des Kaisers eine kurze Uebersicht seiner hauptsächlichsten Taten und Thaten, soweit über sie in der Presse berichtet worden ist.

Zuchthaus

Bestraft werden soll. Diesfach wird darauf hingewiesen, daß das feierliche Versprechen des Kaisers, das Gesetz werde der Volksvertretung noch „in diesem Jahre“ (1898) zugehen, sich nicht erfüllt habe.

Januar 31. Ein hiesiges Blatt meldet, Landrat v. Roke habe mitgeteilt, daß die straffe Haltung der Regierung den Polen und Dänen gegenüber sowie die bisherige Nichtbefestigung des Bürgermeisters Kirchner auf die eigene Initiative des Kaisers zurückzuführen sei.

Februar 4. Auf dem Brandenburgischen Provinziallandtag spricht der Kaiser davon, daß seine Reise ins gelobte Land ihm befallig sein werde, vom Baum der deutschen Reichsheide die Zweige zurückzuschneiden, die überflüssig sind, und auf die Tiere zu gehen, die seine Wurzeln benagen wollten, um sie auszurotten.

Februar 23. Wilhelm II. richtet einen Erlaß an die Offiziere, der ihnen befiehlt, die an sie gelangenden Geldanerbietungen unflauter Natur ihren Vorgesetzten zu melden. Die Namen der Bewerber sollen veröffentlicht werden.

Am selben Tage macht der Kaiser den bei einer Denkmal-Entwählung anwesenden unbefähigten Bürgermeister Kirchner darauf aufmerksam, daß sein von den Berlinern enthaupiteter Vorgänger Thilo von Wardenberg ein trögiger, aber tüchtiger Krieger gewesen sei.

März 3. Die „Rhein-Wesf. Ztg.“ berichtet über eine Ansprache, die der Kaiser bei der Rekrutenvereidigung in Wilhelmshaven gehalten habe. Zum Unterschied von den Heiden thue der Christ auch dann seine Pflicht, wenn ihn niemand sehe.

März 6. Die Witwe des bis dahin in Deutschland ziemlich unbekanntem Schriftstellers Rudyard Kipling erhält anlässlich der Erkrankung ihres Mannes ein Telegramm des Kaisers, in welchem dieser sich als enthusiastischer Verehrer der unvergleichlichen Werke ihres Mannes bekennt, der die Thaten unserer gemeinsamen großen Vorfahren bezeugen habe.

März 10. Der „ungekrönte König von Südafrika“, Herr Cecil Rhodes wird in Sachen seiner Eisenbahn im königlichen Schloß zu Berlin vom Kaiser empfangen. Herr Rhodes erscheint, wie die Blätter erstauem, zu der erfolgreichen Audienz im Strahlenanzug.

März 10. Das Reichs-Marineamt giebt einen Erlaß bekannt: „Se. Majestät haben allerhöchst sich erneut dahin auszusprechen gerührt, wie allerhöchst dieselben es nicht wünschen, daß See-Offiziere nur Schurkbar tragen.“

März 14. Das Marine-Verordnungsblatt veröffentlicht eine Kabinettsordre des Kaisers, in der er bekannt giebt, daß er sich entschlossen habe, ebenso wie über die Armee auch über die Marine den Oberbefehl zu führen.

März 21. Herr August Scherl, Verrichter des „Fokal-Anzeigers“, Herausgeber der „Feldpost“ usw., erhält kurze Zeit, nachdem er sich zur Anerkennung des Koalitionsrechts seiner Arbeiter veranlaßt gesehen hat, vom Kaiser den Kronorden dritter Klasse.

März 22. In Gegenwart des Kaisers werden abermals zwei Standbilder in der Siegesallee enthüllt. Bildhauer Weges erhält den Kronorden dritter Klasse und ein Maurerpolier das Allgemeine Ehrenzeichen.

März 25. Wie dem „Reichsboten“ mitgeteilt wird, hat bei der Einweihung der Gedenkstätte zu Jerusalem zwischen dem evangelischen Kaiser und dem katholischen König von Sachsen folgender Depeschenwechsel stattgefunden. Kaiser Wilhelm telegraphierte: Du wirst dich freuen mit mir, daß ich heute an heiliger Stätte die Gedenkstätte eingeweiht habe.

Mein Glaube ruht allein auf Jesus Christus, welcher ist der Erlöser und der Heiland der Welt! Die Antwort König Alberts lautete: Dein Glaube ist mein Glaube, denn in Christo ruht auch für mich das Heil in Zeit und Ewigkeit! Der „Reichsbote“ bemerkt dazu: Wir freuen uns dieses herrlichen Depeschenwechsels und insbesondere auch der Worte des Königs von Sachsen: „Dein Glaube ist auch mein Glaube.“

März 28. Wie berichtet wird, hat der Kaiser einen neuen Titel geschaffen. Dem Sekretär des Bühnenvereins verleiht er nämlich den Charakter als Theatertrai.

März 29. Die „Staatsbürger-Zeitung“ meldet, daß der Kaiser der Kapelle des Garde-Kürassier-Regiments befohlen habe, der heimkehrenden Besatzung der „Bulgaria“ einen begeisterten Empfang zu bereiten.

April 11. Eine Korrespondenz meldet: In einer Audienz, die Direktor Neumann von der Victoria-Speicher-Aktiengesellschaft beim Kaiser gehabt habe, sei von diesem erklärt worden: „Meine Herren, wenn jemand glaubt, daß ich für die Erbauung der Doppellinie (des Stettiner Kanals) einen Pfennig geben würde, dann irrte er sich. Den Grunewald und die Jungfernheide brauche ich für andere Zwecke. Da gehört keine Industrie hin. Ich will in meinem Hause kein Projekt für den Westkanal haben.“

April 23. Die Zeitungen melden, daß das Verfahren gegen den Oberleutnant der Landwehr und Ritter des Roten Adlerordens 2. Klasse v. Effer eingestellt sei. Es waren gegen ihn unwiderlegte Behauptungen ehrenrühriger Natur erhoben worden. Eine Festungstrafe wegen Herausforderung zum Zweikampf, deren Effer sich schuldig gemacht hat, sei vom Kaiser in einen Tag Studien-arrest umgewandelt worden. Am 1. August meldet der „Hamd. Corr.“ aus Berlin, daß das Ehrengericht Effer der Jugendlichkeit zum Offizierscorps unwürdig erklärt habe.

April 28. Der Kaiser sendet dem Fürsten von Monaco wegen seiner wissenschaftlichen Verdienste um die Tiefseeforschung ein Glückwunschtelegramm.

Mai 1. Gelegentlich des Empfanges der deutschen Tiefsee-Expedition preist Graf Posadowsky den Kaiser als den wahren Pfadfinder auch auf diesem Gebiete.

Mai 6. Die Blätter berichten von dem begeisterten Empfang, den die Bevölkerung von Elßah-Lothringen dem Kaiser bereitet habe. Der Kreisdirektor von Molsheim habe der Bevölkerung alle Arbeit verboten und die Ortsbewohner geheizen, in festlicher Kleidung bei der Durchfahrt des Kaiserpaars Spalier zu bilden.

Mai 10. In Ars an der Mosel legt der Kaiser den Grundstein zu einer neuen Befestigungsanlage. Er spricht von seiner Sorge für die Sicherheit seiner treuen Untertanen und vollendet seine Rede: Im Namen Gottes des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes lege ich den Grundstein dieser Feste und taufe sie Graf Häfeler.

Mai 24. Im Thiergarten verunglückt ein Droschken-futcher. Der Kaiser und ein Redakteur des „Vorwärts“ leisten dem Verunglückten die erste Hilfe.

Mai 30. Der Kaiser empfängt eine Anzahl Mitglieder des in Berlin tagenden Tuberkulose-Kongresses. Hierüber meldet der „Fokal-Anzeiger“: „Unserm Kaiser, den ein bemerkenswertes Gesicht eignet, Worte zu prägen, die den Kern der Sache treffen, ist es auch diesmal gelungen, das Leitmotiv aller Vorträge auf die einfachste Formel zu bringen. Bei dem Empfang äußerte der Monarch sich dahin, daß Wäber die beste Prophylaxe seien, und daß die Aerzte sich anlegen lassen müßten, den Keimstoffsinn der Bevölkerung zu heben.“

„Zeise ist die Hauptsache, nur Zeise!“ Zweifelsohne ist damit die Hauptsache, der springende Punkt, getroffen.

Mai 31. Als Beitrag zu der Stellung, die der Kaiser der modernen Kunst gegenüber einnimmt, meldet die „Kunsthalbe“, daß er sich auf das allerhöchste gegen die von Herrn v. Tschudi, dem Direktor der Nationalgalerie, getroffenen Maßnahmen und namentlich gegen die Aufnahme einer Anzahl französischer Bilder ausgesprochen habe.

In Kassel wird in Gegenwart des Kaisers ein bürgerlicher Sängerkreis abgehalten. Der Kaiser drückt nach der „Straßb. Post“ seine Freude darüber aus, daß so viele Gedichte patriotischen Inhalts zum Vortrage gewählt worden sind. Doch seien vielfach an die Schwierigkeit des Sanges zu hohe Anforderungen gestellt worden. Die Kompositionen für Männerchöre müßten wieder andere Mahnen einschlagen.

Juni 1. Der Entwurf des Zuchthausgesetzes wird veröffentlicht. Der Zuchthausparagraf darin enthält nicht, wie der Kaiser versprochen, die Bestimmung, daß die Anreizung zum Streik mit Zuchthaus bestraft werden soll, sondern setzt Zuchthausstrafe für solche Fälle fest, wo durch Streiks die Sicherheit des Reichs bedroht oder gemeine Gefahr für Menschenleben und Eigentum herbeigeführt wird.

In Kiel hält der Kaiser beim Stopellauf des Schiffs „Eryx“ König Wilhelm eine Rede, in der er seinen Großvater als den großen Heeresorganisator preist, als den Schmie der deutschen Waffen, der das Werkzeug schuf, mit dem wir unsere Einheit erkämpften.

Juni 20. Bei der Segelregatta in Brunsbüttel sagt der Kaiser, daß es sein Grundgedanke sei, liberal, wo er könne, neue Punkte zu finden, an denen er einsetzen könne. Das deutsche Volk sei wie ein edles Vollblutpferd, es dulde nicht, daß ihm jemand an die Gurtchen herantomme, sondern wolle seinen Platz vorne behaupten.

Juli 3. In Lübeck hält der Kaiser die Fähnlein-Rede. Das Fähnlein ist licht an die Stange gebunden, aber es löst viel, es wieder mit Ehren abzunehmen. Auch erblickt der Kaiser in der Entstehung des Fähnleins ein Zeichen, wisse Zukunft immer mehr auf dem Wasser zu stehen.

Juli 7. Wilhelm II. dankt dem Präsidenten Loubet für die auf dem französischen Kriegsschiff „Hygieine“ genossene Gastfreundschaft.

Juli 12. Geheimer Ober-Regierungsrat Dr. Dimpeter erhält ein Telegramm vom Kaiser, worin mitgeteilt ist, daß die Stadt Viefefeld eine Statue des Großen Kurfürsten zum Geschenk bekomme. Die Natur soll ein Wahrzeichen bleiben, daß gleich wie in diesem Ahn, auch in mir ein unbesangener Wille ist, den einmal als richtig erkannten Weg allem Widerstand zum Trotz unbeirrt weiter zu geben.

Juli 20. Die „Fokal-Anzeiger“ meldet, daß der Kaiser hat dem Kronprinzen von Griechenland sein Bild geschenkt und den Vers Homers darunter geschrieben: „Nur einer soll Herrscher sein, einer nur König.“

Großes Aufsehen erregt in der großindustriellen Presse die Nachricht, daß der Kaiser plötzlich seinen Besuch zur Eröffnung des Dortmund-Ems-Kanals abgesetzt habe.

August 8. Wilhelm II. verleiht dem deutschen Botschafter in Paris, dem Grafen Münster, den Fürstentitel.

August 9. Nach dem „Berl. Tagbl.“ hat der Kaiser in Kiel an Bord der Hohenzollern sein Flottenprogramm entwickelt. Im Hinblick auf den vom Baron angeregten Friedenskongreß sagte er, eine Vermehrung der Flotten sei in Wirklichkeit der beste Friedenskongreß.

August 11. Ausgegebenen Nachrichten erscheint der Kaiser doch zur Einweihung des Dortmund-Ems-Kanals in Dortmund. Dreihundert fromme Musikanten begrüßen ihn mit einem Posanunenchor. Der Kanal, so jagt der Kaiser im Hinblick auf die agrarische Obstruktion im Abgeordnetenhaus, ist aufzufassen in Verbindung mit dem Mittelkanal, den zu bauen und zur Durchführung zu bringen ich und meine Regierung fest und unerschütterlich entschlossen sind.

Zum Abg. Hilbs sagt der Kaiser in Dortmund, wie die „Dortm. Ztg.“ berichtet, er begreife nicht, wie neuerdings das Centrum sich mit den Sozialdemokraten habe verbinden können. Im Herbst müsse das Centrum (im Hinblick auf die Arbeitslosenfrage) Farbe bekennen. Abg. Hilbs erzählt dem Kaiser, daß trotz der großen Stimmenzahl, die für den sozialdemokratischen Reichstagskandidaten in Dortmund abgegeben worden seien, die große Mehrheit der Bevölkerung loyal und königstreu sei.

August 19. Die Kanalvorlage der Regierung wird vom Landtage mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. 18 Landräte, 2 Regierungspräsidenten, 2 Regierungsräte, 1 Konsistorialpräsident und der Gymnasialprofessor Franer stimmen in Richtung der Vorwürfen, die ihnen Minister v. d. Rede gegeben, gegen die Politik der Regierung. Die Wahrgelungen gegen die Landräte zc. bestimmet. Am 4. September jedoch wird der verantwortliche Urheber der Wahrgelungen, Freiherr v. d. Rede seines Ministeramtes entbunden und durch den Regierungspräsidenten Freiherrn v. Rheinbaben ersetzt.

August 28. Goethes 150. Geburtstag wird gefeiert. In einem Telegramm an den Oberbürgermeister in Frankfurt, der Geburtstags des Dichters, drückt der Kaiser seine besondere Freude darüber aus, daß die Frankfurter Festlichkeiten durch die persönliche Beteiligung erlauchter Fürstlichkeiten noch eine besondere Ehrung erfahren haben.

September 5. In Straßburg hält der Kaiser die viel kommentierte Rede „sub umbra alarum“:

Vor allem aber auch möchte ich den edlen Herren der Kirche, die einen so großen Einfluß auf unsere Bevölkerung haben, ans Herz legen, daß sie mit ihrer ganzen Arbeit und mit Einsetzen ihrer Persönlichkeit dafür sorgen, daß die Achtung vor der Krone, das Vertrauen zur Regierung immer fester und fester werde; denn in den heutigen bewegten Zeiten, wo der Geist des Unglaubens durch die Laide zieht, ist der einzige Halt und der alleinige Schutz, den die Kirche hat, die kaiserliche Hand und das Wappenschild des Deutschen Reiches.

September 7. Bei der Galatafel in Stuttgart verkündet der Kaiser, daß das Königtum an der Spitze eines Volkes die einzig wirklich sichere Stütze für die Bewahrung von Thron, und Altar, Religion und Sitte am Ausgang des 19. Jahrhunderts ist.

September 9. Bei der Paratafel in Karlsruhe hält der Kaiser eine Rede, in der nach Wolffs Telegraphenbureau folgende Stelle vorkommt:

„deno ob gold-rot, ob schwarz-rot, ob grün-weiß oder schwarz-weiß, so reißt sich Fähnlein an Fähnlein, und bildet in seiner Gesamtheit einen Panzer, der um das goldne Banner unseres Reiches gelagert ist, um dasselbe zu schützen und zu sichern.“

Weiter enthält die Rede die Aufforderung, „uns stets bewußt zu sein, daß wir dafür zu sorgen haben, die Religion zu schützen, die dem Volk erhalten bleiben soll, und für Sitte und Ordnung einzustehen. Mögen uns immer deutsche Fürstinnen zur Seite stehen, wie die große Kaiserin und ihre erlauchte Tochter, die die Not des Volks mit liebender Hand überall lindert. Das wird auch im neuen Jahrhundert trotz aller neuen Geister und Ideen die alle monarchische Treue bewahren, sturmfest, als Beispiel allen andern Ländern.“

September 17. Nach der „Kreuz-Zeitung“ ist den Hofwürdenträgern, die im Landtage gegen den Kanal gestimmt haben, eine königliche Kabinettsordre zugegangen, durch die sie bis auf weiteres vom königlichen Hoflager verbannt werden.

September 23. Freiherr v. Stumm läßt in einem Toast in Saarbrücken den Kaiser leben und hebt dessen guten Willen hervor, wenn man sich auch nicht immer mit seinem Thun einverstanden erklären könnte.

September 26. Auf der Danziger Rede beklagt der Kaiser in einer Ansprache den „Mangel an tüchtigen großen Auslandschiffen.“

Oktober 16. Der Kaiser genehmigt das Gesetz des Kanal-generativen „Post“-Leitartiklers (Leitartikel 25 Nr. 1, Entwurf 19, 50 Nr. 1) Freiherrn v. Jedlich um Entlassung von dem Posten des See-handlungs-Präsidenten.

Oktober 18. Beim Stapellauf eines neuen Schlachtschiffes in Hamburg plädiert der Kaiser lebhaft für Vermehrung der Marine.

Witter not thut und eine starke deutsche Flotte. Das deutsche Volk muß seine Sucht ablegen, das Höchste in immer schärfer sich ausdrückenden Parteirichtungen zu suchen, und den Erbfehler ablegen, alles zum Gegenstand ungezügelter Kritik zu machen. Diese alten politischen Sünden rächen sich jetzt schwer an unseren See-Interessen und unserer Flotte. Wäre ihre Verstärkung mir in den ersten 8 Jahren meiner Regierung trotz insändigen Bittens und Wartens nicht beharrlich verweigert worden, wobei sogar Hohn und Spott mir nicht erpart geblieben sind, wie anders würden wir dann unsern blühenden Handel und unsere überseeischen Interessen fördern können!

Oktober 19. Bei der Hundertjahrfeier der Technischen Hochschule in Charlottenburg äußert sich der Kaiser über den Zusammenhang zwischen Religion und Technik: „So fährt, wie jede echte Wissenschaft, auch die Technik immer wieder zurück auf den Ursprung aller Dinge, den allmächtigen Schöpfer, und in demütigem Dank müssen wir uns vor ihm beugen.“

Oktober 30. Aus London wird berichtet, daß der Kaiser dem Kommandeur des nach Transvaal gehenden 1. Igl. Dragoner-Regiments telegraphiert habe: „Entbieten Sie dem Regiment mein Liebeswohl. Mögen Sie alle unbeschädigt und wohl zurückkehren.“

November 2. Auf Wunsch des Kaisers, so berichten die Zeitungen, ist Major Lauff dabei, den Text zu Webers „Oderon“ umzuändern.

November 16. In der Berliner Stadtverordneten-Versammlung wird die rüffelnde Antwort des Freiherrn v. Wirbach auf die an die Kaiserin gerichtete Geburtstags-Gratulation verlesen.

November 17. Der Kaiser tritt zum Leidwesen des größten Teils der bürgerlichen Presse die Reise nach England an.

November 20. Mit überwältigender Mehrheit wird vom Reichstag die Zuchthandvorlage abgelehnt.

November 21. Eine Widmung des Kaisers in dem von einem Leipziger Verlag herausgegebenen „Goldenen Buch“ beginnt: „Von Gottes Gnaden ist der König, daher ist er auch nur dem Herrn allein verantwortlich.“

Dezember 7. Der Kaiser verfügt, daß das neue Jahrhundert am 1. Januar 1900 beginnen soll. Alle Unterrichtsanstalten sollen die Jahrhundertfeier am letzten Schultage vor Weihnachten abhalten.

Dezember 30. Der konservative Kandidat im zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreise, Ober-Post-Assistent Gustav Stockmann, erhält, der „Kreuz-Zeitung“ zufolge, aus Anlaß seiner langjährigen erpriehtlichen Tätigkeit in öffentlichen Angelegenheiten vom Kaiser den Kronorden IV. Kl. verliehen.

Januar 1. Das offizielle neue Jahrhundert wird vom Kaiser und dem Hofe feierlich begrüßt. Im Hofe des Zeughauses läßt der Kaiser sich mit allen anwesenden Offizieren auf die Knie nieder, ein Moment, der von Anschlag photographiert und später in Scherls „Wochen“ bildlich dargestellt wird. In einer Ansprache ermahnt der Kaiser die Offiziere zu einfachem Lebenswandel und erinnert daran, daß Wilhelm I. die preussische Armee reorganisiert habe, trotz des Widerstandes, den Unverstand ihm setzte.

Januar 8. In einem Flotten-Telegramm an den König von Württemberg meint der Kaiser, daß die Vorgänge der letzten Tage immer weitere Kreise von der Notwendigkeit überzogen haben müssen, daß Deutschland auch zu Wasser stark und mächtig dastehen. Diese Worte werden mit der Beschlagnahme des „Bundesrat“ in Zusammenhang gebracht.

Januar 9. Bei der Jahrhundert-Feier der Technischen Hochschule in Charlottenburg beklagt der Kaiser in einer Rede: Die bisherigen Richtungen haben ja leider in sozialer Beziehung vollständig versagt. Schreue auf die technischen Hochschulen.

Die Sozialdemokratie betrachte ich als eine vorübergehende Erscheinung; sie wird sich auflösen. Sie müssen aber Ihren Schülern die sozialen Pflichten gegen die Arbeiter klarmachen.

# Volkswirtschaftliche Rundschau.

## Deutsche Interessen in Transvaal. — Wirtschaftliche Entwicklung Japans. — Russlands Außenhandel im ersten Halbjahr 1899.

**Deutsche Interessen in Transvaal.** In den unter dem Einfluss der vorerwähnten Blätter ist in letzter Zeit verschiedentlich berichtet worden, die Einverleibung der beiden südafrikanischen Republiken in den englischen Kolonialbesitz als im Interesse des deutschen Handels liegend hinzustellen. Unter Englands Herrschaft, so heißt es gewöhnlich, würde sich besonders Transvaal viel schneller entwickeln, als unter dem Agrarier-Regiment der Boeren; und von diesem schnellen Aufblühen des Landes würde auch Deutschland, das ja mit England dieselben Interessen hat, seinen reichlichen Nutzen haben. Diese Argumentation kann dem, der weiß, wie stark auch in Deutschland mit afrikanischen Mineralwerten spekuliert worden ist und wie weite Kreise an dem Uebergang der Mineraldistrikte in englische Hände interessiert sind, kaum überraschen. Die Herren arbeiten eben für ihren Profit, denn im Fall einer englischen Inbesitznahme würden nicht nur zweifellos die Rechte der Mineralien ganz enorm in die Höhe schnellen, sondern der voraussichtlich entstehende „Boom“ würde auch sonst der Spekulation manch schöne Gelegenheit zur Entwertung eines vorteilhaften Geschäftes bieten.

Jugendlich kann werden, daß unter englischer Verwaltung Transvaal sich höchst wahrscheinlich wirtschaftlich schneller entwickelt wird, als wenn es unter dem Regiment der Boeren bliebe, obgleich auch diese, falls Transvaal völlige Selbstständigkeit erlangen sollte, nicht darüber hin kommen würden, den Ausländern bürgerliche Rechte einzuräumen und weitgehende wirtschaftliche Zugeständnisse zu machen. Eine andre Frage ist aber, ob Deutschlands Handel von einer Annexion der Boerenländer durch England Vorteil hätte. Sicherlich würde die dortige Stabilisierung der englischen Herrschaft ein starkes Jutrosomen der sich nun als siegreiche Herren fühlenden englischen Elemente zur Folge haben, die unter dem Einfluss der durch den Krieg entfalteten „nationalen Gegenseite“ möglichst die übrigen Ausländer und vor allem die Boeren selbst zurückdrängen suchen würden: ein Bestreben, in welchem sie ganz naturgemäß bei der englischen Regierung die größte Unterstützung finden müßten, schon aus Gründen der Sicherung ihrer Herrschaft. Behalten dagegen die beiden südafrikanischen Republiken ihre Selbstständigkeit, und erlangt gar der Transvaalstaat Zugang zum Meer, so wird nicht nur die deutsche und holländische Einwanderung stark zunehmen, sondern auch infolge des Hasses der einheimischen Elemente gegen England der deutsche Handel eine starke Förderung erfahren. Wie günstig bei dem gegen England bestehenden Mißtrauen bisher letzterer gefahren ist, erhellt schon aus der einfachen Thatfache, daß sicherlich von der Gesamtanzahl der Deutschen nach Südafrika, die 1897 = rund 29, 1898 = 24,2 Millionen Markt betragen hat, nahezu die Hälfte auf Transvaal entfällt.

Uebrigens ist das Gerüde von der Einseitigkeit der Boeren in die Bedürfnisse des modernen Wirtschaftsbetriebes, die verhindern, daß Transvaal Fortschritte mache, nichts als albernes Geschwätz. Man muß eben berücksichtigen, daß der Transvaalstaat erst 1884 seine Selbstständigkeit erlangt hat, eigentlich erst seit 1890 der Aufschwung der Mineralausbeutung datiert, 1891 die erste Eisenbahnlinie eröffnet ist, und daß während der ganzen letzten Jahre die Republik unter der Befürchtung eines Krieges mit England gestanden hat. Dennoch ist die Boerenrepublik in wirtschaftlicher Hinsicht mächtig vorwärts geschritten. Die Warenzufuhr, die 1890 erst 3,7 Millionen Pfd. Sterling betrug, ist in 1897 auf 13,6 und in 1898 auf 10,6 Millionen Pfd. Sterling gestiegen, die Goldgewinnung von 1,9 Millionen Pfd. Sterling in 1890 auf 16,1 in 1898, die Steinkohlenförderung von 267 454 Pfd. Sterling in 1893 auf 612 008 Pfd. Sterling in 1897. Die Länge des Schienennetzes beträgt jetzt 1935 Kilometer. Das sind ganz ansehnliche Resultate im Laufe von wenigen Jahren.

**Wirtschaftliche Entwicklung Japans.** Im Gegensatz zu China, das, trotz aller Veruche der europäischen Großmächte ihrem Handel Eingang zu verschaffen, sich doch bisher noch immer als ein verschlossenes Land zeigt, schreitet Japan auf der eingeschlagenen Bahn der wirtschaftlichen Entwicklung rüstig vorwärts. Neben der Baumwollspinnerei und Weberei setzt sich auch die junge japanische Wolleweberei kräftig ein, und die japanische Jüchtholz- und Eisenindustrie gewinnt mehr und mehr an Ausdehnung. Selbst die japanische Seidenproduktion nimmt einen stetigen Fortgang, im Gegensatz zur chinesischen, die in den letzten drei Jahren bedeutend zurück gegangen ist. Dementsprechend nimmt denn auch der Handelsverkehr mit dem Ausland immer größere Dimensionen an. Für das Jahr 1899 liegen selbstverständlich noch keine abschließenden Zahlen vor; die Statistik reicht nur bis Ende September des vorigen Jahres; dennoch läßt sich durch Vergleich der betreffenden Ziffern mit den entsprechenden des Vorjahres schon jetzt feststellen, daß auch im letzten Jahre Japans Handel wieder ein gutes Stück weitergekommen ist, obgleich an dem neuen Zolltarif, der mit Beginn des letzten Jahres in Kraft trat, vielfach die Befürchtung geknüpft wurde, er würde den Außenhandelsverkehr schwer schädigen. Allerdings die Einfuhr in Japan wird, nach den bis Ende September reichenden Ziffern zu urteilen, vielleicht nur etwa ein Drittel gegen die des Jahres 1898, die sich auf 277,3 Millionen Yen belief (der Wert des Yen betrug in letzter Zeit ungefähr 2,15 M.) zurückzuführen; doch würde es völlig verkehrt sein, daraus einen ungünstigen Schluss auf Japans industrielle Entwicklung zu ziehen. Erstens hätten sich bekanntlich stets vor Wenderungen der Zolltarife die Importe, und dann hatte Japan im Jahre 1898 infolge seines Cente-Krisenfalls eine überaus große Reiseinfuhr. Daher denn auch die enorme anomale Importzunahme von 219,2 Millionen Yen in 1897 auf 277,3 Millionen Yen in 1898. Dagegen weist der Export japanischer Waren, der im Jahre 1897 einen Wert von 161,5 Millionen Yen und in 1898 einen Wert von 162,9 Millionen Yen erreichte, eine bedeutende Steigerung auf. Während die japanische Einfuhr in den 3 ersten Quartalen 1899 sich nur auf etwa 112 1/2 Millionen Yen stellte, beträgt sie für die ersten neun Monate des letzten Jahres bereits 151 Millionen Yen und wird wahrscheinlich für das ganze Jahr die statliche Summe von 200 Millionen erreichen.

Von den Einfuhrartikeln sind in den drei ersten Quartalen des vergangenen Jahres besonders zurückgegangen (außer Reis): Jüder, Baumwollgarn, Baumwollwaren, Seidenwaren, Eisen und Stahl, Maschinen (auch Lokomotiven). Stellt man die betreffenden Zahlen zusammen, ergeben sich folgende Rückgänge:

	1898	1899
Jüder	18,1 Mill. Yen	11,6 Mill. Yen
Baumwollgarn	6,9	3,1
Baumwollwaren	9,5	5,4
Seidenwaren	9,4	5,8
Maschinen, Lokomotiven, Wagen zc.	10,1	6,2
Eisen u. Stahl in Barren, Stangen, Platten zc.	6,8	4,6

Dagegen hat die Einfuhr von Rohbaumwolle und Wolle beträchtlich zugenommen. Die in den ersten neun Monaten 1898 eingeführte Baumwolle hatte einen Wert von 38,4 Millionen Yen, im gleichen Zeitraum des Jahres 1899 hingegen über 3 Millionen Yen. Ebenso wie der Wert der Wolleinfuhr von 1,1 auf über 3 Millionen Yen. Es kommt hierin der Aufschwung der Textilindustrie zum Ausdruck, speziell der Baumwollspinnerei, die bereits Ende August vorigen Jahres mit 1 011 674 Spindeln arbeitete. Die Garne und Baumwollwaren, meist ordinäre graue und weiße Strickgarns und Drells, gehen, soweit sie nicht vom einheimischen Markt konsumiert werden, fast ausschließlich nach China. Der Garnexport ist im letzten Jahr enorm gestiegen, obgleich China seit einigen Jahren begonnen hat, selbst Rohbaumwolle einzuführen und Garn zu fabricieren. Der Wert der Einfuhr japanischer Garne betrug bis Ende September letzten Jahres bereits 20,9 Millionen Yen, in der gleichen Zeit des Vorjahres nur 14,6 Millionen Yen, während gleichzeitig der Export der Baumwollgewebe von 1,8 auf 2,6 Millionen Yen stieg. In gleichem Maße hat die Einfuhr von Seide und Seidenwaren zugenommen, und zwar der Rohseide von 26,2 auf 43,3 Millionen Yen, der Seiden-gewebe von 10,8 auf 13,6 Millionen.

Am bedeutendsten ist der Handel Japans mit England. Der direkte Handel mit letzterem betrug zwar in 1898 nur 70 491 216 Yen, doch ist ihm der größte Teil des Handelsverkehrs mit Hongkong, der sich auf 47 378 362 Yen stellte, hinzuzurechnen. Gleich nach England kommen die Vereinigten Staaten. Der Wert ihrer Einfuhr und Ausfuhr belief sich 1898 auf nicht weniger als 87 312 252 Yen. Wahrscheinlich wird schon in wenigen Jahren die mächtig aufstrebende amerikanische Großmacht Old-England überflügelt haben. Auf die Vereinigten Staaten folgen der Reihe nach China, Britisch-Indien, Anam und Französisch-Indien, Deutschland. Der Wert des deutschen Handels mit Japan stellte sich nach der japanischen Statistik im Jahre 1898 auf 25 080 203 Yen. Deutschland exportiert nach Japan vornehmlich Jüder, Wolle, Wolle, Spirituosen.

Indes geben alle diese Ziffern nur ein sehr unvollkommenes Bild von Japans industrieller und kommerzieller Entwicklung, wenn man nicht zugleich die Beteiligung des japanischen Kaufmanns am Import- und Exporthandel, die Ausbreitung der japanischen Reederei und die Anteilnahme der Japaner an den geschäftlichen Unternehmungen der Nachbarländer in Betracht zieht. Durchweg zeigt sich bei allen asiatischen Ländern, auch bei Britisch-Indien, daß ihr Außenhandel fast völlig in den Händen ausländischer Exporteure und Importeure liegt. Auch Japan machte hiervon, als es zuerst zu dem Auslande in engere Handelsbeziehungen trat, keine Ausnahme. Seitdem haben sich jedoch die Japaner mit Erfolg mehr und mehr selbst des Außenhandels zu bemächtigen gewagt; sie drängen, so sonderbar das auch klingen mag, allmählich den englischen, deutschen, amerikanischen Kaufmann aus dem Geschäft heraus. Zum Beweise dieser Thatfache sei hier nur angeführt, daß 1890 der Wert der von Japanern exportierten und importierten Waren sich nur auf 16,4 Millionen Yen belief, der Handel der fremden Kaufleute auf 145,5 Millionen. In 1898 dagegen, also zehn Jahre später, finden wir die Japaner mit 116, die fremden Kaufleute mit 201,9 Millionen Yen am Außenhandel beteiligt. Demnach hat in diesem kurzen Zeitraum der Anteil der Japaner sich von 10 auf 28 Proz. erhöht.

Nach größer ist der Erfolg des japanischen Schiffahrtsbetriebs. Die Handelsflotte der Japaner ist bereits der Größe nach die siebente der Welt; sie übertrifft zwar nicht in der Gesamt-Tonnenzahl, wohl aber dem Schiffsmaterial und der Dampferzahl nach bei weitem die italienische. Im August 1899 zählte die Dampferflotte bereits 282 000 Tons netto, die Seglerflotte 40 000 Tons. Seitdem sind eine Reihe weiterer Verhältnisse der Dampferflotte erfolgt. Der Bestand der japanischen Linien Kobe-Tientsin und Aobe-Nanking ist um jenen einen Dampfer vermehrt worden. Ferner hat die größte der japanischen Schiffahrts-Gesellschaften, die Nippon Yusen-Kaisha, eine neue Linie zwischen Tientsin, Tschifu, Shanghai im Anschluß an ihre Linie Kobe-Tientsin eingerichtet, und in einigen Monaten soll die Inbetriebnahme einer Linie Shanghai-Nanking folgen.

Sogar in den chinesischen und vor allem den koranischen Hafenplätzen tritt neuerdings der Japaner als Konkurrent des europäischen Kaufmanns hervor, nicht nur als Exporteur, Importeur, Schiffverfrachter und Agent, sondern auch als Zwischenhändler. Besonders in Korea beginnen die Japaner immer festeren Fuß zu fassen. Ein bedeutender Teil des Jümenhandels ist in ihren Händen, und zugleich haben sie sich hier des Eisenbahnbauwerks bemächtigt. Die jüngst eröffnete erste Bahnlinie Seoul-Keumupo ist von einer japanischen Gesellschaft gebaut worden, und auch die neue Linie Seoul-Ansung wird von einem japanischen Syndikat ausgeführt.

So geht Japan allem Anschein nach einer bedeutenden wirtschaftlichen Zukunft entgegen. Für die Arbeiter allerdings ist bei dem wirtschaftlichen Aufschwung wenig abgesehen. Die Löhne sind zwar gestiegen, für einige Industrien und Gewerbe sogar recht beträchtlich, aber in noch höherem Maße steigen andauernd die Preise der Lebensmittel. Kein Wunder, daß in Japan bereits eine moderne Lohnarbeiterbewegung zu entstehen beginnt.

**Russlands Außenhandel im ersten Halbjahr 1899.** Wie in so manchen andern Dingen, hinnt auch in Bezug auf die Statistik Russlands hinter den übrigen großen Mächten einher. Erst jetzt werden die genaueren Ziffern des russischen Außenhandels in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres 1899 bekannt.

Für viele, welche die euergerischen Anstrengungen Russlands in den letzten Jahren beobachtet haben, eine einheimische Industrie großzuziehen, bringen diese Ziffern eine Enttäuschung. In Anbetracht des Wohlstandes, welchen die russische Regierung den einheimischen Industrie-Erzeugnissen zu teil werden läßt, und des rapiden Anwachsendes des Aktienkapitals, das seit Beginn des Jahres 1895 um nahezu 125 Proz. gestiegen ist, wurde fast allgemein ein günstigeres Resultat erwartet. Auf eine Zunahme der russischen Ausfuhr industrieller Erzeugnisse haben sicherlich nur wenige gerechnet, wohl aber erwartete man, daß die russische Industrie mehr und mehr den einheimischen Markt versorgen und somit der Einfuhr fremder Fabrikate das Abfallfeld entziehen würde. Nun weist gerade die Einfuhr fremder Industriewaren im ersten Halbjahr 1899 eine besondere Zunahme auf, eine weit größere, als in den gleichen Semestern der vorausgegangenen Jahre. Während sich im ersten Halbjahr 1898 die Einfuhr fertiger Fabrikate nur um 8 Millionen Rubel erhöhte, stieg sie im gleichen Zeitraum des Jahres 1899 um 26 Millionen Rubel.

Dies ist jedoch nur eine Seite der gegenwärtigen ungünstigen Wirtschaftslage Russlands. Der Zunahme des Imports von Industrie-

waren steht eine weit größere Abnahme seines Exports in jenen Artikeln gegenüber, die seit langem sein Hauptausfuhrgut bilden, in Lebensmitteln. Der Anfall des Lebensmittel-Exports beträgt für das erste Semester 1899 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres rund 106 Millionen Rubel, gegen 1897 = 28 Millionen Rubel. Am härtesten beteiligt ist an diesem Rückgang das Getreide, dessen Versand besonders in den Häfen des Schwarzen Meeres stark abgenommen hat, nur Gerste zeigt hiervon eine Ausnahme. Doch auch der Export anderer landwirtschaftlicher Produkte ist beträchtlich zurückgegangen, vornehmlich von Fleisch, Butter und Gemüße, ferner von Meie. Ebenso hat die Ausfuhr der Erzeugnisse halbländwirtschaftlicher Industrien, speziell der Jüder- und Spiritusindustrie, bedeutend abgenommen. Erwähnt sei noch die Zunahme des Rapsia-Exports um 6,85 Millionen Rubel (ungefähr 2,24 Millionen Centner).

Der Gesamtumsatz im ersten Semester der letzten drei Jahre betrug: 1897 = 537, 1898 = 628 und 1899 = 650 Millionen Rubel. Davon entfielen auf:

	1897	1898	1899
in 1000 Rubel			
die Ausfuhr	285 071	357 914	260 646
Einfuhr	251 900	269 828	288 009
Von der Ausfuhr kamen auf:			
	1897	1898	1899
in 1000 Rubel			
Lebensmittel	160 107	237 886	181 716
Rohstoffe und halbverarbeitete			
Materialien	110 212	105 066	108 576
Fabrikate	7 057	8 261	7 426
Tiere	7 695	6 701	6 928

	1897	1898	1899
in 1000 Rubel			
Lebensmittel	28 389	31 479	33 580
Rohstoffe und halbverarbeitete			
Materialien	146 227	154 058	145 228
Fabrikate	75 354	83 831	109 557
Tiere	670	660	687

Interessant ist es zu verfolgen, welche Länder an dem russischen Außenhandel am härtesten beteiligt sind und wie sich ihr Anteil in den letzten Jahren verhalten hat. An der Einfuhr aus England participierten im ersten Halbjahr:

	1897	1898	1899
in 1000 Rubel			
Deutschland	80 729	92 106	74 202
England	62 303	60 923	53 445
Holland	34 448	32 781	21 496
Frankreich	22 508	40 822	26 830
Oesterreich-Ungarn	15 123	26 515	13 076
Italien	9 633	35 678	9 787
Belgien	12 208	14 509	12 200
Türkei	5 018	6 725	5 182
Dänemark	3 451	4 455	4 544
Ägypten	2 630	3 288	2 397
Rumänien	3 132	7 312	4 518
Schweden	3 130	2 932	2 537
Norwegen	3 180	2 166	2 080
Ost-Indien	1 109	724	1 322
Nord-Amerika	1 328	1 203	1 397
China	729	802	985
Andere Länder	13 158	12 510	12 342
Summa	11 139	13 873	11 947

An der Einfuhr in Russland trugen bei:

	1897	1898	1899
in 1000 Rubel			
Deutschland	88 338	97 504	114 504
England	49 380	47 447	60 082
Frankreich	11 580	12 069	13 132
Oesterreich-Ungarn	9 714	11 572	15 878
Belgien	10 504	10 684	8 622
Italien	5 701	4 937	5 226
Schweiz	2 496	3 013	3 520
Türkei	2 440	2 944	2 972
Holland	2 248	3 550	4 108
Schweden	1 988	1 969	3 075
Norwegen	2 588	2 234	2 017
Dänemark	821	1 164	1 889
Rumänien	768	950	1 012
Nordamerika	29 326	31 126	23 701
Ägypten	12 096	13 445	9 970
China	5 073	6 661	5 482
Ostindien	2 666	2 478	3 659
Andere Länder	6 247	6 148	5 768
Summa	7 978	8 997	8 382

Der hauptsächlichste Abnehmer und Lieferant Russlands ist dennoch Deutschland, doch überträgt der Wert des deutschen Exports den des deutschen Imports um ein bedeutendes und ist überdies in stetigem Aufsteigen begriffen. Während die Einfuhr russischer Erzeugnisse in Deutschland in der ersten Hälfte des letzten Jahres im Vergleich zu 1897 um rund 8 1/2 Millionen Rubel abgenommen hat, ist der Bedarf Russlands an deutschen Artikeln um 26 Millionen Rubel gewachsen. Allerdings muß zugegeben werden, daß dieser Rückgang des russischen Exports nach Deutschland nicht als ein normaler gelten kann. Hat Russland in den nächsten Jahren eine gute Ernte, wird auch seine Ausfuhr nach dem deutschen Zollgebiet wieder steigen. Käuft Deutschland somit England, bei dem aber das ungeliebte Verhältnis obwaltet, wie bei Deutschland; es bezieht mehr Waren aus Russland als es dorthin liefert. Dann folgen Frankreich und Oesterreich-Ungarn. Einen Ausnahme-Charakter zeigt das Handelsverhältnis Russlands zu Holland und zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Holland exportiert nach Russland nur in ganz geringem Maße, rivalisiert in seinem Bezug russischer Lebensmittel, Rohstoffe und Halbfabrikate aber mit Frankreich; dagegen bezieht die nordamerikanische Union an russischen Erzeugnissen ansehnlich wenig, setzt aber in Russland ein beträchtliches Quantum Industriewaren ab.

## Kunst und Wissenschaft.

**Victoria-Theater.** Vor annähernd hundert Jahren wundert sich ein ausländischer Beobachter Deutschlands — die Sinesen — über den großen Abstand, der bei uns besteht zwischen den bewundernswürdigen Leistungen der wenigen Geistesheiden und der übrigen Masse, während anderswo die Verhältnisse ausgeglichener seien. Mag sein, daß im ganzen dieser Abstand sich bei uns fester verankert habe; in der Kunst bezieht er wohl noch am stärksten. Oben Kunst und unten Unterhaltung; oben das Drama und unten die Ausstattungspöffe, usw. Daß sich diese Scheidung mit der Zeit rächen muß, läßt sich denken; und nun stellt sich auch eine Einschränkung dieses Mißverhältnisses ein, die dieses selbst dennoch erst recht deutlich merkt läßt. Alles gute Bestreben, eine künstlerisch wertvolle Musik dramatisch zu verwenden, in Oper, Operette und Ballett, bleibt fast ungenutzt fern von dem Verstand, in unser nächstes gegenwärtiges Leben naturalistisch eingegriffen:

noch immer herrschen die klassischen und romantischen Opern, die Wagners-Küder-Operetten und die Zauberballette vor, bestenfalls unterbrochen von High-life-Stücken. Will man darüber hinauskommen, so muß man in ein Unterhaltungs-Theater gehen und findet dort, was man sucht, in Gestalt einer Halbheit, über die der Musikkritiker doch wieder nur mit Weim und Aber berichten kann.

So hatte das Victoria-Theater für letzten Donnerstag eine neue „Große Ausstattungspöffe mit Gesang und Ballett“ von Benno Jacobson angekündigt, in der Franz Wagner's Russl einen „weiten Raum einnehmen“ sollte: „Berliner Bilder“. Sie gung denn auch mit einem so vollen Erfolg in Scene, daß ihre beiden Schöpfer und noch zwei Herren — ich glaube Regisseur Gustav Lextor und Balletmeister Eugen Chiodus — mehrmals dankend vortreten konnten. Grundmotive: die alten vom Ortel aus der Provinz, vom vertauschten Kleidungsstück, vom fidelem Gerichtshaus und dergleichen mehr. Durchführung: ein Durcheinander von geschickter Handlung und von wirksamen Szenen und Scenerien. Musik: die bekannte; d. h. genauer: durchaus bekannt in der Form des Draufjehens mehrerer Stücke auf den Text, die

schließlich auch fehlen könnten, und zum Teil bekannt im Inhalt, will lagen in der Unoriginalität der Motive, zum andern Teil neu und verdienstvoll, selbst mit einem Anflug einer Charakteristik, die wenigstens einzelnen schillernden Zügen des Textes, wenigstens nicht seiner dramatischen Seite, gilt. Im zweiten der fünf Bilder darf das Duett „Berliner Augen“ und zwar speziell als Duett gerühmt werden. Noch reicher an Musik ist wohl das dritte Bild. Das fünfte Bild: „Das Fest der Chrysanthem“, nimmt einen Anlauf zu einer ganz besonderen musikalischen That: zu einer Traversierung des „Hilado“.

Unter den zahlreichen Mitwirkenden war spanienvielerisch wohl der beste Carl Fren als der Onkel. Auch Leonore Gollé machte eine artistische Spanierin aus Berlin recht gut und zeigte eine hübsche, nur freilich nicht recht ausgebildete Stimme. Im übrigen war das Ensemble flott genug, um die zum Teil etwas primitiven Einzelleistungen weniger beachten zu lassen. Nicht ungerührt darf jedoch die übermäßige Ausdehnung der Pausen bleiben, durch die sich das Stück bis lange nach 11 Uhr hinauszog. —

# Communales.

**Aus der Magistrats-Sitzung vom Freitag.** Das Magistrats-Kollegium hat bei der stattgehabten Präsentationswahl zum Mitgliede des Herrenhauses als zu präsentierendes Mitglied des Magistrats den Oberbürgermeister Kirchner gewählt.

Das vorgelegte Projekt zur Errichtung einer Heimstätte für Lungenkranke in Buch hat das Magistrats-Kollegium genehmigt. In der gestrigen Magistrats-Sitzung leitete der Stadtrat Dr. Münsterberg die Besprechung der von der Armen-Direktion vorgelegten Entwürfe einer Verordnung über die offene Armenpflege ein. Die weitere Beratung und Beschlussfassung wurde vertagt.

**Anträge von Stadtverordneten.** Die Stadtverordneten Lüben, Gerde I., Dünje und andere Stadtverordnete haben folgenden Antrag in der Stadtverordneten-Versammlung eingebracht: „Den Magistrat zu eruchen, in gemischter Deputation darüber in Beratung zu treten, ob es nicht dringend nötig sei, die Kochanstalt usw. auf dem Schlachthof nicht mehr zu betreiben, sondern nach Ablauf der Pachtverträge in eigene Verwaltung zu nehmen; ferner die von der Polizei beschlagnahmten Schlachtere und Teile derselben nicht mehr der Abbederei zu übergeben, sondern auf dem Schlachthofe sogleich verbrennen zu lassen, damit in Zukunft die wiederholt vorgekommenen unangenehmen Vorfälle unmöglich gemacht werden.“ — Die Stadtverordneten Dr. Schwalbe, Roimow, Nalisch, Gerstenberg, Jacobi und Alaar haben folgende Anträge in der Stadtverordneten-Versammlung eingebracht: „Dem Vernehmen nach hat der Magistrat abgesehen, den Festsaal des Rathhauses für eine Gordanus-Brunno-Fest zu bewilligen. Die Interjuristen fragen an, weshalb die Ablehnung des Antrags statthabenden hat.“

**Berlin-Stettiner Schifffahrtskanal.** Aus dem Rathause wird berichtet: Gestern verhandelte eine Kommission, bestehend aus Vertretern des Finanzministeriums, des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, der Regierung zu Potsdam sowie von Vertretern der Städte Berlin, Stettin und Charlottenburg in Bezug auf den großen Schifffahrtskanal Berlin-Stettin (Westlinie). Aus den Verhandlungen darf wohl der Schluss hergeleitet werden, daß ein Einvernehmen bezüglich der Finanzierung des Unternehmens nunmehr herbeigeführt werden wird. Es ist zu erwarten, daß die Stadt Charlottenburg bei dem Kostenanteil in gleicher Weise sich beteiligen werde, wie die Provinz Pommern bei der Stadt Stettin. Ob die Provinz Brandenburg wegen der gegen das frühere Projekt jetzt eingetretenen Melioration des Odeabachs sich nicht doch schließlich zu Beiträgen herbeilassen muß, kann man doch schließlich billig voraussetzen.

## Lokales.

**Unsre Mitarbeiter und Inserenten** machen wir darauf aufmerksam, daß heute nur bis 9 Uhr vormittags von der Reichspost Briefe ausgetrieben werden.

**Zur Lokalliste.** Der Arbeiterschaft Berlins stehen noch folgende Lokale zur Verfügung: Nordische Halle, Gerichtstraße 1. Otto Bartels, Große Hamburgerstraße 18. — Der Rauchsclub „Gómerald“ feiert seinen diesjährigen Maskenball am 3. Februar im Eiseller, Chausseestraße. Das Lokal steht der Arbeiterschaft zu Versammlungen bekanntlich nicht zur Verfügung. Die Genossen werden ersucht, hiervon Notiz zu nehmen.

## Offene Coaköfener auf Bauten.

Seit mehreren Jahren besteht eine Polizei-Verordnung, welche vorschreibt, daß offene Coaköfener in Räumen, in denen Personen beschäftigt sind, nicht benutzt werden dürfen, und solche Räume, in denen Coaköfener zum Austrocknen des Wasserwerks aufgestellt sind, von andern Räumen, in denen gearbeitet wird, abgeschlossen sein müssen. Wegen dieser Verordnung wird aber immer noch viel gesündigt. So man wenigstens den Schein zu wahren sucht, als ob die Vorschrift beachtet werde, da stellt man wohl die Thüröffnungen der Räume, in denen Coaköfener brennen, mit einigen Brettern zu, aber ein derartiger „Verschluss“ entspricht nicht im entferntesten seinem Zweck. Rauch und Gase dringen ungehindert zwischen den Leisten an die Wand gelehten Brettern hindurch und erfüllen den ganzen Raum mit scharfen giftigen Dämpfen. Die Mischung der Polizei-Verordnung geht aber noch weiter. Es ist gar nicht selten, daß im Inneren eines Hauses, unmittelbar unter der Kistung, auf der Stuccatur oder Maler arbeiten, ein sogenannter Coaköfener als Heizkörper aufgestellt ist. Man sieht hieran, daß auch die besten Vorschriften nichts nützen, wenn ihre Durchsichtung nicht durch eine amtliche Bauaufsicht — und zwar unter Mitwirkung von Arbeitervertretern — gewährleistet wird. Die Interjuristen mögen vielleicht einwenden, daß die Arbeiter nicht veranlaßt werden, über offenem Coaköfener zu arbeiten. Es mag auch in manchem Fall zutreffen, daß der Arbeiter sich selber den Coaköfener zur Benutzung heranzieht. Hierbei ist aber zu bedenken, daß Käufer, Stuccateure und besonders die Maler ohne jede Heizung im Winter überhaupt nicht arbeiten können, denn bei Frostwetter gefriert das Material und bei feuchter Witterung trocknet es so langsam, daß ein geregtes Fortarbeiten nicht möglich ist. Nun siehe sich zwar ein Bau mittels einiger eiserner Oefen, die provisorisch aufgestellt werden, sehr gut und noch dazu billiger wie durch Coaköfener heizen. Aber nur sehr wenige Arbeiter sind einfichtsvoll genug, für eine solche Heizgelegentheit zu sorgen. Die meisten scheuen die unbedeutenden Anschaffungskosten und die geringen Umstände, welche durch den Gebrauch von Oefen verursacht werden; sie überlassen es den Arbeitern, sich so gut es gehen will zu helfen. Deshalb geht es eben in dem alten Sälendrian mit den der Gesundheit der Arbeiter in höchstem Grade gefährdenden Coaköfenern weiter, und es wird auch nicht eher besser werden, als bis die hier in Frage kommenden Arbeiterkategorien durch eine starke und kraftvolle Organisation die gänzliche Abschaffung solcher Einrichtungen sich erzwingen. Was eine gute Organisation auch in dieser Hinsicht vermag, das zeigt das Beispiel der Maurer, die ja, was den Schutz von Leben und Gesundheit auf Bauten betrifft, dank ihrer organisierten Kraft, ein gutes Stück vorwärts gekommen sind.

**Pädagogisches von einem Amtsvorsteher.** In unserem Vorort Weihensee erteilen Mitglieder des Arbeiter-Turnvereins, wie dies in andern Turnvereinen auch geschieht, dortigen Schülern Turnunterricht. Ein solches Wirken verdient gewiß Nachsicht und Anerkennung, da namentlich der Arbeiterjugend eine Stärkung des Körpers bitter Not thut. Als der Arbeiter-Turnverein so eine Heilung operativ zum Besten des Gemeinwohls gewirkt hatte, erhielten Vorsteher und Turnwart zu Ende des vorigen Jahres von Amts wegen eine Strafanzeige für den Fall, daß sie noch ferner an Schülern Turnunterricht erteilen ließen.

Pflichtbewußt, wie die beiden Leiter des Arbeiter-Turnvereins waren, nahmen sie sich diese seltsamste aller seltsamen Strafandrohungen natürlich nicht zu Herzen, sondern erhoben Einspruch dagegen.

Auf ihre Beschwerde wurde ihnen vom Amtsvorsteher folgender Bescheid zu Theil:

„Neue Verfügung vom 17. November 1899, nach welcher gegen Sie eine Exekutionsstrafe von 5 M. festgesetzt ist, weil Sie Schülern durch Mitglieder Ihres Vereins Turnunterricht haben erteilen lassen, ziehe ich hierdurch zurück, da die Kinder, welche ungeachtet des Verbotes in der Schule an dem Unterricht teilnehmen, mit dem Mitteln der Schulzucht bestraft sind und auch ferner bestraft werden.“

Feldmann.

Selbstverständlich hat, nachdem diese Verfügung bekannt geworden, der Kinder-Turnunterricht im Arbeiter-Turnverein an Ausdehnung wesentlich gewonnen. Die in Betracht kommende Einwohnerzahl unseres Vororts hat viel zu viel Vertrauen zu der pädagogischen Einsicht der Lehrer, als daß sie glaubt, auch nur einer der Jugenderzieher würde ein Kind strafen, weil der verständige Sinn seiner Eltern es in den Turnunterricht des Arbeiter-Turnvereins schickt.

So wird denn die wunderliche Verfügung des Amtsvorstehers nur als ein Kuriosum betrachtet, das höchstens geeignet ist, die Frage aufzuwerfen, ob die staatliche Autorität stark genug ist, um solche Anordnungen eines ihrer Organe auszuhalten zu können.

**Hofnachrichten aus dem „Lokal-Anzeiger“.** 1. In Nr. 41 über die vorgefertigte verstorbene Herzogin Friedrich von Schleswig-Holstein:

Als das fürstliche Paar den Tod des erstgeborenen Sohnes, des kaum mehr als ein Jahr alt gewordenen Prinzen Christian Friedrich beklagte, lächelte den Eltern bereits ein lieblicher Trost entgegen: am 22. Oktober 1858 war ihnen ein Wägdelein, Prinzessin Auguste Victoria, geboren worden. In Dolzig haben noch Prinz Gerhard (geb. 20. Januar 1859, gest. im April 1859), die seit 1855 mit dem Herzog Friedrich Ferdinand zu Schleswig-Holstein-Oldenburg vermählte Prinzessin Karoline Mathilde (25. Januar 1863) und Herzog Ernst Günther (11. August 1863) das Licht der Welt erblickt. Ihnen folgte am 8. April 1866 zu Kiel die seit 1860 mit dem Prinzen Friedrich Leopold von Preußen vermählte Prinzessin Luise Sophie und am 3. Juli 1874 zu Primmkau Prinzessin Teodora Adolphine.

Sollte das Welt in seinem auch hier bekundeten Streben, fürstlichen Persönlichkeiten übermenschliche Eigenschaften zuzuschreiben, nicht wiederum ein bißchen aufgeschwommen haben?

2. In einer Nachricht aus Wien über die bevorstehende Heirat der Erzherzogin Stephanie (Nr. 42):

Ihre Heirat steht unmittelbar bevor und dürfte sich in der ersten Hälfte März vollziehen — der Aufschwung, sagt man, habe nur deshalb stattgefunden, weil der gute Ruf der Kronprinzessin in Frage gezogen worden war und sie Beweise liefern wollte, daß es mit ihrer Verheiratung gar keine Eile habe.

Es muß ein angenehmes Gefühl sein für eine Dame, sich derart ehrsüchtig durch die Zeitungsblätter gezeirt zu sehen!

**Die Ermittlungen wegen der Vorgänge in der Koch- und Bäckerei** auf dem städtischen Schlachthofe nehmen ihren Fortgang. Außer dem Personal der Anstalt und den Polizeibeamten, die an ihr thätig waren, sind neuerdings auch verschiedene kleine Buchhalterinnen und Schankwirts, die von Bitterhoff und Lange fleisch bezogen haben, vernommen worden. Lange beschreitet nachdrücklich jeden Versuch, die Angeklagten der Anstalt zu ungeschicklichen zu verleiten, während er einräumt, darüber gelagert zu haben, daß das Fleisch zu salzig sei. Der schon mehrmals genannte Gefelle Spinnlinke, der von Bitterhoff entlassen worden ist, wurde gestern von der Kriminalpolizei noch einmal vernommen und im Anschluß an das Verhör verhaftet und nach Moabit in Untersuchungshaft gebracht.

**Tischler-Zwangsunter.** Das Resultat der am Montag, den 22. d. M., vollzogenen Wahl der 168 Vertreter zur Innungs-Versammlung ist am Donnerstag amtlich festgesetzt worden. Von 3300 Wahlberechtigten haben sich nur 1431 an der Wahl beteiligt. Die von dem Vorstand der alten Innung aufgestellten Kandidaten sind mit einer Mehrheit von 52 bis 70 Stimmen gegenüber den in vier Versammlungen der unorganisierten Tischlermeister aufgestellten Kandidaten gewählt worden. Für die alten Innungsmänner und ihren Anhang wurden 761, für die Kandidaten der unorganisierten 688 Stimmzettel abgegeben. 18 Kandidaten waren von beiden Richtungen aufgestellt und erhielten 1400—1447 Stimmen. Die geringste Stimmenzahl der „Organisierten“ fiel mit 740 Stimmen auf deren Kandidaten Lindemann, während es die unorganisierten im Maximum auf 692 Stimmen brachten. Von den 18 Vereiterten (außer den von beiden Richtungen gewählten 14 Vereiterten) noch einige als gewählt zu betrachten sein, da mehrere von den Organisierten gewählt den gegenteiligen Vorschriften, welche die Wahlarbeit bestimmen, nicht entsprechen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß wegen verschiedener vorgekommener Verstöße ein Protest gegen die Wahl eingereicht wird.

**Das Polizeipräsidium teilt uns mit:** Die der Presse zugegangene Mitteilung betreffend den Erlaß einer neuen Straßenordnung hat zu Mißverständnissen Anlaß gegeben. Es handelt sich nicht um materielle neue Bestimmungen, sondern um eine Wiederveröffentlichung des bestehenden Straßen-Polizeireglementes vom 7. April 1867 in einer neuen Fassung, unter Einordnung der inzwischen ergangenen Abänderungen und Ergänzungen, Fortlassung der veralteten Vorschriften und Aufnahme der neuen Münz-, Maß- und Gewichtsbegründungen. Die Wiederveröffentlichung ist aus Zweckmäßigkeitsgründen in der Form einer neuen Verordnung vorgenommen worden.

**Unter dem Verdacht des Gattenmordes** befindet sich seit über 7 Monaten der Arbeiter Johann König in Untersuchungshaft; er wird beschuldigt, seine Frau in der gemeinschaftlichen Wohnung aufgehängt zu haben. Als er im Juni eingeliefert wurde, hatte er dem Untersuchungsrichter eine mit allen Einzelheiten verfehene Darstellung der geschehenen That gegeben, insbesondere auch zugestanden, daß er richtig dabei gestanden habe, bis seine von ihm an der Thür aufgemessene Frau den letzten Atemzug ausgehaucht hatte. Im Verlauf der Untersuchung stellten sich Bedenken wegen der Zurechnungsfähigkeit Königs heraus, der Angeklagte widerrief auch plötzlich sein anfängliches Geständnis und so erfolgte denn auf einen vom Rechtsanwält Dr. Schwindt gestellten Antrag die ärztliche Untersuchung des Geisteszustandes durch den Sanitätsrat Dr. Ritterzweig und die k. k. Charité hier selbst. Wegen gewisser Widersprüche in diesen Gutachten ist nun beschlossen worden, ein Obergutachten des Medizinalkollegiums einzufordern. Sollte sich auch dieses Gutachten für die Unzurechnungsfähigkeit des Beschuldigten aussprechen, dürfte ein Antrag des Rechtsanwalts Dr. Schwindt Haftentlassung und Einstellung des Verfahrens zu erwarten sein.

**Heber verschärfte Polizeivorschriften** für Neubauten von Warenhäusern will der „Konfessionar“ folgendes erfahren haben: Die einzelnen Teile des Gebäudes, die, um ein ungehindertes Verkehren zu ermöglichen, nicht durch Brandmauern von einander getrennt sind, müssen durch schwere Kollisionsen aus Stahlwellblech, welche im Augenblick der Gefahr durch einen Druck zum Herabfallen gebracht werden können, vollständig feuersicher von einander abgeschlossen werden können. Damit bei einem Brande die Flammen nicht durch die Spiegelglasfront der Fassade von einer Etage in die andere durchschlagen, müssen sowohl an der Decke wie am Fußboden vor den Schaufensterscheiben 50 Centimeter hohe durchlaufende Schirme aus feuersicherem Stahlblech angebracht werden. Der Keller ist in Teile von je 500 Quadratmeter zu zerlegen, die durch massive Mauern mit automatisch schließenden Thüren völlig isoliert sind. Aus jedem dieser Abschnitte müssen zwei Treppen direkt ins Freie führen. Den bereits bestehenden Warenhäusern werden folgende Vorschriften gemacht werden: Um eintreffende Brände sofort abzulösen, sind in allen Treppenhäusern Hydranten mit 25 Meter langen, betriebfertigen Schläuchen so zu verteilen, daß jeder Teil eines großen Lokals sofort unter Wasser gesetzt werden kann. Ferner sind die Tische im Parterre zu entfernen, um dem Publikum freie Passage zu sichern; die über den Treppenhäusern und an den Wänden hängenden Teppiche sowie Dekorationen müssen ebenfalls weggenommen werden, um nicht bei Ausbruch eines Brandes das Feuer von einer Etage in die andere zu leiten; ebenso wenig sollen alle

andern feuergefährlichen Aufbauten, als: aufgebauete Schirme, lose befestigte Bänder, im Innern der Verkaufsräume gebildet werden. Den Inhabern von Warenhäusern wird ferner aufgegeben, sich nicht nur mit der Befolgung von Polizeivorschriften zu begnügen, sondern auch eigener Initiative Sicherheitsmaßregeln zu ergreifen. Der Stamm des Personals muß darauf geschult sein, ein Feuer sofort beim Entstehen selbst zu unterdrücken.

**Bei der Arbeit** schwer verunglückt ist gestern der Hausdiener Franz Warg aus der Schulstr. 106, der in dem Restaurant „Bahnhöfen“ am Veltier Bahnhof beschäftigt war. Warg fiel mit einem Korkelbrennen von einem Bretterstuhl herab und zog sich einen Bedenbruch zu. Er mußte in ein Krankenhaus gebracht werden.

**Ein böses Diebsstückchen** wird aus dem Ofen der Stadt gemeldet. Der Stellenvermittler Hugo Czadow in der Weberstr. 26 besitzt ein Pferd, das mit dem Pferde auf dem Grundstücke Blumenstraße 66 untergebracht war. Als Kutscher hat er einen jungen Mann, Namens Schurek. Dieser lernte vor einigen Tagen in einer Gastwirtschaft einen Koppellackeier kennen und schloß Freundschaft mit ihm, obwohl er von ihm nicht mehr wußte, als daß er mit Namen Hermann heißen und aus Jilchne stammten soll. Am Donnerstagabend kam Hermann aus Jilchne zu Schurek in den Stall und eröffnete ihm die erste Bekanntschaft, daß er ein paar Mark nebenbei verdienen könne. Seine Schwester, die in der Langestraße 106 wohne, wolle nach auswärts verziehen und hätte gern ihre Sachen nach dem Bahnhof gebracht. Wenn Schurek das mit dem Wagen seines Dienstherrn besorgen wolle, so könne er sich bequem etwas verdienen. Der junge Kutscher spannte gleich an und fuhr mit seinem Freund nach der Langestraße 106. Hier schickte ihn „Hermann“ voraus in den vierten Stock hinauf, um selbst nachzukommen. Während aber Schurek oben die Schwester seines Freundes vergeblich suchte, lehrte dieser schon auf der ersten Treppe wieder um, setzte sich auf den Bogen und fuhr auf Zimmerwiedersehen davon. Wagen und Pferd sind noch nicht wieder ermittelte.

**Verein für vollständige Kurie von Berliner Hochschullehrern.** Herr Prof. Dr. Liebreich, der am 22. d. M. seinen Kurial über die Wirkung der neueren Heilmittel im Friedrich-Werderschen Gymnasium begonnen hatte, wird die Vorträge am nächsten Montag im Hofsaal des pharmakologischen Instituts, Dortheimsstr. 34, fortsetzen, weil er beschäftigt, mit diesen Vorträgen Demonstrationen und Experimente zu verbinden. Eintrittskarten zum Preise von 1 Mark für die fünf Vortragsabende sind zu haben bei: Georg Belling, Eigarrenhandlung, W. Leipzigerstr. 136; A. Schüss, Kondakt, O. Holzmarktstr. 60; Chr. Tischenbörger, C. Sophienstraße 20; Trautweinische Buchhandlung, W. Leipzigerstr. 8; Centralstelle für Arbeiter-wohlthätigkeits-Einrichtungen, W. Rathenowerstr. 23 (2-3).

**Feuerbericht.** Donnerstagabend 6 Uhr entstand Lorchingstraße 25 ein gefährlicher Kellerbrand. Es hatte sich ein Posten Petroleum entzündet und die Gefahr lag nahe, daß ein größeres Petroleumlager von den Flammen ergriffen würde. Die Wehr ging deshalb mit zwei Dampftrigen-Rohren vor und setzte den Keller teilweise unter Wasser. Es dauerte fast zwei Stunden, bevor das Feuer gelöscht war. Kurz darauf brannte Alexandrinenstraße 23 Badmaterial. Freitagmorgen hatte Alte Jakobstraße 78 die Balkenlage im Keller Feuer gefangen, wodurch der Wehr erhebliche Aufräumungsarbeit entstand.

## Aus den Nachbarorten.

**Wilmerdorf.** Wer verhindert ist, die bis zum 30. Januar anstehenden Wahlen zur Gemeindevahl nachzusehen, wolle sich bei Bitte, Berlinerstr. 40, melden.

**Wesensee.** Eine öffentliche Versammlung in Gahlings Lokal, Langhausstr. 106 wird sich Montagabend 8½ Uhr mit den Kandidaturen zur Gemeinderats-Wahl beschäftigen.

**1199 Jagdscheine** sind im vergangenen Jahre in der Zeit vom 1. Juni bis 31. Dezember affen vom Landratsamte des Großes Leltow angesetzt worden.

**Spandau.** Die Stadtverordneten-Versammlung stellte in ihrer Sitzung am Donnerstag zunächst den Elektrizitätsrat mit 72000 M. in Einnahme und Ausgabe fest. Eine recht interessante und den Massenhandpunkt weiter bürgerlicher Kreise recht grell beleuchtende Debatte entspann sich bei der Beratung des „Fortsetzungs“. Hierzu hatten die sozialdemokratischen Stadtverordneten den Antrag gestellt, die Tagelöhne der männlichen Forstarbeiter auf 35 Pf. und diejenigen der weiblichen auf 20 Pf. zu erhöhen und die Accordlöhne entsprechend anzufordern. Genosse Dutsch, wies in seiner Begründung des Antrages darauf hin, daß es zumal bei den gegenwärtigen Löhnerverhältnissen für einen Forstarbeiter ganz unmöglich sei, seine Familie von einem Tagesverdienst von 2,75 M. bei 14stündiger Arbeitszeit (bei Einzurechnung der für den Hin- und Rückweg aufgewendeten Zeit) zu ernähren, denn gegenwärtig bezogen die städtischen Forstarbeiter, soweit sie im Tagelohn arbeiten, nur einen Stundenlohn von 27½ Pf., und die weiblichen Tagelöhner gar nur einen solchen von 12 Pf. Der Verdienst der Accordarbeiter schwante zwischen 1,51 M. und 2,50 M. pro Tag, dabei mühten sich die Forstarbeiter noch eigenes Handwerkszeug und Karren halten. Eine gründliche Aufbesserung der Arbeiterlöhne, welche die jährlichen hohen Ueberschüsse sehr gut zulassen, sei nicht länger von der Hand zu weisen; die Forstverwaltung habe eine solche kürzlich einstimmig abgelehnt.

Als Vertreter der jetzigen Lohnverhältnisse der Forstarbeiter entpuppte sich Herr Stadt. Reinecke. Dieser Herr meinte, daß ein „fleißiger“ Forstarbeiter ein „raffendes Geld“ bei den gegenwärtigen Löhnen verdienen könnte, die „faulen“ Arbeiter brauchen überhaupt nichts zu verdienen. Würden für die städtischen Forstarbeiter durchweg Tagelöhne eingeführt werden, dann würde überhaupt nicht mehr gehan werden. Man müsse doch auch das Holz, das die Forstarbeiter abends nach Hause nehmen, ziemlich hoch einschätzen, denn es sei immer das „beste Holz“.

Oberbürgermeister Köhler schloß aus dem Umstände, daß die Forstarbeiter „gerne“ für die Spandauer Forstverwaltung arbeiteten, daß auch die Lohnverhältnisse „befriedigende“ sein müßten. Unsere Genossen Dutsch, Schröder und Rieger führten Herrn Reinecke nach Gebühr ab. Auf Antrag des Stadtverordneten Feine wurde mifer Antrag einer in der nächsten Sitzung zu wählenden gemischten Kommission überwiegen, und der Forstetat mit 60980 M. in Einnahme und 22874 M. in Ausgabe, also mit einem Ueberschuß von 38106 M. abgeschlossen, angenommen. Des ferneren beschloß die Versammlung, die Bahnhöfen-, Charlotten- und Breitenstraße bis zum Markt zunächst pro b w e i s e mit elektrischem Vogenlicht zu versehen; die erforderlichen 10 Vogenlampen wurden bewilligt.

In geheimer Sitzung wurden Ergänzungswahlen für 13 Deputatationen vorgenommen; hierbei fielen unseren Genossen insgesamt 7 neue Sitze zu.

**Die Einwohnerzahl von Charlottenburg** beträgt nach den Berechnungen des dortigen Statistischen Amtes 182700. Die Bevölkerungszunahme belief sich im verfloffenen Jahre auf 5 Proz. gegen 6,8 im Vorjahre und 9,1 im Jahre 1896 auf 1897.

## Gewichts-Zeitung.

**Im Augsburger Arawallprozeß** brachte auch der weitere Verlauf der Verhandlung die Auszüge verschiedener Belastungszeugen. Besonders beachtenswert ist außer dem Verbalten des Gerichts-vorsitzenden die Art, wie der Polizeibeamte Rechtsrat-Deutschnbauer seinen Standpunkt verteidigte. In einer Schilderung des Streits, in der er betonen mußte, daß auf Seiten der Ausständigen aufangs keine Ausforderungen vorgekommen waren, sagte er über seine Wohnnähren gegen die Streitpartien: „Ich ging dabei von der Anschauung aus, daß nachden nicht einzelne Posten aufgestellt waren, sondern 6—8—10 Mann beisammenstanden, schon aus dieser einzigen Thatfache und aus der weiteren,

Das schon Ausschreitungen vorgekommen waren, die Streikposten keinen andern Zweck haben, als auf die Arbeitswilligen in unerlaubter Weise einzuwirken. Ich glaube, mit der Verfügung nichts Ungerechtes gethan zu haben und ich würde im gleichen Falle heute noch genau so handeln.

**R. A. Dr. Bernheim:** Wissen Sie, daß Bürgermeister v. Fischer im Landtage erklärt hat, daß die Polizei einseitig für die Meister eingetreten ist?

**Zeuge:** Ich weiß, daß er eine ähnliche Aeußerung gemacht hat, aber nicht genau welchen Inhalts.

**R. A. Dr. Bernheim:** Der Herr Reichsrat Deutschbauer dürfte mit seiner Ansicht ziemlich allein stehen.

**Zeuge:** Ganz allein stehe ich mit meiner Ansicht doch nicht. Ich darf vielleicht daran erinnern, daß Graf Posadowsky einen ähnlichen Standpunkt eingenommen hat. Ich befinde mich also in guter Gesellschaft.

**Rechtsanwalt Dr. Bernheim:** Ich konstatiere mit Vergnügen, daß Herr Reichsrat Deutschbauer auf dem gleichen Standpunkte steht, wie Graf Posadowsky, der im Reichstage erklärt hat, daß das Streikpostenstehen heute leidet er noch nicht verboten ist.

**Maurerpolier May** giebt an, er sei am 8. Mai vorigen Jahres mit einem Trupp arbeitswilliger Italiener von Gershofen gekommen und in der Nähe von Oberhausen von 25-30 Streikenden abgefangen worden, denen es auch thatsächlich gelang, die Italiener absperrig zu machen. Bei dieser Gelegenheit habe er auch zwei Schläge mit einem Todschlager auf den Kopf bekommen, bis einer der Streikenden zu seinen Gunsten intervenierte und sagte: Der Mann ja nichts dafr.

**Vorsitzender:** Dieser Vorfall ist von Bedeutung für die Stellung der Maurermeister!

**Herr Reichsrat Werner** erklärt, daß er für seine Person den Polizeiorganen stets eingeschärft habe, nicht einseitig vorzugehen und die Streikposten nicht zu belästigen, wenn sie sich ruhig verhalten. Der Zeuge giebt auch zu, daß er einen Bericht vom 8. Juni mit der Randbemerkung versehen hat: „Die Arbeitgeber sollten doch nicht in der die Polizei unnötig in Anspruch nehmen.“ Er sei unwillig darüber gewesen, daß die Arbeitgeber der Polizei zumuteten, gegen die Streikposten der Arbeiter härter vorzugehen, während ihre Poliere sich nach den eingegangenen Meldungen sehr ungeeignet benommen haben. Der Zeuge räumt auch ein, daß er in dem Berichte vom 14. Juni aus dem Munde: „Die Italiener haben dem gegen sie geübten Terrorismus nachgegeben und die Arbeit niedergelegt.“ die Worte: „dem gegen sie geübten Terrorismus nachgegeben“ gestrichen hat, weil er nicht davon überzeugt war, daß thatsächlich Terrorismus geübt wurde.

**Staatsanwalt:** Haben Sie nicht die Verfügungen des Herrn Reichsrats Deutschbauer mit unterzeichnet?

**Zeuge:** Ich habe diese beiden Schriftstücke als Stellvertreter der beiden Bürgermeister unterzeichnet, aber nicht ganz. Ich habe es gethan in dem Glauben, daß man am Bezirksamt schon selbst wissen wird, was zu thun ist.

**Vorsitzender:** Man kann ja zugeben, daß die Fassung der Schriftstücke keine glückliche ist.

**Zeuge:** Ich habe Bedenken gehabt, weil ich das Streikpostenstehen nicht für strafbar halte.

**Vorsitzender:** In sich nicht, wenn aber solche Posten in großer Zahl sind, so daß sie eine Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit befürchten lassen, wenn außerdem Ausschreitungen vorkommen, dann ist es doch etwas andres.

**Am Transvaal** wurde gestern vor dem hiesigen Schöffengericht recht lange und recht heftig gekämpft, doch handelte es sich nicht um die südafrikanische Republik, sondern um die Ausstellung Transvaal, die seiner Zeit auf dem südafrikanischen Festland aufgestellt war. Wegen der früheren Director dieser Ausstellung Dr. phil. Max Ohne-falsch-Richter war eine Privatklage seines Nachfolgers und Liquidators der Ausstellung, Kaufmann Otto Weiß, gerichtet. Letzterer war durch Rechtsanwalt Dr. Platau, der Angeklagte durch Rechtsanwalt Prexa uer vertreten. Die Grund-lage der Klage bildete ein am 5. August v. J. in der Zeitschrift „Das neue Jahrhundert“ vom Angeklagten veröffentlichter Artikel, der die Ueberschrift „Konturs-Ausstellungen“ trug und schwere Beschuldigungen und Verleumdungen des Privatklägers enthielt. Ramentlich wurde demselben der Vorwurf wiederholter Untreue und Unterschlagung sowohl direkt, als auch in verhehlter Form gemacht. Ein vom Angeklagten angebotener Wahrheitsbeweis beschaffte das Gericht längere Zeit, mißlang aber. Der Berichtshof verurtheilte den Angeklagten zu 100 Mark Geldstrafe und den Kosten des Verfahrens.

**Der Cigarrenhändler Ferdinand Böckmann** ist gestern von der 2. Strafkammer des Landgerichts I wegen Kaution-s-unterschlagungen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Nachdem er in seinem Geschäft am Halleschen Thor in Konturs geraten war, wühlte er mehrere junge Leute um ihr Geld zu bringen. In einem Falle betrug die unterschlagene Summe 3000 M.

## Verksammlungen.

**Die Bauanschläger** hielten am Donnerstag bei Spiegelberg, Sebastastr. 39, eine öffentliche Versammlung ab, in der die Lohnkommission über den Verlauf der letzten Lohnbewegung berichtete. Nach dem Bericht, den G. Finkler erstattete, haben an dieser Lohnbewegung, die infolge gegenseitiger Vereinbarung mit der Unternehmer-Organisation ihren Abschluß fand, 478 Anschläger teilgenommen. Von diesen sind nur noch 34 Mann arbeitslos, während alle anderen bereits zu den neuen Bedingungen beschäftigt sind. Für Unterstützung an die Streikenden wurden bisher 223,50 Mark verausgabt. Nach langer Debatte wurde beschlossen, daß das Streikbureau und der Arbeitsnachweis bis auf weiteres die Post, Grenadierstraße, aufrechterhalten wird und die Lohnkommission ihre bisherige Thätigkeit fortsetzt und insbesondere dafür Sorge trägt, daß die Abmachungen und die gefakten Beschäfte innegehalten werden. Als Beitrag zum Streikfonds sollen bis Sonnabend, den 27. d. M., noch 50 Pf. pro Arbeitstag und von dann ab nur noch 50 Pf. wöchentlich erhoben werden. Allgemein wurde die Fortsetzung der Sammlungen für den Streikfonds als notwendig erachtet, weil es nicht ausgeschlossen erscheint, daß den Anschlägern ein erneuter Kampf aufgezwungen wird.

**Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter,** Zahlstelle Berlin IV. Außerordentliche Generalversammlung vom 22. d. M. Die Abrechnung vom IV. Quartal ergab einen Bestand von 84,21 M. Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschluss 74. Die Rentwahl der Ortsverwaltung ergab folgendes: Wegner 1., Gummert 2. Bevollmächtigter; Wendt 1., Götz 2. Kassierer; Veier Schriftführer. Zu Revisoren wurden Schulz, Koch und Frey gewählt; mit der Expedition des Organs wurde der erste Kassierer beauftragt.

**Der Fachverein der Musikinstrumentenarbeiter** hielt am 22. Januar seine Generalversammlung bei Graumann, Raumstr. 27 ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erboten die Anwesenden das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Böhm durch Erheben von den Plätzen. Nach Eintritt in die Verhandlung gab der Kassierer Senfel die Abrechnung vom IV. Quartal 1899, die sich wie folgt stellt: Einnahme 708 M., Ausgabe 398,55 M., ergibt mithin einen Ueberschuß von 309,45 M. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung und dem Kassierer wird Decharge erteilt. Hierauf folgte der Bericht der Agitationskommission und der Arbeitsvermittlungskommission. Aus letzterem ist hervorzuheben, daß zwei Drittel der eingegangenen Adressen nicht besetzt werden konnten, da Arbeitslose nicht eingetragen waren. Die Arbeitsvermittlung geschieht unentgeltlich an alle Kollegen, und es ist notwendig, daß jeder Arbeitslosverwendende sich im Nachweis meldet. Auch ist die indirekte Vermittlung durch Kollegen im Verkehrslokal eine ganz bedeutende gewesen. Neu gewählt in diese Kommission wurden zehn Kollegen.

**Die Maschinen-, Heizer- und Berufsgehilfen** nahmen in ihrer Generalversammlung am 21. d. M. ihren Jahresbericht entgegen. Nach dem Rechenschaftsbericht des Vorstandes haben im verfloffenen Jahr 19 Versammlungen sowie 21 Vorstandssitzungen stattgefunden. Neu aufgenommen wurden 144 Mitglieder, ausgeschieden sind 88, darunter sind 7 mit dem Tode abgegangen und 4 Mitglieder mühten ausgeschlossen werden, die übrigen wurden wegen Nichtzahlung ihrer Beiträge gestrichen. Der Mitgliederstand betrug am Schlusse des Jahres 848. Der Bericht des Arbeitsvermittlers ergab, daß arbeitslos sich 200 Mitglieder gemeldet hatten, davon wurden in feste Arbeit gebracht 236, zur Vertretung 14, außerdem fanden bei 88 Kesselfreinigungen 90 Mitglieder Beschäftigung.

Der Jahres-Kassenbericht ergab eine Einnahme von 9700,66 M. und eine Ausgabe von 8557,91 M., und betrug der Kassenbestand am Schlusse des Jahres zugleich des alten Bestands 10134,50 M.

Unter den Ausgaben fungieren unter andrem: Verband 2854,60 Mark, Arbeitslosen-Unterstützung 1521 M., sonstige Unterstützungen mit 684 M., Sterbegelder 445 M., Versand des Fachorgans 650,73 Mark usw.

Die Rentwahl resp. Wiederwahl der ausscheidenden Vorstandsmitglieder ergab: H. Holz, 1. Vorsitzender, Wilh. Döring, 2. Vorsitzender, H. Schwittau, Schriftführer, als Beisitzer Reich und Wilsdorf.

**Der Allgemeine Arbeiter- und Arbeiterinnenverein** nahm am 23. Januar in seiner Generalversammlung den Bericht über die letzte Vierteljahrs-Abrechnung entgegen. Danach betragen die Einnahmen 124,85 M. Bestand vom dritten Quartal 109,50 M., die Ausgaben 47,60 M., bleibt Bestand 186,25 M. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassierer Decharge erteilt. Alsdann wurde die Wahl des Vorstandes vorgenommen: Erster Vor. Biererbe, zweiter Vor. Vog. erster Kass. Feirat, zweiter Kass. Swenn, Schriftführer Bieleit und Schneider, Revisoren Waise, Remmer und Fräulein Trode.

**In der Ausschussung des Arbeiter-Sängerbundes** Berlin und Umgegend vom 14. Januar wurden aufgenommen die Vereine: „Geselligkeit“, „Dornrose“, „Männerchor Sangeslust“ und „Freiheit Noabit“. Die Abrechnung vom Sängertag 1899 in Weissensee ergab eine Einnahme von 5094,20 M., eine Ausgabe von 2967,20 M., bleibt ein Bestand von 2727 M. Hierauf wurde das Komitee entlassen. Ferner wurde noch beschlossen, auch in diesem Jahre eine Feier zu Ehren der Märzgefallenen zu veranstalten, und wurde der Vorstand beauftragt, sich nach einem geeigneten Lokal umzusehen.

**Der Verband des technischen Bühnenpersonals** hielt am 20. Januar seine erste Generalversammlung im „Englischen Hof“, Neue Hofstraße 3, ab. Nach dem Kassenbericht besitzt der Verein ein Vermögen von 409,91 M. Leider sind eine Anzahl Mitglieder erheblich mit den Beiträgen im Rückstande. In zehntenden Mitgliedern zählt der Verband 118. Es fanden 5 Vorstandssitzungen und 4 Versammlungen statt. Von den 23 an Berliner Bühnen ausgegebenen Fragebogen sind nur 12 bisher eingegangen, nichtsdestoweniger soll die Statistik auf sämtliche Bühnen Deutschlands ausgedehnt werden. Weiter wurde die Gründung eines Arbeitsnachweises beschlossen und mit den Funktionen desselben Kollege G. H. te betraut. Unter Verschiedenes kommt man auf den nunmehr bereits beendeten Kauf der Hamburger Kollegen zu sprechen. Ferner wird vor Jutuz nach Altona gewandt, wo fünf Kollegen des Stadttheaters wegen einer Lohnherabsetzung streiken. Gerügt wird ferner, daß der Sekretär eines hiesigen bekannten Theaters den Kollegen ihren am 16. fälligen Lohn erst nach Beschwerde bei der Direktion auszahle und noch höchst entrüstet über eine solche „Verletzung“ der Direktion ist. In Zukunft sollen alle solche Mißstände an Theatern der Öffentlichkeit übergeben werden.

**Rixdorf.** Eine gut besuchte Gewerkschaftsversammlung fand am Montag in der Vereinsbrauerei statt. Dieselbe beschäftigte sich u. a. mit dem Zustande der Möbelpolierer bei Laborenz, Weber als Referent schilderte den Verlauf der Angelegenheit, und nach einer Diskussion, in der den Kämpfenden die volle Sympathie aller Anwesenden zugesichert wurde, nahm man einstimmig eine Resolution an, die das Verhalten des Herrn Laborenz aufs schärfste verurteilte. Genosse Rassatsch führte dann noch einige besondere eklatante Fälle von Unternehmerrückwärts an. Unter „Verschiedenes“ wurde auf den Streik der Einleger hingewiesen und auch eine Angelegenheit erwähnt, deren Kenntnis unter der Rixdorfer Arbeiterschaft weiteste Verbreitung verdient. Ein bei dem Schlächtermeister Knebel in der Lessingstr. 24 beschäftigter Geselle hatte eine öffentliche Versammlung einberufen, um unter den Rixdorfer Schlächtergesellen eine Organisation ins Leben zu rufen. Der für die Vermittlung gewonnene Referent gab unvorsichtigerweise seine Zusage zum Referat auf einer offenen Postkarte, die dem Meister des Einberufers in die Finger fiel. Wohl nicht in einem ursächlichen, sicher aber in einem zeitlichen Zusammenhang mit dem Eintreffen dieser Karte wurde der Geselle von Herrn Knebel entlassen (, weil er zu schwach für sein Geschäft sei.“ Man muß das dem Mann glauben, wenn man hört, daß der Geselle bei ihm 4 Monate lang beschäftigt war und zwar bei einer Arbeitszeit von teilweise 16-18 Stunden und einem Lohn von 7 M. und Kost. Kalteilich wird die Rixdorfer Arbeiterschaft den Namen des toleranten Schlächtermeisters in der Lessingstraße nicht vergessen.

**Schöneberg.** In der am 22. Januar tagenden Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins hielt Genosse Döhl einen Vortrag über das Thema: „Ist die Sozialdemokratie eine vorübergehende Erscheinung?“ Unter Vereinsangelegenheiten wurde beschlossen, am 17. März in der Schloßbrauerei ein Winterbergung zu veranstalten. Die Bibliothek ist jetzt an den Kassenabenden (Sonnabends) bei Döhl für den Austausch von Büchern geöffnet.

**Charlottenburg.** Eine Versammlung der Gewerkschaftskommission fand am 19. d. M. bei Lehder statt. Zunächst wurde Vogel zu der Leipziger Konferenz der Gewerbegerichts-Beisitzer delegiert. — Der Vertreter der Textilarbeiter führte an, daß nach Mitteilungen, die er erhalten habe, die Firma Gebauer den über sie gefakten Schiedspruch nicht innehalte. Es wurde beschlossen, nach Recherchierung der Sache das betreffende Schiedsgericht zusammenzurufen. Bezüglich der Wahlen zum Gewerbegericht wurde bemängelt, daß die Kandidation eine etwas laue gewesen sei und dieselbe, um sichere Erfolge zu erzielen, intensiver betrieben werden müßte. Zum Schluß wies Genosse Flemming darauf hin, den christlichen Verein „Arbeiterschut“, welcher auch Kandidaten aufgestellt habe, nicht zu unterschätzen, sondern das Verhalten desselben müsse und ein großer Ansporn zu weiterer erfolgreicher Agitation sein.

## Vermischtes.

**Hochwasser** wird nach den Regenströmen der letzten Tage fast aus ganz Deutschland gemeldet. Die Elbufer-Bewohner sind durch das Hochwasser bedroht. Die Ems ist aus den Ufern getreten. Es herrscht fortgesetztes Steigen. Bedeutende Regenmassen gehen nieder. Die Saale hat ebenfalls ihr Ufer überschritten. Neckar und Rhein führen Hochwasser. Ferner wird aus Bayern gemeldet: Die Stadt Passau stand am Mittwoch wieder im Zeichen des Hochwassers, nachdem im Innern der Häuser und Gewölbe noch nicht einmal die Spuren der vor vier Monaten hereinabgebrochenen Hochwasser-Katastrophe verschwunden und behoben sind. Die Donau geht diesmal voran. Das anbauende Thauwetter, Regen dazwischen und ein un-durchdringlicher grauer Nebel haben die in letzter Zeit gefallenen Schneemassen flüssig gemacht und die Wasser der „blauen Donau“ zugeführt, die schmutziggelb dahinfließt. Die Lagerhäuser am Gieselersee hatten ihre reichen Bestände bereits in höhere Fluten gebracht oder ausgeräumt, die Hausbesitzer wachten Tag und Nacht. Donau, Inn und Ilz hatten die Ufer überschritten, äbten aber wenig Einfluß auf die Stadt. Auch aus der Wislaga in Bayern

wird von Hochwasser berichtet. Die Wisl hat an vielen Stellen bereits die Ufer überflutet. Die Brücke bei Rattenham wurde von den Wellen weggespült. Durch das Hochwasser ist schließlich die Amberbrücke bei Kirchhof eingestürzt. Der Verkehr auf der Staatsstraße Freising-Pfaffenhofen ist daher unterbrochen.

**Ueber eine Brandkatastrophe in Lodz** wird berichtet: Die Baumwollwaren-Fabrik von Rosenblatt ist abgebrannt; während des Brandes stürzten die Mauern, wobei sechs Arbeiter getötet und fünf verletzt wurden.

**Dynamitattentat.** In Königsbrunn versuchte ein Gauer, Namens Sawlik, seine Frau ums Leben zu bringen. Er zündete eine Dynamitpatrone an und wollte dieselbe gegen seine Frau werfen. Die Ehefrau flüchtete und gelangte noch rechtzeitig ins Freie. Der Schuß aber rief dem Sawlik selber den linken Arm heraus und zerfleischte seinen Oberkörper. Die Explosion war eine so heftige, daß die Decke der Wohnung einstürzte und das ganze Mobiliar zertrümmert wurde. Der Thäter liegt hoffnungslos darnieder.

**Infolge einer von der Gesellschaft des Olympia-Riesen-theaters in Paris** eingereichten Klage ist der Direktor des letztern, Wolosky Kiralfy, unter der Anschuldigung der Vermittlung von Requisitionen und Dekorationen verhaftet worden.

**Aus Wilkesbarre (Pennsylvanien)** wird vom Freitag berichtet: Auf der New Jersey Centralbahn rollte ein Güterzug infolge Verlassens der Bremse die abschüssige Strecke nach Ables hinab und stieß dort mit einer Lokomotive zusammen. Einer der Wagen des Zuges war mit Dynamit beladen, das explodierte. Dadurch wurden 5 Personen getötet und 7 verletzt, während an Gebäuden und andrem Besitz ein Schaden von etwa 1 1/2 Millionen Dollar angerichtet wurde.

**In Honolulu** sind bis zum 17. Januar 39 Personen an der Pest gestorben.

**Marktpreise von Berlin am 25. Januar 1900**

nach Ermittlungen des Igl. Volkspolizeibüros.					
*) Weizen	D. Gr.	14,80	13,80	Schweinefleisch 1 kg	1,60
*) Roggen	—	14,—	13,50	Rathfleisch	1,80
*) Futter-Weizen	—	13,90	13,—	Dammfleisch	1,60
Haber gut	—	15,—	14,20	Butter	2,60
— mittel	—	14,10	13,40	Eier	60 Stk
— gering	—	13,30	12,60	Rapsen	1 kg
Rübsstroh	—	4,50	3,65	Kale	2,80
Heu	—	7,10	3,80	Rauber	2,50
*) Gerst	—	40,—	25,—	Rechte	1,80
*) Weizenrohnen	—	45,—	25,—	Barische	1,60
*) Weizen	—	70,—	30,—	Schleie	2,80
Rothweizen, neue	—	7,—	5,—	Blie	1,40
Rindfleisch, Rente 1 kg	—	1,90	1,20	Krebse	per Schot
da. Rauch	—	1,20	1,—		12,—

\*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftsamtern — Notierungsstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppelcentner. \*) Kleinhandelspreise.

**Produktenmarkt** vom 26. Januar. Am heutigen Getreidemarkt verkehrte sich die Käufer gegenüber dem ferneren umfangreichen Inlandsangebot äußerst reserviert, und die Tendenz des Marktes neigte zur Abschwächung. Die feineren Notierungen in New York und Chicago hielten nur insofern ein Gewicht, als sie einen nennenswerten Preisdruck verhinderten. Weizen und Roggen waren nominell wenig verändert. Die Umsätze waren gleich Null. Haber lag gleichfalls sehr still, Mühl auf Realisationen weisend.

**Spiritus.** Am Spiritusmarkt wurden 15 000 Liter 70er loco mit 46,40 M. (— 0,10) gehandelt.

**Briefkasten der Redaktion.**

**Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr abends statt.**

**H. M. 15.** Bis zum 20. Jahre wird eine Frau in Berlin zur Erlernung der Schwammkunst zugelassen. Man meldet sich beim Bezirksphysikus Schulz, am Tempelhofer Ufer 29. Während der Lehrzeit, die vom 1. Oktober bis 31. März dauert, muß man in der Charité wohnen; die Kosten belaufen sich. Wohnung, Verpflegung, Instrumente und Ausbildung eingeschlossen, auf etwa 300 M. Ueber unentgeltlichen Unterricht ist uns nichts bekannt.

**Papa.** Sie fragen, indem Sie dabei bitten, die Anfrage zu wiederholen: 1. Haben die Bureaubeamten der Orts-Krankenkassen, die aus unfrer Mitte hervorgegangen sind, nach sozialdemokratischem Prinzip das Recht, sich gegen und (als Arbeitgeber) zu organisieren? Antwort: S e l b s t u e r k a n d i d ! Ober halten Sie es für sozialdemokratisch, jemand das Koalitionsrecht zu verweigern? — 2. Ist die Organisation eine moderne? Diese Frage wird man erst beantworten können, wenn die Organisation sich bethätigt hat.

**H. Degener 16.** Der Tisch wird jährlich einmal fein geweid ab. **H. G. 1000.** 1. Der Beziehung des Professorentitels geht eine besondere Prüfung nicht voraus. 2. Ein Vergleich zwischen dem Direktoren- und dem Professorentitel läßt sich nicht ziehen, der erstere heißt an der Stellung und wird beim Eintritt in dieselbe erworben und beim Austritt verloren, der zweite heißt an der Person. 3. Der Direktor einer höheren Lehranstalt unterzeichnet in amtlicher Eigenschaft als Direktor; es bleibt ihm jedoch unbenommen, falls er ihn best, den Professorentitel seinem Namen hinzuzufügen.

**H. D. 46.** Die Sache hat ihre Richtigkeit. In der Türkei und den derselben unterstehenden Ländern haben die meisten Staaten (auch Deutschland) wegen der Unzuverlässigkeit der türkischen Post eigene Postämter eingerichtet. Die Karte ist in Betlehem auf dem östlichen Postamt aufgegeben.

**Newton.** Es müssen die gesamten rückständigen Steuern gezahlt werden. — **M. W. Maternusky.** Ja. Wie dem vorsehenden Kinde einer Ehefrau der Name ihres jetzigen Ehemanns seit dem 1. Januar 1900 gegeben werden kann, ist wiederholt, u. a. im Briefkasten vom 17. d. M., dargelegt. Sie wollen dochselbst nachsehen. — **M. W. 54.** 1. Grobjährig oder majoren wird man mit 21 Jahren. 2. Die Wahlberechtigung für den deutschen Reichstag erlangt ein Deutscher mit zurückgelegtem 25. Lebensjahr. — **H. R. 33.** Ja. — **H. R.** Wist sich im Betreffenden nicht beantworten. — **H. W. 100.** Sie geben nicht an, wo Ihre Frau gelebt hat und verschoren ist und ob sie das Testament dem Gericht eingereicht hat oder nicht. War letzteres nicht der Fall, so ist das Testament unglültig. — **H. 1.** Für die Entgegennahme und die öffentliche Beglaubigung der Erklärung, durch welche der Ehemann der Mutter eines unehelichen Kindes, daß nicht sein Kind ist, diesem seinen Namen erteilt, sowie der Einwilligungserklärungen des Kindes und der Mutter ist der Standesbeamte, in dessen Geburtsregister die Geburt des Kindes eingetragen ist, zuständig. 2. Das Kind führt nicht einen Doppelnamen, sondern den Namen seines Vaters. 3. Durch die Namensgebung erlischt die Vormundschaft des früheren Vormundes keineswegs. — **M. G. 33.** So weit es sich um die Kündigung in Ordnung. Sprechen Sie eventuell mit derselben vor. — **Genosse 6666.** Kein: vielleicht spricht Ihr Vater mit den Karten gelegentlich in der Sprechstunde vor. — **Adernard.** Solche Entscheidung liegt und nicht vor. — **Unwissend.** 1. Ja. 2. Die Wehrpflicht dauert bis zum vollendeten 45. Lebensjahre. Die Dienstpflicht in der Regel bis zum 31. März des Jahres, in dem das 39. Lebensjahr vollendet wird. Zum Dienst im lebenden Heere sind die Eingetragenen auf 7 Jahre verpflichtet, von denen unter der Fahne bei der Kavallerie und reitenden Artillerie 3 Jahre, sonst 2 Jahre zu dienen sind. Die Wehrzeit ist die Wehrzeit. — **Jubiläum.** 1. Unverständlich. 2. Die Wehrzeit tritt in vier Jahren ein, selbstverständlich kann auch anderswo gesagt werden. — **H. Rixdorf.** Wenden Sie sich an das Kundwärtige Amt, Berlin.

**Witterungsüberblick vom 26. Januar 1900, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. G. °C	Stationen	Barometer Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. G. °C
Swinemünde	761	SW	4	Dunst	3	Saparanda	752	SW	—	Rebel	-13
Hamburg	766	SW	2	Nebel	4	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	764	SW	3	Regen	4	Kort	765	SW	6	Regen	10
Wiesbaden	771	SW	2	Recht	6	Aberdeen	754	SW	7	Recht	8
München	771	SW	6	Wolff	1	Paris	775	—	2	Recht	6
Wien	760	SW	5	Regen	3						

**Wetter-Prognose für Sonnabend, den 27. Januar 1900.** Etwas mürmer, zeitweise aufklarend, vorherrschend wolkig mit geringen Niederschlägen und frischen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.